PETERSBURGER
DIALOG
HERAUSGEBER: JOHANN MICHAEL MÖLLER UND WITALI NIKITITSCH IGNATENKO

MÄRZ 2020

ISSN: 2566-8668

ODE AN DIE FREUDE

Die Welt feiert Beethovens 250. Geburtstag. Klaus Harer beschreibt die zentrale Bedeutung des Komponisten für die russische Musikentwicklung.

Seite 13

TRAUER UM SCHÄTZE

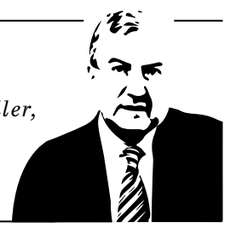
Im 2. Weltkrieg raubten die Deutschen russisches Kulturgut, manches retteten sie, manches blieb verschollen. Corinna Kuhr-Korolev bilanziert.

Seite 15

Krieg der Erinnerungen

Es könnte das letzte Mal sein, dass Europa des Kriegsendes vor 75 Jahren in der Überzeugung gedenkt, den alliierten Sieg über Nazideutschland als den großen gemeinsamen „Erinnerungsort" seiner jüngeren Geschichte zu betrachten. Die letzten Vertreter der Kriegsgeneration sterben aus und ihre Zeitzeugenschaft muss dem Deutungswettbewerb der Nachgeborenen weichen. Aus der Erinnerung an den Krieg ist längst, wie es die junge russische Historikerin Ekaterina Makhotina formuliert hat, ein „Krieg der Erinnerungen" geworden.

Dieser wird nicht nur laut und vernehmlich zwischen Russland, Polen und den baltischen



Johann Michael Möller, Herausgeber

Staaten ausgetragen, sondern hat mit der jüngsten Resolution des Europaparlaments zur „Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins" auch die ganze Union erreicht. Darin wird ein geschichtspolitischer Perspektivwechsel vollzogen, der in den mittelosteuropäischen Beitrittsländern schon länger im Gange ist. Radikaler könnte der nicht sein.

Denn er rückt den berüchtigten Hitler-Stalin-Pakt ins Zentrum der europäischen Erinnerungskultur und macht ihn dadurch zum eigentlichen Ausgangspunkt des Zweiten Weltkriegs. Hitler und Stalin, heißt das im Klartext, treffe im Grunde dieselbe Schuld.

In russischen Ohren muss dieser Vorwurf ungeheuerlich klingen, denn er stellt mit dem Sieg über den Faschismus nicht nur den zweiten Gründungsmythos der alten Sowjetunion infrage, sondern betrifft auch das heutige Selbstverständnis Russlands. Dort empfindet man den eigenen Beitrag zur Befreiung Europas vom Faschismus immer noch als die letzte moralische Errungenschaft, die vom sowjetischen Erbe übriggeblieben ist. Jetzt sind wir also nur noch die Täter, bemerkt der Historiker Alexey Miller bitter, und die anderen sind nur die Opfer.

Dass diese geschichtspolitische Wende des Europaparlaments in Deutschland vergleichsweise wenig beachtet wurde, ist umso verwunderlicher, als in letzter Konsequenz auch das deutsche Selbstverständnis von der Singularität der Naziverbrechen in Frage gestellt wird. Das hat nichts mit einem westeuropäisch dominierten Weltbild zu tun, das die besondere Tragik Ostmitteleuropas verkennt. Es geht am Ende um ein gemeinsames Grundverständnis der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, das nicht auf dem Altar nationaler Geschichtsstrategien geopfert werden darf.

#12

ARCHITEKT DES AUTORITÄREN

Wladimir Putin regiert seit 20 Jahren. Katja Gloger stellt dem faktischen Zaren einer auferstandenen Großmacht ein Zwischenzeugnis aus.

Seite 3

ALTES, NEUES FEINDBILD

Matthias Platzeck will wieder mehr Partnerschaft mit Russland wagen und verlangt in seinem neuen Buch eine neue Ostpolitik. Ein Vorabdruck

Seite 5

PUTINS NEUER

Hat die Berufung von Dmitri Kosak als Ukraine-Berater Einfluss auf die Lage im Donbass? Vladimir Solovjev ist optimistisch.

Seite 6

Die russische Ausgabe des *Petersburger Dialogs* liegt der Tageszeitung *Kommersant* bei.

ПЕТЕРБУРГСКИЙ
диалог

SOWJETISCHE TRUPPEN FEIERN DEN SIEG IM TIERGARTEN, MAI 1945. PICTURE ALLIANCE/ MARY EVANS PICTURE LIBRARY; NEPTUNBRUNNEN (OBEN RECHTS): PRIVATARCHIV ARNOLD KÖRTE

Das Spiel ist aus

In Syrien haben Europa und die USA versagt und ihre Glaubwürdigkeit verspielt, gesiegt hat die Autokratie

VON KRISTIN HELBERG

Nach fast neun Jahren ist der Konflikt in und um Syrien nicht gelöst, aber entschieden. Gewonnen haben das syrische Regime, Russland, Iran und ein bisschen auch die Türkei. Sie wussten, was sie wollten, waren bereit, alles dafür zu tun und passten die eigenen Strategien pragmatisch der Kriegsdynamik an. Verloren haben die USA und Europa, die den Wunsch vieler Syrer nach einem Leben in Freiheit und Würde halbherzig und planlos unterstützten.

Der Westen hat viel geredet und wenig getan und mit dieser Lücke zwischen Worten und Taten die eigene Glaubwürdigkeit verspielt. Er konnte mit seinem System aus internationalen Absprachen, moralischen Prinzipien und demokratisch legitimierten Institutionen weder den Syrern helfen noch den Krieg beenden. Die liberale Demokratie hat im Syrien-Konflikt folglich versagt, die Autokratie hat gesiegt. Ein Ergebnis mit weitreichenden Folgen – für die Syrer, den Nahen Osten, Europa und die Welt.

Das Mantra, der Konflikt könne nicht militärisch, sondern nur politisch gelöst werden, ist zur peinlichen Floskel verkommen

Präsident Baschar al-Assad bleibt an der Macht und wird in den kommenden Monaten die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet zurückgewinnen – in Idlib mit Waffengewalt, im Nordosten durch eine schleichende Übernahme der kurdischen Selbstverwaltung. In Syrien geht es weiter wie bisher, nur schlimmer.

Assads Herrschaft erfordert Loyalität, die er mit Klientelismus erzeugt und mit Angst erzwingt. Die beiden Säulen seiner Macht sind deshalb treu ergebene Geschäftsleute und ein weit verzweigter Geheimdienstapparat. Wer das Regime stützt wird belohnt, wer es ablehnt wird bestraft.

Die Geheimdienste sind so mächtig wie nie. Lokale Milizen machen, was sie wollen. Es wird bestochen und erpresst, gedroht und entführt, geplündert und gestohlen. Ging die Willkür vor dem Krieg ausschließlich vom Staat aus, sind die Syrer nun auch nicht-staatlichen und ausländischen Akteuren ausgeliefert.

Das pseudosozialistische, neokapitalistische Wirtschaftssystem hat zu einer Symbiose zwischen Unternehmern und Regimevertretern geführt. Durch die von Assad vorangetriebene Liberalisierung und die Kriegswirtschaft der vergangenen Jahre sind Herrschafts- und Vermögensstrukturen in Syrien miteinander verschmolzen. Regimenahe „crony capitalists" profitieren von der Privatisierung öffentlichen Eigentums, von Schmuggel und der Bildung von Monopolen im Dienstleistungssektor. Macht und Geld sind in Syrien nicht voneinander zu trennen, was bei humanitärer Hilfe und beim Wiederaufbau zu beachten ist.

Während Teile des Landes in Trümmern liegen, das syrische Pfund weiter an Wert verliert und laut UN mehr als 80 Prozent der Syrer in Armut leben, kümmert sich das Regime im Sinne der Herrschaftssicherung vor allem um seine Anhänger und Unterstützer. In Aleppo fließen UN-Gelder nicht in die am meisten zerstörten Wohnviertel im ehemals oppositionell verwalteten Osten der Stadt, sondern in Gebiete, deren Bewohner als regimetreu gelten. Im Süden von Damaskus baut die Stadtverwaltung auf den Ruinen zerbombter Mittelstands- und Arbeiterviertel nicht etwa Sozialwohnungen, sondern Luxusressorts. Frühere Bewohner werden enteignet oder mit lächerlichen Summen entschädigt.

Dieses Verhalten lässt sich von außen nicht beeinflussen, da es den Herrschenden das Überleben sichert. Seit Jahrzehnten sind Gesellschaft, staatliche Institutionen und Privatwirtschaft vom Regime vereinnahmt, sie bilden ein engmaschiges Geflecht aus gegenseitigen Abhängigkeiten. Jedes echte Zugeständnis – etwa die Entmachtung der Geheimdienste, Meinungs- und Pressefreiheit oder eine unabhängige Justiz – würde das System zum Einsturz bringen und die Machthaber in Damaskus existenziell bedrohen. Das syrische Regime ist folglich seinem Wesen nach unfähig zu wirksamen Reformen.

Diese Erkenntnis ist wichtig für ausländische Akteure, die im Umgang mit Damaskus eine Strategie suchen. Vergeblich bemühen sich die USA und Europa seit 2012 um einen „glaubwürdigen politischen Übergang" inklusive Machtübertragung, Übergangsregierung, neuer Verfassung und demokratischer Wahlen unter UN-Aufsicht.

Das von Staatschefs und Außenministern wiederholte Mantra, der Konflikt könne nicht militärisch, sondern nur politisch gelöst werden, ist zur peinlichen Floskel verkommen. Sie entlarvt die Strategielosigkeit und Handlungsunfähigkeit des Westens. Denn sie missachtet eine Grundregel der Diplomatie, der zufolge eine Verhandlungslösung erst dann möglich ist, wenn sämtliche Konfliktparteien keinen Sinn mehr darin sehen weiterzukämpfen. Militärische Eskalation darf sich für keine Seite mehr lohnen,

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

Kann er auch Politik?

Der neue russische Ministerpräsident Michail Mischustin steht vor einem Gang über ein Minenfeld

VON VIKTOR LOSCHAK

Seinen Namen erfuhren 86 Prozent der von Soziologen befragen Russen erst, als Michail Mischustin zweiter Mann im Staat geworden war. Inzwischen kennen sie sein schönes Lächeln und das willensstarke Gesicht eines Menschen mit Charakter. Aber in der Regierung gibt es so viele Neulinge, dass das Land noch einige Zeit zu tun hat, sich mit seiner neuen Führung bekannt zu machen.

Mischutin kehrte vor zehn Jahren in den Staatsdienst, nachdem er zwischenzeitlich Gesellschafter eines privaten Investmentunternehmens gewesen war, weshalb es seiner Familie seit langem sehr gut geht: Viel Geld, große Häuser an der berühmten Rubljowka, seine Söhne und nahen Verwandten sind wohlhabend.

Um möglichen Gerüchten über die Provenienz des Vermögens des neuen Premiers zu begegnen, gab die Geschäftsführerin der Investmentgesellschaft UFG Invest Group, Polina Gerasimenko, vor Kurzem der Nachrichtenagentur RBK ein Interview: In den zwei Jahren seiner Tätigkeit als Gesellschafter dieses Unternehmens habe Mischustin 2,5 Millionen Dollar verdient, im Verlauf von weiteren fünf Jahren hätten nahe Verwandte, die seinen Anteil an dem Trust übernahmen, noch einmal 33,5 Millionen Dollar erwirtschaftet.

Wozu Putin, der selbst das gesamte russische politische System verkörpert, Mischustin braucht, ist offensichtlich

Der neue Ministerpräsident schreibt Gedichte und Lieder, spielt nach Gehör Klavier, liebt Tennis und spielt mit dem Präsidenten Eishockey in der „Nacht-Hockey-Liga". Davon abgesehen gehörte er aber nie zu Wladimir Putins engerem Umkreis und zählt auch jetzt nicht dazu. Er ist das neue Gesicht der Macht, das die Russen schon seit langem sehen wollten.

Während der Fahrt in ein in der Stadt Dubna bei Moskau gelegene Forschungszentrum erklärte mir ein guter Freund in aller Kürze, wer dieser Mischustin ist. Auf einem Feld in der Nähe der Straße stehen Hallen, in denen sich das Rechenzentrum der Steuerbehörde Russlands befindet. Mischustin ist ein Steuerrevolutionär. Mit Hilfe der Digitalisierung hat er dieses fiskalisch desolate Land im Hinblick auf Technologie und Effektivität der Erfassung und Eintreibung von Steuern fast zu einem der vorbildlichsten in der Welt gemacht. So ist gerade die Steuerverwaltung zu einem fortschrittlichen Zentrum für die Erfassung wirtschaftlicher Informationen geworden, wodurch es nun möglich wird, mit Hilfe umfangreicher Daten sozioökonomische Prozesse in ganz Russland besser zu verstehen.

Vierundfünfzig Jahre ist ein gutes Alter, um Ministerpräsident zu werden. In diesem Alter ist eine solche Herausforderung interessant, und man ist weise genug, sie richtig anzunehmen. Wozu Putin, der im Grunde selbst das gesamte russische politische System verkörpert, Mischustin braucht, ist offensichtlich: Nach dem gerade stattfindenden Umbau der Verfassung zu urteilen, hat der Präsident die Absicht, „zu gehen, um zu bleiben". Dafür braucht er nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch eine funktionierende Wirtschaft und ein zufriedenes Land.

Die Qualität der Verwaltung in Russland war jedoch bis zum Beginn des Jahres 2020 so niedrig, dass die Regierung es nicht einmal fertigbrachte, auch nur die vorhandenen Ressourcen auszuschöpfen: 2018 wurden 770 Milliarden Rubel nicht ausgegeben, im vergangenen Jahr eine Trillion. Dieses Geld war vor allem für nationale Projekte verplant und hätte wenigstens ein kleines Wirtschaftswachstum herbeiführen können.

Putin hat nirgends von einer *Carte blanche* für den neuen Ministerpräsidenten gesprochen, aber die Zusammensetzung des neuen Kabinetts tut es umso deutlicher: Mischustin hat mehrere seiner Vize-Ministerpräsidenten und Minister ernannt, und Putin hat die beiden letzten seiner alten und ihm nahestehenden Kollegen aus der Regierung entfernt: Dmitri Kosak und Witali Mutko.

Es war Kosak, der Putin in das Petersburger Rathaus holte, wo für den ehemaligen Offizier des KGB ein neues Leben im Staatsdienst begann. Mischustin hat seine Regierungsmannschaft selbst zusammengestellt, vielleicht ist es nun möglich, die bisherige Regierungspraxis zu beenden, über den Kopf des Ministerpräsidenten hinweg mit dem Präsidenten zu kommunizieren. Mischustins Vorgänger nahm häufig nicht einmal an den Sitzungen des Präsidenten mit seiner Regierung teil.

Wer bleibt, das sind die Angehörigen der Sicherheitsdienste und des Militärs, die Silowiki. So wird das vielleicht wichtigste Problem der russischen Entwicklung konserviert – die fast schon institutionalisierte Alimentierung der Silowiki durch die Wirtschaft. Die geistige Wurzel dieses Problems liegt in einem pervertierten Verständnis von Gerechtigkeit: Stillschweigend gilt, dass ein Beamter, der beim FSB oder bei der

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

SHUTTERSTOCK

Ein neues Zeitalter

Auf der Suche nach zukunftsweisenden Konzepten für Russland und Europa

VON FJODOR LUKJANOW

Wird er gehen? Ein Hoffnungsschimmer erhellte zu Beginn dieses Jahres im Westen die finsteren Gesichter mancher Beobachter der politischen Entwicklung in Russland. In einer Rede vor der Föderationsversammlung gab Wladimir Putin im Januar eine Reihe von Verfassungsänderungen bekannt, die sie als Beginn des Machtwechsels deuteten.

Aber er geht nicht. Er bleibt für immer. Als ihnen das klar wurde, wich die Vorfreude auf langersehnte Veränderungen dem Gefühl verzagter Hoffnungslosigkeit.

In den vergangenen Jahren der Verschlechterung der Beziehungen zu Russland sind in der westlichen Wahrnehmung zwei Dinge geschehen:

Erstens hat sich die Nennung des Landes untrennbar mit dem Namen einer Person verbunden. Ein solches Maß einer Verbindung zwischen einer Person und dem Staat hat es in Russland seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts nicht mehr gegeben. Putin und Russland sind für Außenstehende zu Synonymen geworden. Das heißt, dass ein riesiger Staat, der in seiner Geschichte immer wieder als verhängnisvoll unkontrollierbar und extrem starr galt, sich plötzlich widerspruchslos dem Machtwillen eines einzelnen unterworfen hat.

Zweitens hat Russland in den Augen westlicher Beobachter sein Recht auf Zwischentöne verloren. Es ist üblich geworden, Russland auf ein Schema zu reduzieren, ein schwarz-weißes, das kein differenziertes Verständnis zulässt. Die einfache Dichotomie „Endlich geht er – er geht niemals“ kann auch gelesen werden als: „Das russische Problem verschwindet – dieses Land wird für immer unser Problem bleiben“. Das entspricht dem Versuch, das Problem in ein verständliches System eigener Kategorien einzufügen – anstatt zu analysieren, was dort tatsächlich geschieht.

Niemand bestreitet, dass das russische Politikmodell zentralisiert und extrem personifiziert ist. Das ist auf die Verflechtung der alten historischen Tradition mit den Realitäten zur Jahrtausendwende zurückzuführen. Nach den fatalen Erschütterungen, die Putins Vorgänger trafen, war das Bedürfnis nach einem starken und effektiven Führer entstanden. Wenn aber die Gewöhnung an politische Institutionen nicht gegeben ist, verwandelt sich effektive Führung *an sich* in eine Institution. Diese Institution folgt dann unweigerlich nicht vorgegebenen Regeln, sondern informellen Umständen und einem aktuellen Verständnis von Zweckmäßigkeit. Für diesen Vorgang ist der gute oder ungute Wille des Regierenden gar nicht entscheidend, er folgt in erheblichem Maß einer eigenen inneren Logik. Und die Führungsfigur, um die herum diese ganze Konstruktion aufgebaut ist, kann selbst zur Geisel dieser Logik werden.

Hinzu kommt: Je komplizierter die Realität, desto einfachere Antworten sind gewünscht. Daher kommt auch das Verlangen des Westens, alles was Russland betrifft in zwei klaren Farben zu zeichnen – das Beharren auf dem Konzept der „richtigen und falschen Seite der Geschichte“, selbst wenn es sich in der Geschichte nicht wirklich bewährt hat.

Inzwischen weiß man im Westen selbst nicht mehr, wer sich auf welcher Seite befindet. Diese unangenehme Ungewissheit verschärft jedoch nur die Neigung, nicht nur einen externen Schuldigen für die eigenen Probleme zu suchen, sondern ein „abschreckendes Beispiel“, auf das man kopfschüttelnd zeigen kann. Russland kommt da gerade recht.

Die Krise in den Beziehungen zu Russland scheint unmittelbar mit der Krise in den westlichen Gesellschaften und den politischen Systemen zusammenzuhängen. Das ist keine gute Nachricht, denn es bedeutet, dass die Entwirrung der Beziehungen viel mühsamer und langwieriger sein wird, als wenn es nur um konkrete geopolitische, wirtschaftliche oder sogar ideologische Widersprüche ginge.

Russland und die Europäische Union sind, auch wenn es überraschen mag, fast gleich alt. Die Russische Föderation in ihrer modernen Gestalt ist kurz vor Beginn des Jahres 1992 in die internationale politische Arena getreten, und fast zur gleichen Zeit, Anfang 1992, wurde der Vertrag von Maastricht unterzeichnet und die EU gegründet. Natürlich entstanden beide Partner nicht aus dem Nichts, beide setzten eine lange Tradition fort, Russland die UdSSR, die EU die EG. Doch das Zusammenfallen der Ereignisse hat symbolische Bedeutung, und das Auftreten dieser beiden Subjekte kennzeichnete für Europa das Ende einer Epoche und den Beginn einer neuen.

Fast drei Jahrzehnte später traten Russland und die EU, wiederum zur gleichen Zeit, in ein neues Zeitalter ein. Und das hat nichts mit Personalien zu tun, obwohl die lange Amtszeit bestimmter Personen zwangsläufig für Nervosität sorgt, in dem Moment, in dem sie anfangen, über ihr Ausscheiden nachzudenken. (Die Fälle Putin und Merkel, bei allen Unterschieden, belegen dies.)

Aber es wäre eine unzulässige Verkürzung, alles auf persönliche Faktoren zu reduzieren. In beiden Teilen des europäischen Kontinents – in der EU und östlich davon – bedarf es offensichtlich einer jeweils neuen Agenda.

Die EU lebte 30 Jahre lang in dem (wenn auch sich abschwächenden) Gefühl, dass die Welt sich unumkehrbar zu ihren Gunsten verändert habe. Und tatsächlich schien das Modell der europäischen Integration derart erfolgreich zu sein, dass es als Vorbild für die gesamte Menschheit dienen konnte.

Aber jetzt ist von diesem Gefühl fast nichts mehr übrig. Großbritanniens Austritt ist Symbol für das Ende der Expansion und den Beginn einer Schrumpfung der Gemeinschaft. Einer Schrumpfung nicht unbedingt im buchstäblichen Sinn – in absehbarer Zukunft dürfte kaum noch jemand die Lust verspüren, die EU zu verlassen –, sondern im mentalen, das heißt im Sinne einer Konzentration auf die eigenen Probleme, auf die Suche nach einer neuen Konzeption eines einigen Europa, das den sich ändernden Zeiten angemessen ist.

Der Brexit verändert auch die innere Balance der EU. Er bedeutet nicht einfach minus ein Land, sondern eine völlig andere Konstellation der Kräfte und Interessen zwischen den führenden kontinentalen Mächten, vor allem zwischen Deutschland und Frankreich.

In Russland sind diese 30 Jahre völlig anders verlaufen. Die Politik konzentrierte sich zunächst auf das Überleben als funktionsfähiger Staat, dann auf die Anerkennung seiner internationalen Rolle. Obwohl sich die Situation Mitte der 1990er-Jahre und Anfang der 2010er-Jahre extrem unterschied, sind die Ansprüche doch die gleichen geblieben: die Rückkehr zu einer bedeutenden Position in der internationalen Arena – wobei sich die Einschätzung, welche Mittel dafür einzusetzen seien, merklich verändert hat.

Über die Kosten kann man lange streiten, auch darüber, was eine „bedeutende Position“ sein soll, aber am Ende des zweiten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts wird niemand bestreiten können, dass Russland auf der internationalen Bühne wieder als ein Spieler agiert, den man weder ignorieren noch übergehen kann. Etwas vereinfacht gesagt: Die Revanche für den Absturz vor 30 Jahren ist gelungen.

Die nächste Frage ist, wie man die wiederhergestellten Optionen nutzen kann – und zwar weniger zur Erweiterung der äußeren Sphäre, außenpolitisch, als vielmehr zur Gewährleistung der Entwicklung der inneren.

In diesem Jahr enthielt die Rede des russischen Präsidenten an die Föderationsversammlung nicht nur die Vorschläge über Änderungen der Verfassung, sondern weitere interessante Dinge. Vor allem wurde der Außen- und Sicherheitspolitik, traditionell zentrale Teile in solchen Ansprachen, ungewohnt wenig Aufmerksamkeit gewidmet, und der Gedanke im Abschnitt Internationales war einfach und eingängig: Dank der Bemühungen der vergangenen Jahre sei die Sicherheit gewährleistet, Kriege seien nicht zu befürchten. Die Russen könnten sich um andere Dinge kümmern – um die Entwicklung des Lands und die Steigerung der Lebensqualität. Den Themen Demographie und Familienwohl war etwa die Hälfte der gesamten Rede gewidmet.

Um ein populäres Motto zu bemühen, mit dem Donald Trump durch sein politisches Leben marschiert, könnte man den Sinn der Botschaft Putins etwa so wiedergeben: Russland first. Nicht im Sinne internationaler Dominanz, sondern im Gegenteil, im Sinne einer wesentlich besonneneren Konzentration auf die Lösung innerer Aufgaben.

Das ist die neue Agenda, die internationalen Tendenzen Rechnung trägt: Immer mehr Staaten beschäftigen sich vornehmlich mit ihren inneren Angelegenheiten. Das bedeutet natürlich nicht Isolation oder Autarkie – in einer Welt, die trotz allem aufs Engste verflochten ist, wäre das schlicht unmöglich. Aber externes Handeln muss sich in größerem Maß als bisher nach den inneren Bedürfnissen und Erwartungen richten.

In Russland und in der EU beginnt eine neue Epoche – gleichzeitig, aber mit unterschiedlichen Inhalten. Die EU braucht andere Grundlagen für ihre Konsolidierung, und sie ist unsicher, wo sie zu suchen sind. Einerseits ist eine Reorganisation im Inneren erforderlich, die aber von der Außenpolitik ablenkt. Auf der anderen Seite erfordert die sich radikal verändernde internationale Sphäre Reaktionen, Antworten auf die Einflüsse von außen. Die gewohnten Rezepte haben ihren Sinn verloren.

In Russland verschieben sich die Prioritäten auf innere Themen, und das Personal der neuen Regierung trägt dem Rechnung. Der Erhalt des internationalen Status verschwindet deswegen nicht von der Agenda. Zumal das in Umfragen festgestellte Nachlassen des Interesses der russischen Bürger an internationalen Themen sehr gut bedeuten kann, dass sie mit dem aktuellen Zustand zufrieden sind. Wenn sich jedoch die Lage in diesem Bereich verschlechtert, wird die Sorge der Bürger um den Status ihres Landes in der Welt schnell wieder wachsen.

In einer idealen Welt ergänzen Russland und die EU einander wunderbar. Die EU ist ein optimaler Partner für die Umgestaltung Russlands in ein moderneres und wohlgeordnetes Land. Russland wiederum ist in der Lage, einem einigen Europa eine strategische Dimension hinzuzufügen und es dabei zu unterstützen, eine neue Position auf internationaler Ebene zu formulieren.

Darüber wird seit Mitte der 1990er-Jahre gesprochen. Praktische Schritte wurden nicht unternommen, weil keine Seite, vor allem nicht die EU, bereit war, auf ihre Vorstellungen von Zusammenarbeit zu verzichten und reale Kompromisse nach dem Modell der Gegenseitigkeit einzugehen. Grob skizziert, hielten beide Seiten einen realen Durchbruch in den gegenseitigen Beziehungen nicht für wichtig genug, dass sie sich ernsthaft darum bemüht hätten.

Jetzt ist die Situation erheblich komplizierter. Bis jede der beiden Seiten sich über ihre inneren Einstellungen und Prinzipien klar geworden ist – die sich zwangsläufig werden ändern müssen –, bleibt die Arbeit mit den äußeren Partnern zweitrangig, genauer gesagt, rein instrumentell. Bis auf weiteres.

Also geht Putin nun, oder geht er nicht? Wann? Wohin? Wie? Diese Frage wird die Kommentatoren weiterhin beschäftigen und diverse Spekulationen auslösen, weil der russische Präsident ein Meister des indirekten Denkens über Bande ist. Aber das Schicksal einzelner Politiker ist nur ein Begleitumstand vor dem Hintergrund der objektiven Veränderungen, die gerade vor unseren Augen stattfinden.

Fjodor Lukjanow
ist Chefredakteur der Zeitung
Rossija v globalnoj politike
(Russland in der Weltpolitik).

IMPRESSUM

Verleger
Detlef W. Prinz

Herausgeber
Johann Michael Möller
Witali Nikititsch Ignatenko

Chefredaktion
Peter Koepf
Viktor Loschak

Chef vom Dienst
Lutz Lichtenberger

Gestaltung
Paul Maria Kern (Art Director)
Johanna Trapp (Layout)

Druck
Axel Springer SE
Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG
Brunsbütteler Damm 156 – 172
13581 Berlin

Redaktionsschluss
11. März 2020

Verlag
Times Media GmbH
Tempelhofer Ufer 23-24
10963 Berlin

Petersburger Dialog ist eine geschützte Marke der Times Media GmbH.

www.times-media.de
www.petersburgerdialog.de
www.newspaper-petersburger-dialog.ru

Fragen, Anregungen, Kritik?
redaktion@times-media.de

Nie wieder!

VON DETLEF PRINZ

Von Théodore Simon Jouffroy, einem französischen Philosophen des 19. Jahrhunderts stammt die kluge Bemerkung: „Der Schlüssel der Geschichte ist nicht in der Geschichte, er ist im Menschen.“ Unzählige Male wurde diese Erkenntnis in andere Worte gefasst, die immer das Gleiche meinten: Geschichte wird von Menschen gemacht. Und das heißt: Für die Geschichte und deren Verlauf, allzumal für unsere eigene, trägt jeder Mensch eine Mitverantwortung.

Ich habe das große Glück, seit fast sieben Jahrzehnten in einem Land zu leben, das – weil es aus seiner dunklen Geschichte die richtigen Schlüsse zog – in dieser Zeit keinen Krieg mehr auf seinem Boden erlebt hat. Als ich geboren wurde, lagen das Ende des Zweiten Weltkriegs und seine Schrecken und Verbrechen gerade einmal fünf Jahre zurück. Zu meinem Lebensglück, nur den Frieden erlebt zu haben, gehörte auch das Glück, großartigen Menschen begegnet zu sein, denen wir und denen ich viel zu verdanken habe, weil sie bereits zu Zeiten, als dies lebensbedrohlich war, gegen die Verbrechen der Nazis Widerstand geleistet haben.

Einer dieser großen Persönlichkeiten war der IG-Metallgewerkschafter Willi Bleicher, der wegen seiner Widerstandstätigkeit gegen das Regime 1936 verhaftet und im Konzentrationslager Buchenwald gefangen gehalten wurde. Oft hat er über diese Zeit der Qualen, der Erniedrigung, der Folter nicht gesprochen. Aber einige Male eben doch. Unter vier Augen. Diese Gespräche mit Willi Bleicher sind mir unvergessen.

Und sie haben mich geprägt, weil sich mir die vielen Facetten unserer deutschen Geschichte, der dünne Firnis, der über unserer Zivilisation liegt, wie unter einem Brennglas offenbarten. Der Riss zwischen Mitläufertum und Widerstand ging damals durch Familien, auch durch meine eigene: Mein Großvater mütterlicherseits war in der SA, mein Vater Kommunist und Widerstandskämpfer. Als Kind habe ich davon nicht viel gespürt, aber, als ich größer war, erlebte ich doch emotionale Dispute zwischen Vater und Großvater. Damals spürte ich, dass jeder einzelne Mensch Verantwortung trägt, dass sich Geschichte nicht wiederholt.

Willi Bleicher war einer der Guten der deutschen Geschichte. Er hat das Konzentrationslager Buchenwald überlebt und nie Ruhe gegeben, die Ursachen des Nationalsozialismus beim Namen zu nennen. Er hat nach 1945 keine Ehrungen oder Auszeichnungen seines Landes angenommen, weil er nicht in die Nähe derer kommen wollte, die womöglich Blut an ihren Händen hatten. Die Auszeichnung „Gerechter unter den Völkern“ in Yad Vashem hat er allerdings angenommen, 1965, ebenso die Carl-von-Ossietzky-Medaille 1977.

Wer die beeindruckende Rede des Bundespräsidenten in Yad Vashem am 23. Januar gehört oder gelesen hat, dem war die historische Dimension dieses Auftritts eines deutschen Staatsoberhaupts an diesem Ort sofort präsent: Es sprach ein deutscher Bundespräsident, der von persönlicher Schuld frei ist, sich aber zur dauerhaften Verantwortung seines Landes bekennt, von einzelnen Opfern des Holocausts erzählt und an unsere damaligen Mitmenschen in Deutschland und Europa erinnert. Dabei gab er unmissverständlich sein Versprechen vor den Augen der Welt ab: „Nie wieder!“

Danke, Herr Bundespräsident! Danke für diese große Rede und für die Erinnerung an Menschen, die durch deutsche Täter zu Opfern wurden. In einem Jahr, in dem wir an vielen Orten auf der ganzen Welt des Endes des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren gedenken, war diese Rede auch ein Bekenntnis zum Handeln, gegen Wut und Hass. Dafür hat sich der Bundespräsident verbürgt, aber es liegt an uns allen, sein Versprechen Wirklichkeit werden zu lassen.

Architekt des Autoritären

Wladimir Putin regiert seit 20 Jahren, er hat Russland dem Westen entfremdet

VON KATJA GLOGER

Natürlich ist Russland nicht Putin. Dieses weite Land umfasst so viel mehr als ihn. Und doch: Putin ist Russland. Wie kaum ein anderer personifiziert er Erfahrungen und Sehnsüchte dieser postsowjetischen Gesellschaft; wie kaum einem anderen gelang es ihm, in den nunmehr 20 Jahren seiner Regentschaft diesem Land und seinen Menschen den Stempel seiner Macht aufzudrücken. Als ob sich die so absurd klingende Prognose seines ehemaligen Stabchefs Wjatscheslaw Wolodin erfüllen würde: „Solange es Putin gibt, gibt es auch Russland. Ohne Putin – kein Russland."

Heute kennt eine ganze „Generation Putin" nur ihn als Präsidenten und faktischen Zaren einer wiederauferstandenen Großmacht, gar als Architekten einer neuen Weltordnung.

Gerade wieder hat der Präsident sein Land in helle Aufregung versetzt, zumindest Teile davon. Hat, schwupps, eine neue Regierung installiert, eine neue Generation von Staatsmanagern für eine Staatsökonomie. Sie sollen nun endlich die „nationalen Projekte" vorantreiben, 400 Milliarden Dollar für Infrastruktur und Sozialausgaben. Damit sollen ökonomische Stagnation, Bevölkerungsschwund und Armut überwunden werden – dieses grassierende Krisengefühl.

Vor allem aber lässt der Präsident die Verfassung eilig auf seinen möglichen Machterhalt zuschneiden – auf das Ende seiner Amtszeit, das vielleicht kein Ende sein wird. Das Volk soll über die neue Verfassung abstimmen, die er dann allerdings wohl schon abgesegnet haben wird. Erneut soll sich Volkes Wille in ihm manifestieren – und er in Volkes Wille.

Von außen betrachtet gleicht der Aufstieg eines KGB-Offiziers zum Präsidenten der Russischen Föderation innerhalb von nur zehn Jahren einem Wunder. Aber in diesen russischen 1990er-Jahren geschahen viele Wunder. „Er war", so beschrieb es Boris Jelzin, „auf militärische Art standhaft."

Und dieser so bescheiden daherkommende Mann hat, so kann man es sagen, durchaus Ungeheures erreicht, die großen Ziele seiner „Millenniumsbotschaft" von Ende 1999. Dem erklärten „gosudarwstwennik" gelang es, über die „Vertikale der Macht" die faktische Allmacht des Staates – also des Präsidenten und der von ihm Bevollmächtigten – wiederherzustellen. Er machte das Land zum Großlabor eines modernen autoritären Systems und lässt nun an einem Überwachungsstaat nach durchaus chinesischem Vorbild bauen.

Die zunehmende Kontrolle des Internet gehört ebenso dazu wie selektive Repression und die dem Präsidenten unterstellte Nationalgarde von rund 300 000 Mann. Zugleich aber lässt das System durchaus Freiräume: Nischen für kleine, unabhängige Zeitungen und NGOs, manchmal auch für Kritik und kontrollierten Straßenprotest. Wer will, kann das Land verlassen.

Allerdings reicht die Fantasie vieler Russen nicht mehr aus, um auf eine rechtsstaatliche, gar demokratische Ordnung in ihrem Land zu hoffen. Desillusioniert bezeichnen sie sich als „diwannye kritiki", Sofakritiker. Freiheit? Ist ohnehin nur Attrappe. Allgegenwärtig aber bleibt „wlast", die Macht. So war es schon immer in Russland, heißt es.

Putin wies Jelzins Oligarchen in ihre Schranken und schuf Platz für eine neue Machtelite, diese Koalition aus gut ausgebildeten Technokraten im Staatsdienst, smarten Großunternehmern und Unternehmergeheimdienstlern. Das System der „Putin-Oligarchen" erinnert Kritiker an einen parasitär-mafiösen Staat.

Jetzt übernehmen deren Söhne die Geschäfte. Sie kontrollieren den Zugang zu den entscheidenden Ressourcen des Landes, zu Öl und Gas und Ostsee-Pipelines, zum militärisch-industriellen Komplex und Staatsbanken; die eigenen Konten sind vorzugsweise off-shore – und für alle Fälle hat man einen westlichen Pass. Konflikte und Interessenkollisionen moderiert und nutzt – der Präsident.

Unbestritten seine wohl größte Leistung: Nach dem demütigenden Absturz der 1990er-Jahre gab Putin den Menschen Stabilität und Hoffnung auf Zukunft. Die Wirtschaft wuchs, Gehälter und Renten wurden ausgezahlt, Steuern bezahlt. In diesem goldenen Jahrzehnt verfünffachte sich der Ölpreis. Milliarden unerwartete Dollar flossen an Staat und Elite, ein Teil davon wurde über das Land verteilt. Vereint im unpolitischen „Putin-Konsens" erlebten die Menschen bescheidenen Wohlstand; es waren Jahre der Verheißung.

Seine wohl größte Chance in seinem ersten Jahrzehnt: Dem Land endlich den Weg zu gesellschaftlicher Modernisierung und Demokratisierung zu ebnen, diese mühsame Generationenaufgabe anzunehmen. Denn auch im Westen hoffte man auf Putin und eine strategische „Modernisierungspartnerschaft", vor allem in Deutschland. Es war eine historische Chance. Er nutzte sie nicht. Denn sein Weg war ein anderer.

Nach russischer Lesart schmetterten die Politiker des Westens seit Ende des Kalten Kriegs alle Versuche ab, einen für Russland legitimen Platz in Europa zu finden. Ganz falsch ist diese Sicht nicht.

„Unser größter Fehler war, euch zu sehr zu vertrauen", so formuliert es der russische Präsident. „Und euer Fehler war, dieses Vertrauen als Schwäche auszulegen und zu missbrauchen." Eine Integration in die europäischen Ordnungsstrukturen des KSZE-Abkommens von Helsinki 1975 oder der Demokratie-Charta von Paris 1990 jedenfalls waren bald keine Option mehr.

Vielmehr definierten Putins Politechnologen Russland als „souveräne" Großmacht und Zivilisation aus eigener, rechtgläubiger Geschichte und Kraft. Dem vermeintlich „liberalen" Westen mit seinen zunehmend „dekadenten" Werten könne sich Russland nicht anschließen. Und sich schon gar nicht unterwerfen.

„Russland verlässt den Westen", schrieb der heutige Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums Dmitri Trenin bereits 2006. Von dieser sich anbahnenden Abwendung, dieser von zunehmendem Misstrauen und Verschwörungstheorien geprägten Entfremdung nahm damals kaum jemand Notiz.

Putins Klartext auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 läutete die geopolitische Neupositionierung Russlands gegen die Hegemonialmacht USA ein. Der revisionistische Anspruch auf eine „Zone privilegierter Interessen" im postsowjetischen Raum manifestierte sich rasch, 2008 in Georgien und wenige Jahre später mit der Annexion der Krim sowie dem Versuch, im Osten der Ukraine eine Art Moskauer Protektorat zu errichten; im Donbass, wo noch immer ein Krieg schwelt, in dem bislang 13 000 Menschen starben und mehr als zwei Millionen zu Flüchtlingen wurden.

Die „Rückkehr" der Krim, einst „Perle des Imperiums", in den Bestand der Russischen Föderation ist für Moskau nicht verhandelbar, das weiß man auch in Berlin, Paris, Washington – und Kiew. Russlands militärische Dominanz über das Schwarze Meer scheint gesichert. Dafür nimmt man Sanktionen und politische Konfrontation in Kauf und setzt auf die wachsende Ukraine-Müdigkeit der EU und der USA, um in Kiew erneut Einfluss zu etablieren.

Aber vielleicht sind die Menschen in der Ukraine längst weiter. Sie haben sich auf den langen Weg Richtung Westen gemacht. Putins Russland jedenfalls ist kein Modell für sie.

Zuzugestehen ist: Zumindest die zweite Runde der Nato-Osterweiterung gehört zu den strategischen Fehleinschätzungen westlicher Politik gegenüber Russland. In dieser Frage erwies sich der Präsident als durchaus einig mit der Mehrheit seines Lands – als „Russlands Putin". Das vermeintliche Vorrücken der Nato Richtung Moskau rührte an die Grundfesten einer über Jahrzehnte geschundenen Gesellschaft, die Identität vor allem in heldenhafter Verteidigung gegen Feinde aus dem Westen finden musste, am Ende im unter unvorstellbaren Opfern errungenen Sieg über den deutschen Nationalsozialismus.

Umgekehrt aber geriet die Fixierung auf die vermeintliche Bedrohung durch die Nato zu einem „fundamentalen Fehler" russischer Außenpolitik, so Trenin: „Russland wird wieder als militärischer Gegner des Westens wahrgenommen. Dies ist eine strategische Niederlage für Russland."

Zu den außenpolitischen Niederlagen des Kremls gehört in gewisser Weise auch Donald Trump. Man setzte wohl auf dessen eitle Skrupellosigkeit und Ignoranz, als die Hacker des Militärgeheimdienstes GRU und die Trollfabrik des Unternehmers Jewgenij Prigoschin während des US-Wahlkampfs 2016 nicht nur *gegen* Hillary Clinton manipulierten, sondern am Ende *für* Trump. Nach dessen Wahl jedenfalls knallten in Moskau die Champagner-Korken. Auf Trump gesetzt zu haben hat sich jedoch bisher nicht so ausgezahlt wie erhofft. Der US-Kongress ist gegen Russland einig wie seit Jahren nicht. Das Verhältnis ist so konfrontativ wie einst im Kalten Krieg.

Dabei liegen „America First" und „Russlands Souveränität" gar nicht so weit auseinander – jenem Verständnis einer multipolaren, post-westlichen Welt, in der erneut die Prinzipien klassischer Großmachtpolitik gelten. Multilateralismus? Auf Basis der Menschenrechte miteinander verhandelte Regeln, die für alle gelten? Das ist letztlich etwas für Schwächlinge, für Europäer etwa.

Mit gnadenlosem Opportunismus stößt der geopolitische Nullsummenspieler Putin überall dort vor, wo sich die USA zurückziehen, projiziert politische und militärische Macht in entstehende Leerräume, im Nahen Osten und zunehmend auch im rohstoffreichen Afrika. Zimmert Koalitionen mit der Türkei, mit Israel ebenso wie mit Saudi-Arabien. Die erfahrenen russischen Diplomaten interpretieren das Völkerrecht virtuos je nach Interessenlage. Es ist dabei kein Zufall, dass die Unterstützung mit Hard- und Software, mit Waffen und Söldnern, mit Korruption und Desinformation meist Diktatoren und autoritären Herrschern gilt. Und natürlich zählt Gewalt als legitimes Mittel der Politik – so wie in Syrien, das russische Kampfjets (und iranische Verbände) gerade in einen Friedhof-Frieden unter Assad bomben.

Und weil Geografie in gewisser Weise Schicksal ist, orientiert sich Russland nach Osten, Richtung China und Indo-Pazifik. Mit dem russischen „pivot to Asia" will sich Moskau als strategischer Partner Chinas etablieren, nicht nur als Rohstofflieferant: Das weite russische Land als unverzichtbarer Transportkorridor der neuen Seidenstraßen, an deren westlichem Ende die europäischen Märkte liegen. Dazu käme die Aufgabe einer militärischen Absicherung der postsowjetischen Staaten Mittelasiens. Aus der Annäherung zwischen Russland und China, heißt es, wachse eine neue Sicherheitsarchitektur für einen neuen Superkontinent: Eurasien.

Im 21. Jahr seiner Herrschaft wächst der mittlerweile ewig junge russische Präsident zum Machtpolitiker von Weltrang, Russland zur Ordnungsmacht einer multipolaren Oligarchie. Als Mitglied dieser neuen Internationale verhandelt Russland die Interessen einer kleinen Machtelite, schmiedet ebenso flexible wie fragile Bündnisse, in denen letztlich das Recht der Macht gilt und nicht die Macht des Rechts. So wächst eine neue Weltordnung, die der Skrupellosen.

Ernster könnte die Lage für Europa kaum sein.

Katja Gloger ist Journalistin und Autorin mit dem Schwerpunkt russische Geschichte und Politik. Zuletzt erschien von ihr „Fremde Freunde. Deutsche und Russen – die Geschichte einer schicksalshaften Beziehung" (Berlin Verlag).

Grenzen überwinden

Die Initiative des Gesprächsforums „Petersburger Dialog" zur Erleichterung der Visavergabe wartet auf Antworten der Außenminister

Seit Jahren wird darüber gesprochen, die Visapflicht zwischen Deutschland und Russland für Personen unter 25 Jahren mittelfristig abzuschaffen. Damit sollen junge Menschen bessere Gelegenheiten für Begegnungen und gegenseitige Verständigung gewonnen werden.

Die Außenminister Russlands und Deutschlands haben bisher nicht auf den Vorstoß der Koordinatoren der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft des „Petersburger Dialogs", Dirk Wiese und Michail Fedotow, reagiert. Das Forum wartet noch immer auf die Antwort der Ministerien auf das Memorandum und den Appell der Koordinatoren.

Gerade junge Menschen sind offen für neue Menschen und neue Eindrücke, davon sind die Initiatoren überzeugt. Sie anerkennen zu Recht die Bedeutung der demokratischen Grundsätze der Europäischen Union. Sie sind die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen.

Die Bemühungen um eine prinzipielle Erleichterung der Visavergabe kamen 2014 zum Stillstand. Die Gründe dafür sind bekannt und immer noch existent. Dies heißt jedoch nicht, dass die Jugend für die Handlungen der erwachsenen Politiker die Konsequenzen tragen sollte.

Deshalb hat die Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft nicht nur einen Appell auf den Weg gebracht, sondern auch konkrete Vorschläge erarbeitet, wie beide Seiten das Visaregime verbessern könnten. Außenminister Heiko Maas versprach im vergangenen Jahr auf dem Treffen des „Petersburger Dialogs" in Bonn, über Lösungen nachzudenken.

Im vergangenen Jahr erschienen beinahe zeitgleich zwei Dokumente. Die EU hat den Visakodex verändert, wodurch das Verfahren zur Erlangung von Kurz-Visa für „gutgesinnte Reisende" vereinfacht werden soll, einschließlich solcher aus Russland. Und Präsident Wladimir Putin wies an, Ausländern vom 1. Januar 2021 an ein einheitliches elektronisches Visum für die Einreise nach Russland anzubieten.

Grundsätzlich haben die Diplomaten verstanden: Die Zivilgesellschaften unserer Länder brauchen die Voraussetzungen für den Bau von Brücken der gegenseitigen Verständigung. Aber ohne eine Liberalisierung der Visabestimmungen wird das nicht gelingen.

Das Memorandum der Arbeitsgruppe enthält den Vorschlag, ein elektronisches Online-System zur Visaerteilung aufzubauen, das den Service für die Besucher der Konsulate und Visazentren verbessert und erweitert, die Praxis der Vergabe von Mehrfachvisa mit einer Geltung von bis zu fünf Jahren ausbaut sowie das Beschwerdeverfahren bei abgelehnten Visaanträgen vereinfacht und vereinheitlicht.

Von großer Bedeutung ist der in dem Memorandum enthaltene Vorschlag, die Liste der Kategorien der Bürger auszuweiten, welche die Vorzüge der Vereinfachungen nutzen. Dazu gehören Teilnehmer von Jugendaustauschprogrammen, Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft und Teilnehmer offizieller Austauschprogramme, darunter auch im Rahmen von Städtepartnerschaften. Auch berücksichtigt sind Personen, die aus medizinischen Gründen reisen, und ihre Begleiter, Journalisten, Vertreter von Religionsgemeinschaften, nahe Verwandte von Bürgern beider Staaten sowie vertrauenswürdige Reisende mit positiver Visumgeschichte.

Weder das Gesprächsforum noch diese Zeitung wollen die Frage der Vereinfachung des Visaregimes von der Tagesordnung nehmen. Sie warten auf umfassende und gut begründete Antworten der Außenminister Russlands und Deutschlands.

In einer Stellungnahme gegenüber der Zeitung *Kommersant* hat kürzlich der stellvertretende Außenminister der Russischen Föderation, Jewgeni Iwanow, erklärt, dass die russische Regierung im vergangenen Jahr das Verfahren der Vergabe von Touristenvisa für Reisen in die Region Kaliningrad und Sankt Petersburg bedeutend vereinfacht habe. Bis Mitte Februar dieses Jahres seien 94 000 Visa für Reisen nach Kaliningrad und 105 000 Visa für Reisen nach St. Petersburg erteilt worden. Unter den 53 Ländern, für die diese Visaerleichterungen gelten, ist auch Deutschland. Nicht auf dieser Liste stehen allerdings die USA, Kanada und Großbritannien, die sich in Visafragen Russen gegenüber zurückhaltend verhielten.

Gegenwärtig richten sich die Bemühungen des Außenministeriums auf die Einführung eines einheitlichen elektronischen Visums für Reisen von bis zu 16 Tagen vom 1. Januar 2021 an, gültig für den Ortswechsel zwischen allen Regionen der Russischen Föderation. Für die Vergabe dieser Visa fallen Gebühren in Höhe von bis zu 50 Dollar an. Besondere Registrierungsverfahren für Ausländer, die mit einem elektronischen Visum einreisen, sind nicht vorgesehen.

PD

IMAGO IMAGES/SVEN SIMON

Mehr Demokratie wagen: Nach dem Fiasko in Thüringen trat die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer zurück. Friedrich Merz (links), Armin Laschet und weitere Kandidaten versprechen einen Aufbruch.

Merkels Partei zerstritten

Die CDU auf der Suche nach ihrer Zukunft

VON PETER KOEPF

Die Sorgen um Deutschland, die auch die Teilnehmer der Münchner Sicherheitskonferenz umtrieben, hat der Kommentator der *Süddeutschen Zeitung,* Stefan Kornelius, so zusammengefasst: „Wird der Anker Europas, der Leuchtturm der Freiheit, der Retter des Westens jetzt zu einem neuen Trumpistan?“

Andere orakeln über baldige Weimarer Verhältnisse, warnen vor einer weiteren Zersplitterung des Parteiensystems wie zwischen 1919 und 1933, was damals immer neue Koalitionen erzwang und zu schnellen Brüchen dieser Regierungsbündnisse führte – und letztendlich zur fatalen Hoffnung darauf, dass eine autoritäre, nationale Regierung der NSDAP wieder für Ordnung sorgen könnte.

Wieso die Ängste? Weil nach der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nun auch die letzte verbliebene Volkspartei zu zerbrechen droht, die CDU. In Thüringen wählten ihre Abgeordneten gemeinsam mit den Rechtsaußen von der Alternative für Deutschland (AfD) den Kandidaten der fünf Mann starken Fraktion der liberalen FDP zum Ministerpräsidenten. Eine regionale Polit-Farce mit Folgen für das ganze Land.

Denn ein kleiner, aber möglicherweise wachsender Teil der Union sieht Gemeinsamkeiten mit der AfD, nicht nur in Ostdeutschland, und spricht mit deren Abgeordneten darüber, wo eine Zusammenarbeit möglich wäre. Mit deren Fraktionschef im Bundestag, Alexander Gauland, sind sie der Meinung, es sei „völlig unsinnig und realitätsfern, auf Dauer nicht mit der AfD zusammenarbeiten zu wollen“.

In Thüringen sehen einige, wie der inzwischen zurückgetretene CDU-Vorsitzende Mike Mohring, die Option für eine Zusammenarbeit mit den Linken. Die derzeitige Führung der Bundespartei bleibt dabei: Weder das eine noch das andere ist erlaubt.

Die Umfragewerte der CDU sind nach dieser Blamage katastrophal, die Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer musste zurücktreten, die Partei scheint in einen christlich-liberalen und einen sogenannten wertkonservativen Flügel derer zu zerbrechen, die insbesondere in Klima-, Flüchtlings- und Genderfragen Merkels liberale Politik ablehnen – ganz so wie die AfD.

Die Stimmen mehren sich, die Merkel für die Misere verantwortlich machen. Rufe nach dem Rücktritt der Bundeskanzlerin und Neuwahlen mit einem neuen Kandidaten für Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur werden laut.

Wieso das?

Die AfD und ihre Anhänger skandierten schon 2015 „Merkel muss weg!“ Damals war die Wirtschaft stabil, Merkel hatte Deutschland stoisch durch die Finanzkrise gesteuert, die Union lag bei Umfragen bei mehr als 40 Prozent. „Dann kam die Flüchtlingskrise, und mit ihr begann der Niedergang der Union“, kommentierte stellvertretend Nikolas Busse in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.* Merkels Nachfolger werde „sicher nicht darum herumkommen, in der Migrationspolitik Distanz zu Merkel zu schaffen“.

Das aber ist zu eindimensional. Die Gründe für einen offenbar wachsenden Teil der Bevölkerung, den Volksparteien nicht mehr zu vertrauen, sind vielfältiger.

Bei Umfragen erweist sich, dass in Ostdeutschland grob zusammengefasst die Hälfte der Menschen nur „teils, teils“ zufrieden sind mit der Demokratie, vom Rest deutlich mehr unzufrieden als zufrieden. Und das liegt nicht nur an der Flüchtlingspolitik.

Warum verweigern immer mehr Deutsche den bewährten Politschlachtschiffen die Gefolgschaft? Es gibt viele Antworten, und sie haben mit Außenpolitik wenig zu tun:

- weil zuvörderst Menschen im Osten, also in der früheren DDR, sich von den historischen Siegern im Westen über den Tisch gezogen und bis heute bevormundet fühlen;
- weil die arbeitende Bevölkerung das Gefühl hat, dass in einer globalisierten und sich einseitig den Gesetzen der Wirtschaft und des Wettbewerbs beugenden Gesellschaft nicht mehr fair geteilt wird, Lasten und gemeinsam produzierte Erträge gleichermaßen;
- weil jeder vierte Erwerbstätige armutsgefährdet ist und ein Viertel der Rentner kaum über die Runden kommt;
- weil ein relevanter Teil der Deutschen den Eindruck hat, dass ihre Sorgen und Ängste beiseite gewischt werden und in Medien und Politik Themen dominieren, die sie für nachrangig halten;
- weil sie das Gefühl haben, bei Widerspruch wie ein ungehorsamer Schuljunge in die Schäm-Ecke des Klassenzimmers gestellt zu werden, zu den Rechtsextremisten;
- weil sie sich beim Gebrauch von Begriffen wie Heimat und Patriotismus dem Verdacht ausgesetzt sehen, ein rechter Nationalist zu sein;
- weil die Volksvertreter sich um Posten statt um Inhalte streiten, Privilegien absichern, Wassergräben um die eigenen Posten ziehen und, statt Klartext zu reden, sich hinter Floskeln verstecken;
- und weil junge, engagierte Nachwuchskräfte, die sich für ihre Ideale aus der Deckung wagen, vom Establishment degradiert werden.

Menschen mit solchen Empfindungen kehren den etablierten Parteien den Rücken. Aber stimmt das alles? Und wenn ja, wie könnten die Parteien die Enttäuschten und Abtrünnigen zurückgewinnen?

Die beiden Volksparteien, SPD und CDU, sind zu seelenlosen Parteien geworden. Die CDU, weil sie ihre Tradition vergessen hat und ihren konservativen, bürgerlichen Wesenskern. Die Christlich-Konservativen haben sich dem Zeitgeist ergeben, alte Prinzipien aufgegeben und sich aufgemacht in die sogenannte Mitte. Dabei ist eingetreten, wovor so umstrittene wie weitsichtige Politiker des vorigen Jahrhunderts wie Franz Joseph Strauß gewarnt haben: In Deutschland hat eine Partei die Lücke auf der Rechten besetzt. Und das ist nur zum Teil eine Folge der Flüchtlingskrise.

Auch auf der anderen Seite der Mitte weiß die SPD schon seit Jahren nicht mehr, wem sie eigentlich verpflichtet ist: denen, die mit ihrer Arbeit den Laden am Laufen halten, den Arbeitern und kleinen Angestellten mit ihren Familien, die Miete bezahlen und trotz Vollzeitarbeit kaum ihr Leben bestreiten können. Stattdessen haben sie dazu beigetragen, dass sich jene die Taschen füllen, die in der Partei früher Kapitalisten hießen. Ihre Versuche, die Grünen beim Klima und bei Genderfragen nachzuahmen, haben nicht verfangen. Die Menschen bevorzugen das Original, schon hoffen die Grünen auf eine Beteiligung an der nächsten Regierung spätestens 2021 – vielleicht sogar mehr.

Die SPD dümpelt bei unter 15 Prozent, die CDU steht, will sie dieses Schicksal vermeiden, vor einer Richtungsentscheidung: Wer führt die Partei und wer tritt für die Kanzlerschaft an?

Drei Kandidaten stehen im Fokus: Als Erster meldete Norbert Röttgen seine Kandidatur an. Der jugendlich wirkende 55-Jährige gehört dem liberalen Flügel der Partei an, war einst ein treuer Knappe der Kanzlerin, ehe er nach dem verunglückten Versuch, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen zu werden, auch etwas unrühmlich das Kabinett verlassen musste, dem er als Umweltminister angehört hatte. In der Folge gelang es Röttgen jedoch, sich als Außenpolitiker wieder einen besseren Ruf zu erarbeiten. Zweiter Kandidat ist der wirtschaftsnahe Friedrich Merz, der angeblich an der Basis eine erhebliche Fangemeinde und Merkel schon mehrfach herausgefordert hat und mit seiner rechtskonservativen Grundeinstellung Wähler von der AfD zurückgewinnen könnte. Dritter im Bunde ist der bodenständige Armin Laschet, der als moderat und Moderator gilt, den größten Landesverband Nordrhein-Westfalen anführt, schon mal einen Blick in Richtung Grüne wagt und Merkels Flüchtlingspolitik immer befürwortet hat – auch als Christ(demokrat).

Alle Kandidaten werden auf jeden Fall darauf achten, auf eine gewisse Distanz zu Merkel zu gehen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz wagte es selbst Laschet, die Kanzlerin anzugreifen – wegen ihrer zögerlichen Haltung gegenüber Macrons Plänen für eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik. Weimar oder Trumpistan? Die CDU steht vor einer Zerreißprobe.

Peter Koepf ist Chefredakteur dieser Zeitung

¶D

FORTSETZUNG VON SEITE 1 **„DAS SPIEL IST AUS“**

erst dann gibt es Bereitschaft zum Kompromiss und diplomatischen Spielraum.

An diesem Punkt befand sich der Syrien-Konflikt noch nie. Für Assad hat es sich stets gelohnt, ums Überleben zu kämpfen, denn sein Regime hatte alles, was es brauchte, um den Krieg militärisch zu gewinnen: Massenvernichtungswaffen und die Bereitschaft, sie gegen die eigenen Landsleute einzusetzen; eine Weltmacht Russland, die ihren letzten Verbündeten in Nahost an der Macht halten will und deshalb mit ihrer Luftwaffe sämtliche Regime-Gegner vernichtet oder vertreibt; eine in asymmetrischer Kriegsführung erfahrene Regionalmacht Iran, die schiitische Milizen am Boden organisiert; eine kriegsmüde, zögerliche und im Rückzug begriffene Weltmacht USA, uneinige und planlose Europäer, ein blockierter UN-Sicherheitsrat und die Ignoranz der Weltgemeinschaft.

Die Versuche der Amerikaner und Europäer, Druck auf Damaskus aufzubauen, beschränkten sich auf ein ausgefeiltes Sanktionsregime (schmerzhaft für die syrische Führung, aber mit Hilfe verbündeter Handelspartner erträglich), halbherzige Waffenlieferungen an wechselnde Rebellengruppen (über Jahre zu wenig zum Siegen und zu viel zum Verlieren) sowie zwei völkerrechtswidrige, symbolische und folgenlose Angriffe auf Militärbasen, um den Einsatz von Chemiewaffen zu bestrafen. Nichts davon führte zu einer Verhaltensänderung oder erhöhten Kompromissbereitschaft des syrischen Regimes.

Vor diesem Hintergrund ist die Vorstellung, Europa könne mit finanziellen Anreizen beim Wiederaufbau Einfluss auf die Machtverhältnisse und die Realität in Syrien nehmen, schlicht naiv. Jeder europäische Parlamentarier – ob linker Antiimperialist oder rechter Nationalist –, der nach Damaskus reist, um sich von Regimevertretern den „normalen Alltag“ und die „stabile Sicherheitslage“ zeigen zu lassen, wird zum Propagandisten Assads. Und zum effektiven Unterstützer der Strategie Wladimir Putins.

Der russische Präsident folgt im Gegensatz zu den USA und Europa in Syrien einem funktionierenden Plan. Er besteht aus drei Stufen: retten, rückerobern, rehabilitieren. Aktuell befinden wir uns im Übergang zu Phase drei, deren Ziel es ist, das syrische Regime international salonfähig zu machen.

Die Logik dahinter klingt plausibel: Assad hat gewonnen und bleibt an der Macht, also besser die Realität anerkennen und konstruktiv am Wiederaufbau des geschundenen Landes mitarbeiten, damit es den armen Menschen dort bald besser geht und die geflüchteten Syrer zurückkehren können.

Einziges Problem: Wer die Menschen in Syrien im Blick hat, sollte nicht das Regime stützen. Denn jeder Euro, der in guter Absicht nach Damaskus geschickt wird, dient der Festigung jener Herrschaftsstrukturen, die vor neun Jahren zum Aufstand führten.

Was ahnungslose Politiker, Journalisten oder Blogger vor Ort als Stabilität wahrnehmen, ist Friedhofsruhe. Assad braucht das Geld, um seine Cronies zu entlohnen, Milizen ruhig zu stellen, Anhänger mit besseren Lebensbedingungen an sich zu binden und den Geheimdienstapparat zu erhalten. An der Rückkehr geflüchteter Syrer hat er kein Interesse, schließlich hat er die meisten davon gezielt vertrieben, um ehemals oppositionelle Gebiete von Gegnern zu säubern.

Assad frohlockt, schließlich arbeitet die UN seit Jahren mit regimenahen Organisationen, Unternehmen und Personen zusammen, die das Geld in seinem Sinn verteilen. Einige dieser Partner stehen auf den Sanktionslisten der USA und Europas – ein Skandal, sind doch Washington und Berlin die größten bilateralen Geber humanitärer Hilfe in Syrien.

Während Europäer und Amerikaner die Syrer also humanitär versorgen und Assad damit den Rücken für seinen Idlib-Feldzug freihalten, arbeiten Russland, Iran und die Türkei an der langfristigen Absicherung ihres Engagements in Syrien. Ihre autokratisch denkenden Führungen verstehen Außenpolitik nicht als diplomatisches Aushandeln von Kompromissen, sondern als reine Interessenpolitik.

Mit den Herrschaftsmethoden Assads haben sie naturgemäß kein Problem, im Inneren kann das Regime deshalb walten wie es will. Nicht mal der Kreml hat Einfluss auf Assads Geheimdienste, Sicherheitsgarantien für rückkehrwillige Syrer wird es deshalb von russischer Seite nicht geben.

Für die drei Interventionsmächte hat sich der Einsatz in Syrien gelohnt. Ankara ist zwar von seinem ursprünglichen Ziel eines Machtwechsels in Damaskus abgerückt, kann aber einen Teil der syrischen Aufständischen als islamistische Söldner zur Durchsetzung eigener Interessen nutzen – östlich des Euphrats gegen die Kurden, inzwischen auch in Libyen. Mit ihrem Einmarsch im Oktober 2019 hat die Türkei die dort herrschende Partei der demokratischen Union (PYD) in die Arme Assads und Putins getrieben und ein kurdisches Autonomieprojekt mittelfristig verhindert.

Eine Wiederannäherung zwischen Ankara und Damaskus ist möglich, ihre Geheimdienstchefs trafen sich im Januar in Moskau. Mit Verweis auf das Abkommen von Adana aus dem Jahr 1998 versucht Putin, die beiden Nachbarn auf einen gemeinsamen Kampf gegen die PKK und ihre Verbündeten einzuschwören.

Russland unterhält in Syrien drei Militärbasen und bleibt damit über Jahrzehnte im östlichen Mittelmeerraum präsent. Daneben haben sich russische Firmen mit einseitigen Verträgen einen Großteil der Gewinne bei der Förderung von Öl, Gas und Phosphor gesichert. Moskau will in Syrien staatliche Strukturen stärken und Milizen einhegen – ganz im Gegensatz zu Teheran, das an einem Staat im Staat arbeitet, um den eigenen Einfluss militärisch, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu verstetigen. Nach dem Vorbild der iranischen Revolutionsgarden baute der ermordete General Qassem Soleimani die National Defense Forces (NDF) auf, syrische Paramilitärs, die unter lokaler Führung für Assad kämpfen.

Was im Libanon mit der Hisbollah gelang und im Irak mit den Hashd al-Shaabi, soll sich in Syrien mithilfe der NDF wiederholen – ein dauerhafter Einfluss über einen von Iran abhängigen lokalen Stellvertreter. Die schiitische „Achse des Widerstands“, die von Teheran über Bagdad, Damaskus und Beirut bis zum Mittelmeer und an die Grenzen Israels reicht, wäre damit komplett.

Ob die iranische Führung diese Vision ohne ihren Strippenzieher Soleimani und angesichts von verschärften Sanktionen, aufflammenden Protesten und einer immanenten militärischen Eskalation mit den USA umsetzen kann, ist fraglich. Zumindest mit Blick auf Syrien, wo ihr mit nur zwei Prozent Schiiten die Basis in der Bevölkerung fehlt. Russland könnte Irans derzeitige Schwäche nutzen und die syrische Nachkriegsordnung weiter zum eigenen Vorteil ausgestalten.

Der Syrien-Konflikt ist für die USA und Europa verloren. Kurzfristig sollten sie gegenüber dem Regime und den russischen Befriedungsbemühungen standhaft bleiben und mit Druck auf die UN dafür sorgen, dass ihre humanitäre Hilfe den Bedürftigsten zugute kommt und nicht Assads Patronagenetzwerk. Langfristig können die Europäer auf den Veränderungswillen der Syrer hoffen und sie überall dort, wo es Raum dafür gibt, in ihrem Streben nach Freiheit, ihren Bemühungen um Gerechtigkeit und ihrem Wunsch nach Aussöhnung unterstützen.

Kristin Helberg ist Journalistin und Syrien-Expertin. Sie arbeitet für die ARD, den ORF und andere TV-Sender. Im vergangenen Jahr erschien ihr Buch „Der Syrien-Krieg. Lösung eines Weltkonflikts“ (Herder).

¶D

‚Wir brauchen eine neue Ostpolitik‘

Russland ist wieder zum Feindbild geworden, schreibt Matthias Platzeck *mit Bedauern in seinem Mitte März erscheinenden Buch. Er sieht „Russland als Partner“ und weist Wege aus der Perspektivlosigkeit. Ein Vorabdruck*

Es ist an der Zeit, sich in Europa und besonders in Deutschland von Neuem darauf zu besinnen, dass man mit Russland reden muss – und zwar ernst gemeint, nicht nur um „im Gespräch zu bleiben“. Den ungeliebten Herrn im Kreml mit Schweigen zu übergehen, weil er anders denkt und anders handelt, als wir es uns wünschen, heißt, der Politik als der „Kunst des Möglichen“ zu entsagen. Mit großen Worten, moralischer Empörung und rhetorischer Maßregelung gewinnt man keine Gestaltungsmacht.

Die „Verbalisten“ haben einem auch heute nichts zu bieten. Ihre „Trümpfe“ sind auch heute noch keine. Die wegen der Inbesitznahme der Krim gegen Russland verhängten Finanz- und Wirtschaftssanktionen werden weithin weniger als ein Instrument der Politik denn als pädagogische Strafmaßnahme angesehen. Auch ich frage mich, ob wir im Ernst glauben, dass Sanktionen des Westens die nukleare Großmacht des Ostens zum Einlenken, geschweige denn zur Umkehr bewegen.

Und natürlich geht es auch für Russland, wie stets bei den Großen und Mächtigen, um Gesichtswahrung. Wir vertiefen den Konflikt, statt ihn einzudämmen – mit Rüffel und Rüge führen wir Ost und West nicht aus der Krise heraus. Aber nur darum kann es angesichts der sich gefährlich zuspitzenden Konfrontation gehen.

Nun gilt es, vom Siegerpodest des Kalten Krieges herabzusteigen und die Realitäten von heute, so wenig sie uns gefallen und so unrecht sie sein mögen, zu nehmen, wie sie nun einmal sind, und mit ihnen Politik zu machen – den Status quo anzuerkennen, um ihn zu überwinden. Besser heute als morgen sollten wir damit beginnen, das diplomatische Vakuum der letzten Jahre wieder mit Leben zu füllen, auf Russland zuzugehen und den Konflikt „illusionslos“ zu entspannen.

Russland muss nicht auf die Knie gezwungen werden, muss nicht Besserung geloben, bevor man zu reden beginnt. Russland muss nicht erst eine lupenreine Demokratie zustande bringen und die westlichen Werte in seiner Gesellschaft unwiderruflich etablieren, um für den Westen „gesprächswürdig“ zu sein. Worauf also warten und schlafwandeln, bis das Kind endgültig in den Brunnen gefallen ist?

Wir kommen in Europa nicht umhin, im Verhältnis zu Russland noch einmal alles auf Anfang zu stellen. Mit einer Stunde null für die deutsch-russischen Beziehungen können wir beginnen. Ein Neustart setzt voraus, dass wir unseren Umgang mit Russland revidieren. Wir müssen Russland als gleichberechtigten Partner behandeln und Augenhöhe herstellen – in der Begegnung und in Verhandlungen. Ein Neustart beinhaltet auch, dass wir uns von manchen idealpolitischen Illusionen lösen und einigen realpolitischen Wahrheiten ins Gesicht sehen: Das Wünschenswerte ist nicht immer auch das politisch Machbare.

PICTURE ALLIANCE / GERHARD RAUCHWETTER

Mehr Partnerschaft wagen: Willy Brandt (rechts, 1961 bei einer Diskussionsveranstaltung im Schloss Tutzing) entwickelte mit Egon Bahr (hinten) eine neue Ostpolitik. Was Franz Josef Strauß und die Union damals kritisch beäugten, führte zu mehr Verständigung. Nun fordert Matthias Platzeck eine neue Ostpolitik.

Wertegeleitete Außenpolitik hat die Ansätze, die in Zeiten der Systemkonfrontation für die Kommunikation mit anderen Ordnungen gefunden wurden, in Vergessenheit geraten lassen. Es lohnt, sich einige Leitsätze der Ostpolitik wieder in Erinnerung zu rufen, einige Einsichten neu aufzuarbeiten.

Das Wichtigste zuerst: Die Triebfedern aller Außenpolitik sind Interessen. Egon Bahr hat es 2013 vor Schülern in Heidelberg einmal sehr pointiert ausgedrückt: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“

Wir sollten anerkennen, dass auch Russland Interessen hat und dass auch Russlands Interessen legitime Interessen sind. Das gilt auch geopolitisch. Und es gilt auch für Russlands Sicherheitsbedürfnis, über das wir trotz der Geschichte des 20. Jahrhunderts allzu einfach hinweggehen. Wir werden nicht zu einer Verständigung und zu einem Ausgleich kommen, wenn wir die Interessen Russlands als unberechtigt zurückweisen oder schlicht ignorieren.

Des Weiteren muss, wer ernsthaft Wege zueinander finden will, bereit sein, die Perspektive zu wechseln. Gemeinsame Lösungen können wir nur erreichen, wenn wir die Beweggründe der russischen Außenpolitik nachvollziehen. Wer konstruktive Gespräche will, muss gedanklich immer auch auf der anderen Seite des Tisches Platz nehmen. Egon Bahr hat das geradezu gepredigt. Als Schlichter in mehreren Tarifkonflikten habe ich mich davon überzeugen können, wie ergiebig der Perspektivwechsel für Verhandlungen ist. Wenn die Fronten aussichtlos verhärtet scheinen, kann er helfen, zu einem für beide Seiten akzeptablen Ergebnis zu kommen.

Darüber hinaus muss anerkannt werden, dass auch andere Sichtweisen ihre Berechtigung haben. Wir haben uns – wohl oder übel – mit dem Gedanken anzufreunden, auch von unseren Vorstellungen abweichende politische und gesellschaftliche Konzepte, die auf anderen Traditionen und Denkweisen beruhen, zuzulassen und zu respektieren. Nur aus einer offenen und toleranten Haltung heraus kann sich ein Dialog auf Augenhöhe entwickeln. Die selbstgerecht-moralische Attitüde gegenüber Russland steht uns Deutschen nicht gut zu Gesicht. Wir sollten auf Schulmeisterei verzichten und uns nicht über Russland erheben.

Es ist nicht richtig, Ansichten Moskaus pauschal zu missbilligen – Vorschläge in Bausch und Bogen abzulehnen und Wortmeldungen von vornherein zurückzuweisen, als ob man, wie Brandt schon in Tutzing monierte, „einen Wettlauf zu gewinnen hätte, immer am schnellsten und am entschiedensten Nein zu sagen zu jedem Hinweis, der aus dem Osten kommt, weil er aus dem Osten kommt“.

Respekt vor anderen Ansichten bedeutet auch, dass wir Russland zugestehen müssen, seinen eigenen Weg zu gehen. Russland allein bestimmt, welche Schritte es zur Demokratie geht und wie diese Demokratie in näherer oder fernerer Zukunft gestaltet sein wird.

Wir müssen wieder, wie in der ostpolitischen Konzeption der Sechziger- und Siebzigerjahre, in längeren Linien denken und uns auf längere Wege einstellen. Nur so können wir eine Entwicklung induzieren, die uns aus guten Gründen als die bessere erscheint, weil sie unseren Werten näher ist. Zu erzwingen ist die Wandlung zu einer liberalen, pluralistischen Demokratie nicht.

Eher ist das Gegenteil der Fall: Unter dem Druck des Westens wird das autoritäre Russland noch stärker, werden sich die russischen Bürgerinnen und Bürger vielleicht noch bereitwilliger hinter ihrem Präsidenten versammeln. Aber natürlich gehört zur Wahrheit auch, dass Wladimir Putin die autokratischen Führungsstrukturen, die sich in den Wirren der Jelzin-Jahre auszuprägen begannen, konsolidierte. Das aber verbietet uns nicht, mit Russland zu reden, wenn wir es ernst damit meinen und etwas zum Besseren verändern wollen.

Respekt bedeutet nicht Naivität: Die Kritik an vielen Entwicklungen in der russischen Gesellschaft, die heute in Deutschland geübt wird, ist absolut berechtigt,

und Beispiele für den Autoritarismus des russischen Machtapparats gibt es leider zur Genüge. Auch ich hadere mit den restriktiven Regelungen zu den vom Ausland finanzierte Nichtregierungsorganisationen, die als sogenannte ausländische Agenten besonders strenge Auflagen zu erfüllen haben und immer wieder drangsaliert werden. Auch mir fehlt jedes Verständnis für die russische Gesetzgebung zu den sogenannten nichttraditionellen Beziehungen, die Homosexuelle diskriminieren. Wir beanstanden diese Weltsicht zu Recht.

Das alles sind Rückschritte – Russland war schon einmal weiter. Ich wünschte mir mehr Verständnis der russischen Führung für die Zivilgesellschaft im eigenen Land und mehr Mut, dieser ihre Freiräume zu lassen oder wieder zuzugestehen, damit sie sich in ihrer ganzen Diversität entwickeln kann.

An den Wertegrundlagen unserer Demokratie, die auch die deutsche Außenpolitik prägen, kann es keinen Zweifel geben. Nur diskreditiert sich irgendwann eine Politik, die im internationalen Kontext Werte proklamiert und hochmoralisch argumentiert. Die Außenpolitik der Bundesregierung ist an ein solches Ende gekommen.

Zum einen aufgrund der doppelten Standards, mit denen sie misst, wenn sie ihre viel beschworenen Werte in der Welt einfordert – oder eben nicht. Mit Saudi-Arabien oder China spricht Deutschland anders als mit Russland. Halten wir unseren Freunden in den Arabischen Emiraten, mit denen wir eng zusammenarbeiten, ihren Umgang mit Homosexuellen vor? Stellen wir unsere enge Kooperation mit dem chinesischen Regime wegen der Internierungslager für die Uiguren, einer der größten Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit, infrage? Zum anderen durch die uneingestandene Priorität der Interessen vor den Werten. Der ehemalige Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Eberhard Sandschneider, warnte vor einer doppelzüngigen deutschen Außenpolitik: „Wer den Eindruck vermittelt, Werte zwar zu propagieren, sie aber bei Bedarf gegen ‚wichtigere‘ Interessen zurückzustellen, schadet eben diesen Werten – und der eigenen Glaubwürdigkeit – mehr, als er nutzt.“ Letztlich – siehe Saudi-Arabien und China – werden eben doch die Werte hintangestellt, wenn es um die harten materiellen Interessen geht.

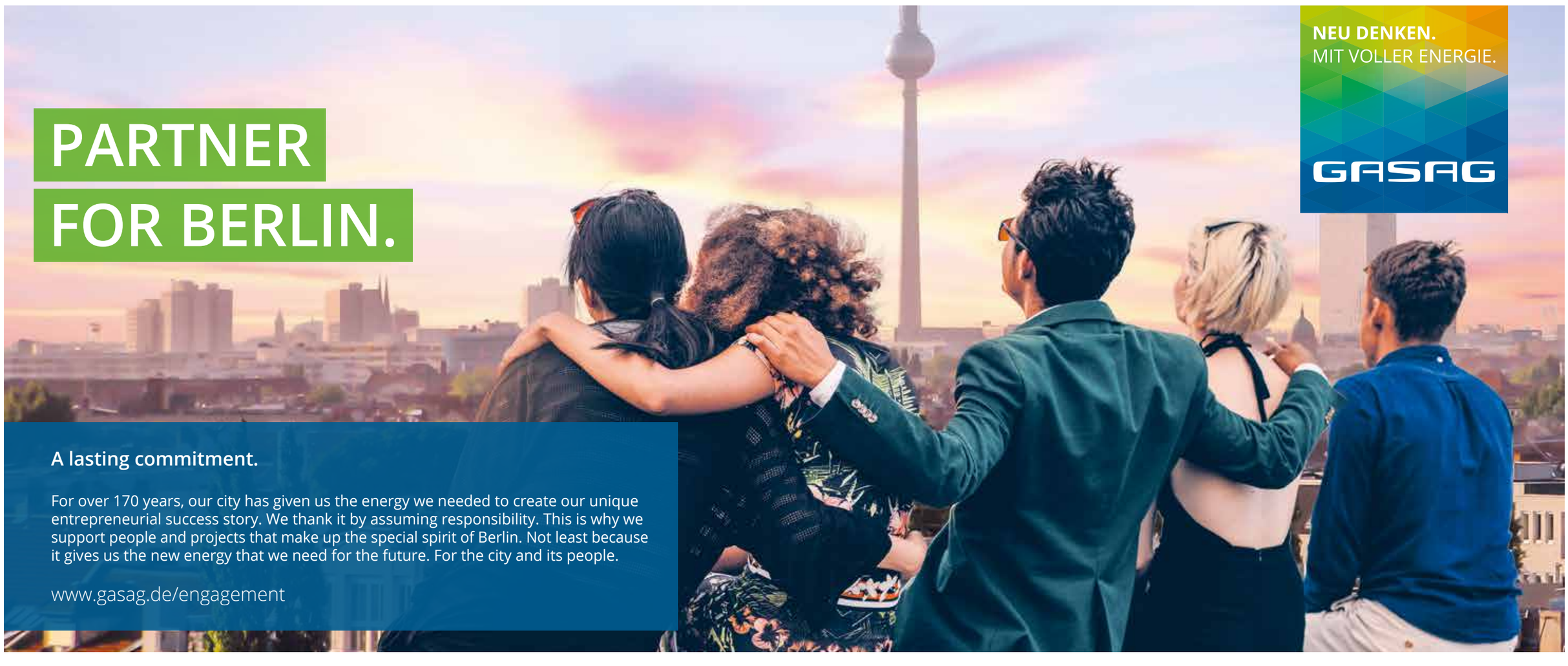
In der deutschen Außenpolitik aber ist in den vergangenen Jahren von Interessen zumeist geschwiegen worden, umso mehr aber war die Rede von Werten. Natürlich war das nicht ganz ehrlich. Mittlerweile wird immerhin offen eingestanden, dass Deutschland als globale Handelsnation seine ureigenen strategischen Interessen rund um den Erdball hat. Dass dies im Kontext einer Debatte über ein stärkeres militärisches – nicht etwa diplomatisches – Engagement unseres Landes in der Welt geschieht, ist zu bedauern.

Mit einer Politik des alles oder nichts löst man keine Krisen. Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts dürfen Lösungswille und außenpolitische Fantasie eingefordert werden. Zwischen Öl-ins-Feuer-Gießen und Hände-in-den-Schoß-Legen muss ein Weg in der Mitte gesucht werden, der zueinander führt. Wieder gebietet die Vernunft, die politischen Möglichkeiten neu zu vermessen – ganz pragmatisch. Auch die kleinen Schritte und Fortschritte sind der Mühe wert.

Saumseligkeit dürfen wir uns nicht leisten. Die gebetsmühlenhaft vorgetragene Zusicherung, „den Gesprächsfaden mit Russland nicht abreißen zu lassen“ – das reicht nicht einmal für ganz kleine Schrittchen. Wenn wir etwas in Bewegung bringen wollen, müssen wir ernsthaft das Gespräch mit Russland aufnehmen – auf Augenhöhe. Das ist realpolitische Räson – und es macht mir Mut, dass dies auch der Wunsch einer Mehrheit von Bürgern und Bürgerinnen in Deutschland und Russland an die Politik in ihren Ländern ist.

Matthias Platzeck war von 2002 bis 2013 Ministerpräsident Brandenburgs für die SPD. Seit 2014 ist er Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums.

Auszug aus dem Buch „Wir brauchen eine neue Ostpolitik. Russland als Partner“, das am 16. März bei Propyläen erscheint.



Neue Ansätze für einen alten Konflikt

Hat die Ersetzung von Wladislaw Surkow durch Dmitri Kosak im Kreml einen Einfluss auf die Lösung der Situation im Donbass?

VON VLADIMIR SOLOVJEV

Russlands Präsident Wladimir Putin hat seinen bisher für die politischen Beziehungen zur Ukraine und zur international nicht anerkannten Republik Donbass zuständigen Berater abberufen. An die Stelle von Wladislaw Surkow, der fast sieben Jahre lang diese Themen betreute, tritt jetzt Dmitri Kosak. Der Weggang des Hardliners Surkow wurde in Kiew mit Enthusiasmus begrüßt, man schließt daraus, dass Moskau seine Haltung in Bezug auf den Donbass mildern könnte.

Schon seit dem Sommer vergangenen Jahres wurde darüber spekuliert, wer neuer Chefunterhändler für den Donbass werden könnte. Über die Möglichkeit einer Rotation sprach man schon bald nachdem Petro Poroschenko, der in Moskau als nicht verhandlungsbereit galt, bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen Wolodymyr Selenskyj unterlegen war. Mit Selenskyj, der Frieden im Donbass zu seinem zentralen Ziel erklärte, verband sich die Hoffnung auf einen Ausweg aus der Sackgasse.

Erste Gespräche ergaben sich im Sommer vergangenen Jahres, als Moskau und Kiew über einen Gefangenenaustausch verhandelten. Zunächst verständigten sich die beiden Präsidenten in mehreren Telefonaten über die Rahmenbedingungen, dann wurden ihre Assistenten und weitere Beamte einbezogen.

Im September kam es zum Austausch unter der Formel „35 gegen 35“. Zusammen mit den in Russland inhaftierten ukrainischen Seeleuten konnte auch der Regisseur Oleg Senzow nach Hause fahren. Den Weg in die entgegengesetzte Richtung nahmen russische Bürger, die in der Ukraine Haftstrafen abzubüßen hatten, unter ihnen auch der wegen Hochverrats angeklagte Journalist Kirill Wyschinski.

Bald darauf wurde bekannt, dass auf russischer Seite nicht nur der langjährige Ukraine-Berater im Kreml und Assistent Putins Surkow mit dem Austausch befasst war, sondern auch Kosak, zu dieser Zeit stellvertretender Ministerpräsident in der russischen Regierung. Er war es, der rasch den Kontakt zu Andrij Jermak hergestellt hatte, der als Assistent Präsident Selenskyjs für die Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine zuständig ist. Schon damals wurde darüber spekuliert, ob der aus der Ukraine stammende Kosak bald zur führenden Figur der russischen Ukrainepolitik werden könnte.

Die Gerüchte bestätigten sich im Januar, als Kosak nach dem Rücktritt der Regierung Dmitri Medwedjews aus der Regierung im Weißen Haus in den Kreml wechselte und stellvertretender Chef der Präsidialverwaltung wurde. Surkow reagierte darauf mit seinem Rücktrittsgesuch, das Putin lange nicht unterzeichnete. Am 18. Februar schließlich kam es doch zu Surkows offizieller Entlassung.

Surkow kommentierte den Vorgang mit keinem Wort. Alexej Tschesnakow jedoch, Direktor des Zentrums für politische Konjunktur und Surkows Vertrauter – so etwas wie das Sprachrohr Surkows in den sozialen Netzwerken – erklärte dessen Entscheidung mit einen Kurswechsel bezüglich der Ukraine.

Bisher gibt es keinerlei offizielle Hinweise darauf, in welche Richtung Moskaus Kurs sich ändern könnte oder ob er sich überhaupt ändert. Vielmehr erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow: „Alle Verlautbarungen über einen Kurswechsel gegenüber der Ukraine entsprechen nicht den Tatsachen und geben lediglich den Standpunkt desjenigen wieder, der diese Äußerungen macht.“

Man weiß allerdings, dass Surkow und Kosak in der Einschätzung der Lage häufig unterschiedlicher Auffassung waren. Angeblich kam es zwischen den beiden Vertrauten Putins wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit dem Donbass, und zwar sowohl in ökonomischen als auch in politischen Fragen.

Mittelbar wurde dies kürzlich durch Selenskyjs Assistenten Jermak bestätigt, seit Februar 2020 Chef der Präsidialverwaltung des ukrainischen Präsidenten. Jermak und Kosak wirkten nicht nur aus der Entfernung bei dem genannten Gefangenenaustausch zusammen, sie trafen sich laut der Zeitung *Kommersant* auch mehrere Male in Minsk, wo sie über eine mögliche politische Lösung des Konflikts im Donbass gesprochen haben sollen. Dabei äußerte sich Jermak höchst positiv über Kosak. Seiner Einschätzung nach sei der neue stellvertretende Chef der russischen Präsidialverwaltung eher bereit zum Dialog als Surkow.

Surkow hatte von ukrainischer Seite nie Komplimente zu erwarten, und ihm lag eigentlich auch nicht daran. Er misstraute den Ukrainern. Außerdem machte der ehemalige Assistent Putins nie einen Hehl aus seiner äußerst harten Position gegenüber Kiew, auch nicht aus seinen Sympathien für die international nicht anerkannten Donezker und Lugansker Volksrepubliken (DNR und LNR), mit deren Entstehung er, wie es heißt, unmittelbar zu tun hatte.

Die Lösung des Konflikts im Donbass wäre nach Auffassung Surkows letztlich die Schaffung eines Mini-Russlands innerhalb der Ukraine. Die Donezker und Lugansker Volksrepubliken seien für ihn Gebiete, für die eigene Gesetze gelten sollten, nicht die der Ukraine, und die in einer besonderen, privilegierten Beziehung zu Moskau stehen sollten. Dies alles gesetzlich zu verankern, auch in der ukrainischen Verfassung, sei Sache des ukrainischen Staates selbst.

Von dieser Einstellung wollte Wladislaw Surkow keinen Millimeter abweichen, und er verlangte von der ukrainischen Seite immer die strikte Befolgung aller Punkte des Minsker Abkommens in genau der festgelegten Reihenfolge. Das führte zu Streit mit Kiew.

Die ukrainische Seite wollte erst die Kontrolle über das Grenzgebiet zu Russland wiedererlangen und erst danach gesonderte Wahlen für die regionalen Regierungen der Regionen Donezk und Luhansk (ORDLO) abhalten. Moskau dagegen verwies immer darauf, dass im Minsker Abkommen eine andere Reihenfolge verankert sei und beharrte darauf: zuerst Wahlen (das heißt die Bildung einer von Kiew anerkannten Regierung in den Donezker und der Luhansker Republiken), danach erst Wiederherstellung der Kontrolle über die Grenzen durch die ukrainische Regierung.

Jüngstes Beispiel für die Kontroverse darüber war der Gipfel im „Normandie-Format“, der am 9. Dezember in Paris stattfand. Surkow gehörte dabei zu den russischen Unterhändlern. Auf der abschließenden Pressekonferenz der vier Staatschefs diskutierte Putin mit seinem ukrainischen Amtskollegen Selenskyj unter anderem darüber, wann und wie der ukrainischen Regierung die Kontrolle über die Grenzen übergeben werden solle, sowie über den Sonderstatus der beiden sogenannten Volksrepubliken. Putin bekräftigte damals, dass deren Sonderstatus in der Verfassung der Ukraine verankert werden müsse. Selenskyj antwortete darauf, die ukrainische Regierung sei nicht willens, das grundsätzliche Ziel einer Föderalisierung des Landes zu ändern. „Wir werden keinerlei Beeinflussung der politischen Führung der Ukraine zulassen.“

IMAGO IMAGES/ITAR-TASS

Putins Problemlöser in der Ukraine: Dmitri Kosak

Kosak hat den Ruf eines Pragmatikers, der Probleme lösen kann. Zwar war er vor dem Wechsel auf seinen derzeitigen Posten in der Präsidialverwaltung als stellvertretender Ministerpräsident für die Energiewirtschaft zuständig, doch ist ihm das Problemfeld der postsowjetischen Länder nicht fremd. Im Juni 2019 wurde mit Hilfe seines von Putin sanktionierten persönlichen Eingreifens in der Republik Moldau der allmächtige Oligarch Vladimir Plahotniuc schnell und unblutig entmachtet.

Kosaks Pragmatismus zeigte sich damals deutlich. Um erfolgreich zwischen der prorussischen, vom Kreml unterstützten Partei der Sozialisten (PSRM) und dem prowestlichen Block Acum, zu dem auch die rechte Partei „Plattform Würde und Wahrheit“ (PAD) und die Partei „Aktion und Solidarität“ (PAS) gehörten, vermitteln zu können, garantierte er dem Block Acum den Posten des Premiers in der postoligarchischen Regierung.

Man könnte schwerlich sagen, wann in der jüngeren Geschichte, vor allem nach Ausbrechen der ukrainischen Krise und dem damit zusammenhängenden Konflikt zwischen Russland und dem Westen, Moskaus Unterhändler jemals ruhige Gespräche mit Parteien und Politikern geführt hätten, die sich offen dafür einsetzten, dass ihr Land sich so weit wie möglich von Russland und dessen Interessen distanziert. Kosak war dazu imstande.

Wenn sich in naher Zukunft bestätigen sollte, dass es jetzt ein von Kosaks zentralen Aufgaben ist, die Rücknahme oder wenigstens eine wesentliche Milderung der auf Russland lastenden Sanktionen zu erreichen, könnte der neue Ansatz des Kremls die Lösung des Konflikts im Donbass ermöglichen. Diese Hoffnung stützt, dass Kosak schon einmal mit einer international nicht anerkannten Republik im postsowjetischen Raum zu tun hatte, gerade im Kontext ihrer Reintegration: Im Jahre 2003 entwarf er den Plan für eine Rückkehr der Pridnestrowischen Moldauischen Republik (Transnistrien) in die Rechtshoheit von Kischinew (Chişinău).

Vladimir Solovjev ist Moldau-Korrespondent der russischen Tageszeitung Kommersant.

FORTSETZUNG VON SEITE 1 **„KANN ER AUCH POLITIK?“**

Polizei einen gewissen Rang einnimmt, das Recht hat, nicht schlechter, wenn nicht sogar besser zu leben als ein mittelständischer Geschäftsmann.

Das ist der Hintergrund einer Reihe von Enthüllungen und Verhaftungen, die die Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren schockierten, weil man selbst bei den Trägern von Schulterklappen weniger hoher Dienstränge Millionen Dollar und Milliarden Rubel fand. Wie Ruben Enikolopow, Rektor der New Economic School, einer privaten Wirtschaftshochschule in Moskau, scharf und offen kommentierte: „Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass eines der wesentlichsten Hemmnisse für das Wirtschaftswachstum das russische Rechtsschutzsystem ist, welches das Eigentum nicht schützt, die Korruption nicht bekämpft und oft genug als Knüppel zur Lösung bei geschäftlichen Streitigkeiten eingesetzt wird.“

Damit sich die Unternehmen entwickeln und die Wirtschaft erholen können, muss die Regierung paradoxerweise ihrem eigenen Machtblock entgegentreten, also all jenen, die für gewöhnlich als erste auf die Staatskasse zugreifen. Am schwierigsten wird es dabei sein, jener Gruppe von Personen zu widerstehen, die man „Putins Politbüro“ nennt, von denen die meisten gar keine wichtigen Ämter innehaben.

Hat die neue Regierung, in der es kaum noch politische Schwergewichte gibt, genug Willen und Entschlossenheit? Nicht ohne Grund charakterisiert die Politologin Tatjana Stanowaja sie alle zusammen folgendermaßen: „Sie sind konfliktscheu, pflichtbewusst, anpassungsfähig und politisch unauffällig. Putin könnte ihr Vater sein, sie gehören zur nächsten Generation, die in einer anderen, digitalen Welt lebt, die von der alternden Führung kaum verstanden wird.“

Mischustins politische Widerstandsfähigkeit gegen alle „Freunde“, Lobbyisten und Leiter staatlicher Unternehmen wird natürlich nicht ausreichen, wenn Putin nicht selbst zum Garanten für die Unabhängigkeit dieser Regierung wird. Dies liegt primär in seinem eigenen Interesse: Gerade diese Personen sollen den Präsidenten in der schwierigen Periode des großen Machttransits begleiten.

In einer Zeit des empfindlichen Einkommensrückgangs, des beinahe stagnierenden Wirtschaftswachstums, aufsehenerregender Korruptionsskandale und nicht zuletzt drückender Sanktionen ist Russland ein sehr zögerliches Land. Mischustin und seine Regierung werden sich die Gunst der Bevölkerung erkämpfen müssen.

Das wird nur mit einem Ergebnis möglich sein: Es braucht Wirtschaftswachstum. Nur damit wären die frustrierten Bürger zu überzeugen. Bislang erwarten laut Umfragen 46 Prozent der Russen von der neuen Regierung keine positiven Veränderungen, 9 Prozent gar eine Verschlechterung. Pessimistisch sind auch Experten.

In konzentrierter Form brachte das Andrei Mowtschan, einer der besten russischen Wirtschaftskommentatoren, in einem Artikel für die Carnegie-Stiftung zum Ausdruck. Mit einem ironischen Blick auf die neue Regierung, die eher einer Rechnungskammer ähnelt, weil so viele von ihnen ehemalige Mitarbeiter der Steuerbehörde sind, vergleicht er die Situation mit dem typisch russischen Warten auf einen wundersamen Umbruch, eine überraschende und irrationale Wendung zum Besseren. „Die zentrale Aufgabe von Putins Politökonomie ist es, so viel Steuern einzutreiben wie möglich“ so der Autor. „Aus diesem Grund wurde der erfolgreiche Leiter der föderalen Steuerbehörde Chef der Regierung. Weshalb man erwarten sollte, dass uns nun ein Anstieg der steuerlichen Belastung bevorsteht, zumindest in Gestalt einer extensiven Steuereintreibung, aber vermutlich nicht nur.“

Von künftigen Erfolgen Mischustins sieht Mowtschan nur einen voraus: die Bevölkerung und Wirtschaft auszupressen. Aber die ersten Schritte des neuen Ministerpräsidenten bestätigen die zentralen Thesen des prominenten Ökonomen keinesfalls: Im Gegenteil, die neue Regierung nahm die Diskussion über die Senkung der Sozialbeiträge von 30 auf 23-25 Prozent wieder auf.

Diese Reform kann zu einem Rückgang der Schwarzarbeit, steigenden Einkommen für die Bevölkerung und Gewinnen für die Wirtschaft führen und die Wettbewerbsfähigkeit steigern. In der Diskussion über die neue Regierung gehen russische Kommentatoren in keiner Weise darauf ein, dass die gewählte Option für die westlichen Partner und im Prinzip auch für Investoren vermutlich die akzeptabelste ist. Es wäre wahrscheinlich falsch zu glauben, Ziel der Einsetzung des neuen Kabinetts seien nicht ausländische oder generell private Investitionen, sondern nur mehr staatliche Regulierung.

Wirtschaftswachstum ohne eine weitere Öffnung der Wirtschaft ist in der heutigen Welt kaum möglich. Die Überwindung der Isolation wird für die neue Regierung die zentrale Frage sein. Mischustin ist, genau wie die anderen Neulinge in seiner Regierung, für den Westen im Kontext der kontroversen Probleme und der daraus folgenden Sanktionen nicht belastet. Kein einziger von ihnen steht in aktiver Beziehung zu den Ereignissen auf der Krim oder im Donbass, keiner von ihnen gilt als Propagandist oder Geschichtsrevisionist.

Die europäische Wirtschaft hat zurechnungsfähige und ideologisch nicht verblendete Partner bekommen. Man sollte auch nicht vergessen, dass Mischustin als seriöser Geschäftsmann zu den Gründern des Internationalen Computerklubs gehörte, einer Organisation, die fast allen wichtigen Herstellern der rasant wachsenden Computerwelt Geschäfte in Russland ermöglichte.

Buchstäblich in der ersten Stunde nach seiner Ernennung bezeichneten die meisten Kommentatoren Mischustin als einen technischen Ministerpräsidenten. Ob er zu einem politischen wird, hängt von zwei Personen ab: von Putin und von Mischustin selbst. Die Art und Weise, wie der neue Regierungschef empfangen wurde, deutet darauf hin, dass seine Aussichten auf die Loyalität der Elite sehr hoch sind. Unter den Bedingungen des Machtwandels erhält diese Loyalität einen neuen hohen Stellenwert.

Für Mischustin selbst ist es möglicherweise eine interessante und reizvolle Herausforderung, Politiker zu werden. Aber es ist ein Gang über ein Minenfeld: Das Ziel ist klar, aber die Perspektive diffus.

Viktor Loschak ist Chefredakteur dieser Zeitung auf russischer Seite

75 JAHRE KRIEGSENDE

SHUTTERSTOCK/EVERETT HISTORICAL BY YEVGENY KHALDEI

Am Ende: Die Hauptstadt des Tausendjährigen Reichs 1945

DIE TÜCKISCHE REDE VON DER BEFREIUNG

Kriegsende in Deutschland: Angst vor Vergeltung und Suche nach Zukunft

VON SVENJA GOLTERMANN

Es gibt Zeiten, in denen es so scheint, als wäre man vor Jahrzehnten schon einmal weiter gewesen. Deutschland, das in diesem Jahr auf das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren zurückblickt, macht einen solchen Eindruck. Geschichtsrevisionistische Äußerungen, die den Nationalsozialismus und seine Verbrechen herunterspielen, sind in jüngster Zeit nicht nur beschämend laut geworden; sie werden von prominenten Vertretern der Neuen Rechten auch gezielt eingesetzt, um die demokratische und liberale Ordnung der Bundesrepublik anzugreifen. Der „antitotalitäre Grundkonsens“, den die Historiker Ulrich Herbert und Axel Schildt vor 20 Jahren als gemeinsames Kennzeichen fast aller Gesellschaften des europäischen Kontinents erachteten, hat offenkundig Risse bekommen. An das Kriegsende zu erinnern, ist deshalb erneut dringlich geworden.

Das offizielle Kriegsende in Deutschland am 8. Mai 1945, der Tag der bedingungslosen Kapitulation, markiert für weite Teile Europas zunächst und vor allem eines: das Ende eines von deutscher Seite entfesselten, verbrecherischen Angriffskriegs, der im September 1939 mit dem Überfall auf Polen begann und sich zu einer beispiellosen Gewalt- und Vernichtungseskalation insbesondere im Osten Europas ausweitete. Die Gesamtzahl der Toten wird heute auf mehr als 60 Millionen Menschen geschätzt; aufgrund des Genozids, der Bombardierungen und der Vertreibungen handelte es sich mehrheitlich um Zivilisten.

Allein die Sowjetunion beklagte mehr als 25 Millionen Tote, Polen etwa 6 Millionen, unter ihnen mit rund 3 Millionen Menschen mehr als die Hälfte aller ermordeten Juden in Europa. Die Verbrechen der Deutschen, vor allem die im Osten an den Juden verübten, waren und sind in der Geschichte ohne jede Parallele.

Historikerinnen und Historiker legen den Schwerpunkt jedoch schon längst nicht mehr auf den Tag der Kapitulation, wenn es um das Kriegsende geht. Denn das Ende des Kriegs begann Monate zuvor, im Westen Deutschlands spätestens nachdem US-amerikanische Soldaten am 11. September 1944 in der Nähe von Aachen die Staatsgrenze des Deutschen Reichs überquert hatten; einen Monat später überschritten sowjetische Soldaten erstmals die deutsche Grenze im Osten.

Was sich in den verbleibenden Monaten bis zur bedingungslosen Kapitulation auf dem Gebiet des Deutschen Reichs abspielte, war höchst divers: Die wachsende Kriegsmüdigkeit deutscher Zivilisten paarte sich mit einem von der Propaganda hochgepeitschten „Endkampf“, der besonders im Osten Deutschlands erbittert geführt wurde. Allein ein Drittel aller deutschen Soldaten, die während des Kriegs ums Leben kamen, starb in den letzten Kriegsmonaten zwischen Januar und Mai. Während einige Deutsche bereits weiße Tücher aus den Fenstern hängten, um den Amerikanern ihre Kapitulation zu signalisieren, schickte die SS einen guten Teil der noch verbliebenen Insassen der Konzentrations- und Außenlager auf „Todesmärsche“.

Schrittweise befreiten unterdessen sowjetische, US-amerikanische und britische Soldaten die Konzentrationslager, und nicht jeden der erschöpften und beinahe verhungerten Insassen konnten sie retten. In dieser Phase der Auflösung und einem unbeschreiblichen Chaos kreuzte sich auf deutschem Boden der Weg der KZ-Häftlinge auf den „Todesmärschen“ mit dem der Flüchtlinge und Vertriebenen, der deutschen Kriegsgefangenen, der Ausgebombten und ausländischen Zwangsarbeiter, die sich teilweise schon hatten befreien können. Hunderttausende dieser Menschen starben, noch bevor der Krieg offiziell zu Ende war.

Zahlreiche größere und kleinere NS-Funktionäre, aber auch „normale Bürger“, Männer wie Frauen, suchten während der letzten Kriegsmonate jedoch den Freitod, überwiegend im Osten. Der Sicherheitsdienst der SS bemerkte bereits im März 1945, dass immer mehr Menschen daran dachten, ihrem Leben aus Angst „vor der mit Sicherheit zu erwartenden Katastrophe“ ein Ende zu setzen.

Die propagandistisch geschürte Angst vor der Vergeltung der Roten Armee spielte eine erhebliche Rolle. Andere konnte sich eine Zukunft einfach nicht mehr vorstellen. Während jene, die von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren, die Alliierten herbeisehnten, machten sich die meisten Deutschen während der letzten Kriegstage keine Illusionen über ihre eigene Zukunft.

Trotz der Erleichterung über das Ende der Kriegsgewalt und das reine Davongekommensein wich die Stimmung der Desillusionierung unter den Deutschen nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 nur langsam, wie man heute aus autobiografischen Berichten, Tagebüchern, Briefen und Krankenakten weiß. Der Wille, nach vorn zu schauen, mischte sich – oft in ein und derselben Person – mit tiefer Erschöpfung und Trauer, dann wieder mit Gefühlen der Hilflosigkeit, der Angst und des Ausgeliefertseins angesichts der völligen Unklarheit über die Zukunft Deutschlands und das eigene Schicksal.

Zu diesen widersprüchlichen Empfindungen trugen Plünderungen – nicht nur durch die Besatzer –, tätliche Übergriffe und Vergewaltigungen ebenso bei wie der vor allem in den Städten grassierende Hunger sowie der Vorsatz der Alliierten, den Nationalsozialismus radikal zu beseitigen, auch wenn dies angesichts der Absicht, umgehend eine neue politische Ordnung aufzubauen, letztlich gar nicht zu leisten war.

Doch die Verhaftungsaktionen der ersten Monate, bei denen in der amerikanisch besetzten Zone rund 117 000, in der sowjetischen etwa 127 000 ehemalige Parteimitglieder in Internierungslager überführt wurden, waren in ihrem Ausgang für die Betroffenen nicht kalkulierbar. Das gilt in ähnlicher Weise für die Entnazifizierungsverfahren, die in den verschiedenen Besatzungszonen zwar mit unterschiedlicher Härte erfolgten, aber zunächst für Millionen von Deutschen bedeuteten, dass ihre nationalsozialistische Vergangenheit geprüft werden würde und sie gegebenenfalls Zwangsmaßnahmen zu erwarten hatten.

Für die mangelnde Berechenbarkeit, die mit diesen Verfahren verbunden waren, ist die hektische Suche nach Entlastungszeugnissen, die schon zeitgenössisch bemerkt und spöttisch kommentiert wurde, ein untrügliches Indiz. Vielen gelang es, sich mithilfe dieser „Persilscheine“ zu entlasten und die Mitverantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen herunterzuspielen.

Die Entnazifizierungsverfahren waren für viele der Betroffenen eine einschneidende Erfahrung, die sie zwang, sich mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen und zum Nationalsozialismus auf Abstand zu gehen. Hinzu kam, dass die eigene Lebensgrundlage bis zum Abschluss des Verfahrens und der bescheinigten Entlastung in der Schwebe hing. Für unzählige Menschen war es deshalb ein zähes und zermürbendes Warten auf den Bescheid, der so entscheidend für die Zukunft war.

Der Historiker Michael Geyer hat einmal pointiert formuliert, dass an der Kontroverse über den 8. Mai 1945 als „Befreiung“ oder „Niederlage“ deutlich geworden sei, wie sehr sich „die Nachkriegsgesellschaft am Ende des 20. Jahrhunderts aus dem Krieg herausgeredet hatte“. Wenn wir heute darauf bestehen, dass dieser Tag für die Deutschen eine Befreiung gewesen sei, hat das zwar insofern seine Berechtigung, als wir damit deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir den verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Regimes und die Notwendigkeit seiner Zerstörung vollständig anerkennen. Doch die Rede von der „Befreiung“ hat ihre Tücken.

Zum einen verstellt sie den Blick auf die Geschichte, in der sich unzählige Deutsche alles andere als „befreit“ fühlten, sei es, weil sie an ihren „Führer“ geglaubt hatten, von Zukunftsangst eingeholt wurden oder selbst gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt waren. Zum andern legt gerade „die implizite Bedeutung von Befreiung“ nahe, die Deutschen seien alle Opfer gewesen, wie der Historiker Reinhard Koselleck schon vor Jahren in einem Interview kritisierte. Dazu bemerkte er knapp: „Wir Deutschen waren aber auch Täter in einem sehr eindeutigen Sinne, ob als KZ-Wärter oder als Soldaten. Ich habe bis zum Schluss gekämpft, um nach dem Westen zu entkommen; zu behaupten, ich sei ein Opfer, wäre für mich eine Lüge. Und zu behaupten, ich sei befreit worden, als ich gefangen genommen wurde, widerspricht völlig meiner Erfahrung.“

Wenn wir in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückgehen, sind zeitgenössische Aussagen selten, in denen sich Deutsche so klar als Täter bezeichneten. Überhaupt schien es schon vielen ausländischen Beobachtern, später auch Zeithistorikern, dass die Deutschen die nationalsozialistischen Verbrechen nach Kriegsende umgehend beiseitegeschoben, sie im Grunde verdrängt oder zumindest relativiert hätten, ohne sich in irgendeiner Weise für diese Taten schuldig zu fühlen oder über diese Verbrechen erschüttert zu sein.

Es steht außer Frage, dass es diese Fälle gibt, deren Zahl jedoch schwer zu beziffern ist. Doch in der zutage tretenden Unsicherheit und Orientierungslosigkeit, in der Verzweiflung und den Ängsten, die unmittelbar nach Kriegsende viele Deutsche, gerade auch ehemalige Soldaten heimsuchten, lässt sich auch die bleibende Präsenz der erlebten und begangenen Gewalt im Leben der Davongekommenen aufspüren.

So finden sich in Tagebüchern, Briefen und Krankenakten, die aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammen, immer wieder Hinweise auf massive Ängste, die in der Konfrontation mit den Besatzern und im Kontext der Entnazifizierungsverfahren auftauchten. Sie speisten sich ganz offenkundig aus einem hinreichend großen Wissen über die nationalsozialistischen Verbrechen, dem man nicht ohne Weiteres entkommen konnte.

Diese nagenden Erinnerungen suchten ehemalige Soldaten in ihren Träumen heim, zeigten sich aber auch als Antrieb für eine dauernde Beschäftigung mit der eigenen Person, die man irgendwie neu ausrichten musste, um mit der Vergangenheit leben zu können.

Der ehemalige Wehrmachtssoldat Franz F. war ein solcher Fall. Auch drei Jahre nach dem Krieg hatten ihn seine Kriegserlebnisse nicht losgelassen. Sie verfolgten ihn in den Schlaf, und auch tagsüber ertappte er sich immer wieder dabei, wie er einem Arzt erzählte, „wenn er sich mit Kriegsgeschehnissen beschäftigte“. Welche Gewalttaten das waren, konkretisierte er nicht, doch legte er sich zurecht, er habe zwei Seelen in seiner Brust, von denen die eine, die rücksichtslosere, nur unter den Bedingungen des Kriegs zum Tragen käme. Dem Arzt versicherte er dennoch: „Wenn er jetzt noch einmal vor viele Situationen gestellt würde, würde er sicher rücksichtsvoller sein.“

Insbesondere für die heimkehrenden Soldaten lässt sich zeigen, dass ihr Leben in den ersten Jahren nach Kriegsende, entgegen dem äußeren Anschein, oft einer inneren Zerreißprobe glich, in der eine innere Balance erst wiedergefunden werden musste. Dabei erwähnten sie das Leiden der Gegner und die ermordeten Opfer zwar äußerst selten, doch blieben diese gewissermaßen im verdrängten Bewusstsein. Diese heimliche Präsenz durchwirkte das Leben der Davongekommenen, ihre Rationalisierungsversuche des eigenen Verhaltens während des Kriegs und nicht zuletzt die Kommunikation in unzähligen Familien.

Svenja Goltermann ist Professorin für Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich und Mitherausgeberin des Online-Magazins Geschichte der Gegenwart. *Zuletzt erschien „Opfer. Die Wahrnehmung von Krieg und Gewalt in der Moderne“ (S. Fischer).*

¶D

GRENZLAND

Sieg und Befreiung, Hunger, Zwangsarbeit, Säuberungen und Guerillakrieg: Das Kriegsende aus ukrainischer Sicht

VON TANJA PENTER

Die Faschisten erleben ihre letzten Stunden. Unsere Herzen sind freudig erregt. Die unsrigen sind nah. Wir warten ungeduldig auf sie, die Befreier“, notierte der ukrainische Wissenschaftler Michail Usyk, der die deutsche Besatzungsherrschaft in der ostukrainischen Stadt Charkow erlebte, während der Befreiung der Stadt durch die Rote Armee in sein Tagebuch.

„Aber wie werden sie unseren, zumeist erzwungenen Dienst für die Deutschen bewerten?“, fragte er in freudiger, aber auch angstvoller Erwartung. „Die Provokateure unter den Deutschen verbreiten Gerüchte über den angeblichen Terror der ‚Roten‘, über die Erschießung eines jeden, der für die Deutschen gearbeitet hat. Blödsinn! Lüge!“ Die Bevölkerung aus Charkow und anderen Städten habe so viel erleiden müssen und habe die Verdienste der Sowjetmacht schätzen gelernt. Die Bevölkerung werde künftig „die eifrigste und folgsamste“ sein und die beste auf der Arbeit. „Sie hat unter deutscher Herrschaft dem Hungertod in die Augen gesehen, den Verlust von Angehörigen erfahren, physische und moralische Unterdrückung ertragen. Sie weiß, was Sklavenarbeit bedeutet, hat die Kälte ausgehalten, ist ohne Licht und Wasser ausgekommen.“ Deshalb sei „ein riesiger Umschwung in der Haltung der Menschen gegenüber der Sowjetmacht festzustellen. Von dem Groll und Unmut über die Sowjetmacht, der in den Tagen als die Deutschen kamen hervortrat, ist jetzt keine Rede mehr.“

Die Hoffnungen und Erwartungen vieler Sowjetbürger, dass das Sowjetregime nach dem Triumph des Sieges einen Richtungswechsel vollziehen und dem Wunsch der Bevölkerung nach Brot und mehr Freiheiten nachgeben würde, wurden bald enttäuscht. Das Leben nach dem Krieg wurde zunächst nicht besser, sondern noch schlechter, so dass der Alltag der meisten Sowjetbürger weiterhin einem permanenten Ausnahmezustand glich, wie zuvor in den 1930er-Jahren und zu Kriegszeiten, und Not und Elend nun über den Sieg triumphierten.

Zeitzeugen erinnerten sich, dass sich direkt nach dem Krieg alle Gespräche nur darum drehten, wie man den nächsten Tag überlebte. Im Winter 1946/47 kam es nach einer Dürre erneut zu einer Hungersnot, welche die Ukraine, aber auch Teile Russlands betraf und die bis zu 1,5 Millionen Todesopfer forderte.

Die Sowjetunion ging aus dem Zweiten Weltkrieg als „armer Sieger“ hervor, der einerseits sein internationales Ansehen stark vergrößern, neben den USA zur Weltmacht aufsteigen und große territoriale Gewinne verzeichnen konnte, andererseits aber enorme Menschenverluste und Zerstörungen im eigenen Land hinnehmen musste. Die Demobilisierung der Armee, Reevakuierungen, Repatriierungen und Deportationen setzten gigantische Bevölkerungsbewegungen in Gang. Zudem wurden der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Wiederherstellung der sozialen Ordnung nach der Befreiung der besetzten Gebiete von verschiedenen ethnischen, sozialen und politischen Säuberungen begleitet.

Was bedeutete das Kriegsende für die Bevölkerung der Ukraine? „Kriegsende, Sieg, Hurra! Endlich ist dieser lang ersehnte Tag gekommen. Es fällt mir schwer, meine Gefühle zu beschreiben. Wie viel Schreckliches mussten wir in diesen Jahren ertragen und jetzt liegt all dies hinter uns!“ Das schrieb die Kiever Studentin Nina Gerasimova am 9. Mai 1945 in ihr Tagebuch.

Als einer der Hauptschauplätze des Zweiten Weltkriegs hatte die Ukraine große Zerstörungen erlitten. Die meisten Städte lagen in Trümmern, die Industrieanlagen waren zerstört. Hinzu kamen riesige Bevölkerungsverluste, die nach Schätzungen zwischen 6 und 9 Millionen Menschen umfassten. Etwa 1,5 Millionen ukrainische Juden fielen dem Holocaust zum Opfer. 2,4 Millionen Zwangsarbeiter, vor allem junge Frauen, waren ins Reich verschleppt worden.

Die deutschen Besatzungsverbrechen in der Ukraine – darunter der Massenmord an den ukrainischen Juden und Roma, die Ermordung von Kranken und Behinderten, der menschenverachtende Umgang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen – sind bis heute erst in Ansätzen erforscht und Gegenstand eines Heidelberger Forschungsprojekts.

Die Bevölkerungsverluste der Ukraine waren umso dramatischer, als das Land bereits in der von der sowjetischen Führung zu verantwortenden, großen Hungersnot der Jahre 1932-1933 unter Stalin 4 Millionen Todesopfer zu beklagen hatte.

Der Anteil der Ukraine an den Opfern des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik ist in der europäischen Erinnerungskultur bis heute viel zu wenig präsent. Ein zukünftig in Berlin geplantes Denkmal für die polnischen Besatzungsopfer sollte daher auch die ukrainischen, sowie andere osteuropäische Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft einbeziehen.

Das Kriegsende brachte der Ukraine aber auch die Ausweitung ihres Territoriums gemäß der bereits 1939 im Hitler-Stalin-Pakt vereinbarten sowjetischen Annexion Ostpolens. Auf der Konferenz der Alliierten in Jalta war die Curzon-Linie als verbindliche Westgrenze der Sowjetunion festgelegt worden. Fast alle Ukrainer lebten nun in einem gemeinsamen Staatswesen, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik.

Allerdings stellte die politische und wirtschaftliche Integration der Westukraine die sowjetische Nachkriegspolitik vor immense Herausforderungen. Die Zerschlagung der national-ukrainischen Kräfte, die im Krieg zeitweilig mit den Nazis kollaboriert hatten, stand in den ersten Nachkriegsjahren im Fokus der Aufmerksamkeit der sowjetischen Behörden, insbesondere der Geheimdienste, und band viele Ressourcen. Angehörige der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) setzten ihre Aktivitäten in der Westukraine nach Kriegsende fort und verübten Sabotageakte sowie Attentate auf Vertreter des Sowjetstaats, wobei sie teilweise starken Rückhalt in der Bevölkerung genossen.

Bis Mitte der 1950er-Jahre dauerte dieser Guerillakrieg in der Westukraine noch an. In den Gebieten Ostpolens führte die UPA nach 1945 parallel einen Krieg gegen die polnischen Behörden.

Der Spätstalinismus stand in der Ukraine allgemein im Zeichen einer Neuauflage des Kampfs gegen den ukrainischen Nationalismus, der begleitet war von Repressionen gegen ukrainische Intellektuelle und einer verstärkten Russifizierungspolitik. Die sowjetische Führung reagierte auf die Probleme nach dem Krieg mit den repressiven Mitteln der Vorkriegszeit und versuchte, die Bevölkerung mit den alten, erprobten Rezepten – Säuberungen, Repressionen und Mobilisierungspropaganda – unter Kontrolle zu bekommen.

Bis 1953 waren mehr als 320 000 Sowjetbürger als mutmaßliche Nazi-Kollaborateure vom sowjetischen Geheimdienst festgenommen worden, davon 93 590 in der Ukraine. Die meisten der Festgenommenen wurden zu hohen Haftstrafen und Zwangsarbeit zwischen 10 und 25 Jahren oder sogar zum Tode verurteilt. Darunter waren sowohl Polizeikräfte, die im Auftrag der Deutschen gemordet hatten, als auch ehemalige ins Reich verschleppte Zwangsarbeiter oder Frauen, denen nur zur Last gelegt wurde, dass sie für die Deutschen geputzt und gekocht hatten.

Michail Usyks Befürchtungen bewahrheiteten sich: Nicht nur aktive Unterstützer der Deutschen wurden in der Ukraine des Vaterlandsverrats verdächtigt, sondern jeder, der unter deutscher Herrschaft gelebt hatte. Bei mehreren Millionen Einwohnern der besetzten Gebiete wurde nach dem Krieg ein Vermerk im Ausweis gemacht, der Karrierechancen einschränkte sowie andere Diskriminierungen und Stigmatisierungen mit sich bringen konnte.

Zugleich war die Sowjetführung immer wieder zu pragmatischen Zugeständnissen gegenüber dringend benötigten Fachkräften gezwungen, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu bewältigen. Massenhaft wurden bei diesem Wiederaufbau neue Gruppen von Zwangsarbeitern eingesetzt, darunter repatriierte Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene sowie deutsche Kriegsgefangene oder volksdeutsche Zivilisten, die aus Ost- und Südosteuropa in die Sowjetunion verschleppt worden waren. In einigen Betrieben im zentralen Steinkohlerevier des Donbass bestanden die Belegschaften im Oktober 1945 zu 80 Prozent aus diesen unfreien Arbeitskräften.

PICTURE ALLIANCE / IMAGEBROKER

Und nicht vergessen: In Köln-Sülz erinnert ein von Jugendlichen geschaffenes Denkmal seit 1981 an die Zwangsarbeiter.

Großangelegte ethnische Säuberungen prägten die ersten Nachkriegsjahre in ganz Ostmitteleuropa: Etwa 800 000 Polen wurden zumeist aus der Ukraine in den Westen deportiert; mehr als 500 000 Ukrainer wurden, oftmals unter Einsatz massiver Gewalt, vom sowjetischen NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) aus Polen in die Ukraine umgesiedelt. Etwa 150 000 Ukrainer, die sich der Zwangsaussiedlung widersetzten, wurden im Frühjahr 1947 im Rahmen der sogenannten Aktion Weichsel innerhalb Polens aus dem Südosten in den Norden und Westen des Landes zwangsumgesiedelt. Das sollte der Assimilierung der Ukrainer an die polnische Kultur dienen.

Für die „Aktion Weichsel“ waren fast ausschließlich polnische Truppen verantwortlich, sie war aber zweifellos mit Moskau abgestimmt und diente insbesondere der Schwächung des ukrainischen Widerstands. Zeitgleich wurden etwa 200 000 Westukrainer innerhalb der Sowjetunion in den sibirischen Gulag verschleppt. Die Nachkriegsregierungen der Sowjetunion und Polens koordinierten ihre ethnischen Säuberungen untereinander und entfernten auf beiden Seiten der polnisch-sowjetischen Grenze die Minderheiten aus ihrem Staatsgebiet.

Nachdem Juden und Polen bereits in den Kriegsjahren der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen und viele Ukrainedeutsche ausgewandert waren, stellten nun Russen die größte Minderheit in der Ukraine dar. Sie wanderten nach 1945 zu Zehntausenden als Fachkräfte und Arbeiter in die Westukraine ein. Im Ergebnis des Kriegs und der Nachkriegssäuberungen verlor die Ukraine ihren über Jahrhunderte gewachsenen, polyethnischen Charakter.

Für Polen und Ukrainer ist ihre wechselseitige Geschichte ethnischer Säuberungen ein schweres Erbe. Bereits in den Kriegsjahren war es zum Aufbrechen gewaltsamer ukrainisch-polnischer Konflikte gekommen: Die UPA hatte seit 1943 Terrorakte gegen polnische Siedler in Wolhynien und Galizien verübt, denen etwa 100 000 Polen zum Opfer fielen, darunter viele Frauen und Kinder. Im Gegenzug ermordete die polnische Heimatarmee *Armia Krajowa* etwa 20 000 Ukrainer.

Die 2015 verabschiedeten ukrainischen Geschichtsgesetze, die vorschreiben, dass Angehörige der OUN und UPA uneingeschränkt als „Kämpfer für die ukrainische Unabhängigkeit“ geehrt werden müssen, stoßen in Polen daher auf massive Proteste. Einige polnische Historiker vertreten die Ansicht, dass die Morde ukrainischer Nationalisten an polnischen Zivilisten einem Völkermord gleichkommen. Polnische Gesetzesnovellen erklärten 2018 die Untersuchung der Verbrechen ukrainischer Nationalisten an polnischen Bürgern zu den zentralen Aufgaben zukünftiger polnischer Geschichtspolitik. Die politischen Beziehungen der Ukraine und Polens, die sich seit den 1990er-Jahren einander angenähert hatten, werden durch die geschichtspolitischen Kontroversen heute wieder zunehmend belastet.

Aktuellen Sprengstoff bieten konkurrierende Interpretationen der Geschichte des Zweiten Weltkriegs auch für die ukrainisch-russischen Beziehungen. Seit dem *Euromaidan*, der Krim-Annexion und dem Beginn des Kriegs im Donbass wurden propagandistisch verzerrte Geschichtsbilder zum Zweiten Weltkrieg von beiden Seiten als „Waffe“ in den aktuellen politischen Konflikten und zur Mobilisierung der eigenen Bevölkerung genutzt. Das schwierige Erbe des Zweiten Weltkriegs stellt die Gesellschaften in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion auch künftig noch vor große Herausforderungen.

Tanja Penter ist Historikerin und Professorin für osteuropäische Geschichte an der Universität Heidelberg.

HEIM, WEH

Erinnerungen sowjetischer Zwangsarbeiter während der NS-Zeit sind nun erstmals in einem umfangreichen Dokumentationsband auf Deutsch erschienen

VON KLAUS GRIMBERG

Wir haben jeden Tag zwölf Stunden gearbeitet“, erinnert sich Larissa Schwydtschenko. „Wenn du Nachtschicht hattest, dann bist du zurück und sofort umgefallen. Sie haben gerufen: ‚Es gibt Essen, steh auf!‘, aber du hast einfach die Augen nicht aufbekommen.“ Und Pawel Michailow berichtet: „Wir waren nur noch Haut und Knochen, keine Menschen mehr, sondern Mumien. Keine Ahnung, wie wir uns auf den Beinen halten konnten. Uns hat nur gerettet, dass wir jung waren.“

Solche Worte stehen exemplarisch für hunderttausende Erinnerungsfetzen von sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern während des Zweiten Weltkriegs in Deutschland. Rund 3 Millionen Männer und Frauen wurden ab dem Frühjahr 1942 unter Androhung von Gewalt oder Repressalien in von der Wehrmacht besetzten Gebieten der Sowjetunion rekrutiert. Das Durchschnittsalter der Deportierten lag bei etwa 20 Jahren, viele aber waren deutlich jünger, gerade mal 15 oder 16.

Unter den insgesamt etwa 11 Millionen Zwangsarbeitern, die von den Nationalsozialisten zur Arbeit in Deutschland verpflichtet wurden, waren die von der NS-Bürokratie „Ostarbeiter“ genannten Sowjetbürger die weitaus größte Gruppe. Und sie wurden besonders schlecht behandelt. In der Hierarchie der verschiedenen Nationalitäten standen sie ganz unten.

Historisches Interesse am Schicksal der sowjetischen Zwangsarbeiter oder gar ein Nachdenken über eine Entschädigung für das erlittene Unrecht setzte in der Bundesrepublik Deutschland erst Ende der 1980er-Jahre ein. Auch in der Sowjetunion war das Schicksal der Zwangsarbeiter über Jahrzehnte verschwiegen worden, während des Stalinismus waren sie sogar als „Landesverräter“ oder „Kollaborateure“ diffamiert worden. Erst im politischen Reformklima der Gorbatschow-Ära trauten sich viele der ehemaligen Zwangsarbeiter, über Erlebtes und Erlittenes zu berichten.

PICTURE ALLIANCE

Große Hoffnung, neue Enttäuschung: Militärparade der Sowjetarmee in Kiew (1947).

1987 hatte sich die Gruppe Memorial in Moskau gegründet. Ihr Ziel war, den Opfern stalinistischen Unrechts endlich Gehör zu verschaffen. Zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung in Deutschland wendete sich Memorial nun auch den Zwangsarbeitern zu. Dabei half eine missverständliche Zeitungsreportage im April 1990, die in weiten Teilen des Landes gedruckt worden war. Wer sich melde und über sein Schicksal berichte, hieß es darin, könne mit einer Rente aus Deutschland rechnen. Binnen kürzester Zeit erreichten Memorial mehr als 400 000 Zuschriften.

Diese Zuschriften und viele daraus motivierte Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeitern bilden nun ein umfangreiches Archiv zur Geschichte der Ostarbeiter im Nationalsozialismus. Zusammen mit Briefen und Postkarten, Fotos und Dokumenten ergibt sich ein Panorama dessen, was die aus ihrer Heimat verschleppten Männer und Frauen in der Fremde leisten und erdulden mussten. 2017 legte ein russisches Historikerteam einen Dokumentationsband mit vielen verschiedenen Erinnerungsschnipseln aus den Zuschriften und Interviews vor, der jetzt auch in deutscher Übersetzung erschienen ist.

Der Band zeichnet nicht das Schicksal einzelner Personen nach, sondern er gruppiert die Erinnerungssplitter unter einzelnen Themenblöcken. Einleitend geht es um die Zeit vor der Verschleppung nach Deutschland und um die Deportation. Das Hauptaugenmerk aber liegt auf den Schilderungen des Lebens und der Arbeit in Deutschland.

Zwei Motive sind dabei allgegenwärtig: Die qualvolle Härte der Arbeit und immerwährender Hunger. Zu Übermüdung und Hunger kam ein starkes Gefühl von Heimweh und Verlorenheit. „Ein fremdes Land, eine fremde Sprache, fremde Sitten. Manche Mädchen waren erst 13 oder 14 Jahre alt, eigentlich noch Kinder. Die hatten es besonders schwer“, berichtet Antonia Maxina. Und Wadim Nowgorodow erzählt: „Wir glaubten nicht sehr daran, dass wir jemals nach Hause zurückkehren würden. Wir wollten zurück, hatten Sehnsucht nach der Familie. Außerdem war es schwer, sich damit abzufinden, dass du nicht mehr frei bist.“

Trotz des erlebten Unrechts bildeten sich viele Zwangsarbeiter ein differenziertes Bild über Deutschland und die Deutschen. Gesten des Mitleids wurden sehr genau wahrgenommen: „Wenn ich zurückkam und die Schublade aufmachte, dann lag da immer ein Butterbrot und noch irgendwas drin. Wer es mir reingelegt hat, weiß ich nicht, die Deutschen hatten Angst voreinander“, sagt Tatjana Wesselowskaja. Und Nadeshda Bulawa urteilt: „Wissen Sie, ich bin auch ganz normalen Deutschen begegnet, das waren nicht alles gemeine Schufte. Es gab gute Menschen, auch solche, die uns geholfen haben. Aber die meisten waren doch Faschisten.“

Bitter war für die allermeisten Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter auch die Rückkehr in die Heimat, wo ihnen mit großem Misstrauen und Verdächtigungen begegnet wurde. „Wir merkten sofort: Wir sind Fremde, nicht vollwertig, uns kann man nicht vertrauen. Uns muss man überprüfen, überprüfen und noch mal überprüfen“, erinnert sich Soja Jelissejewa. „Also wurden wir alle überprüft: Wann ausgereist, von wo, mit wem, wer war noch mit, wo waren Sie dort, was haben Sie da gemacht, wann sind Sie zurückgekehrt, wer hat Sie befreit?“

Etliche Zwangsarbeiter bezahlten ihre Zeit in Deutschland mit weiteren Jahren in Straf- und Gefangenenlagern in der Sowjetunion. Oder sie wurden offen benachteiligt, wie es Valentina Janowskaja erlebt hat: „Wenn ich irgendwo Arbeit suchte, wurde immer gleich gefragt, wo ich während des Krieges war: Im besetzten Gebiet oder in der Evakuierung? Und dann bekam ich so Schlimmes zu hören, dass ich gar nicht mehr leben wollte. Wie oft habe ich bedauert, dass ich überhaupt in die Heimat zurückgekehrt bin.“

Klaus Grimberg ist freier Journalist in Berlin.

„Für immer gezeichnet. Die Geschichte der ‚Ostarbeiter‘ in Briefen, Erinnerungen und Interviews“, herausgegeben von Memorial International in Moskau und der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin; in deutscher Übersetzung erschienen im Christoph Links Verlag.

PA/OBS UNITED CHARITY GEMEINNÜTZIGE STIFTUNGS GMBH

Diese Aufnahme von Peter Leibing ist weltberühmt: Der Volkspolizist Conrad Schumann sprang im August 1961 über den Stacheldrahtzaun in den Westen Berlins. Dass Angehörige von Nato-Armeen in den Osten desertierten, ist weniger bekannt.

TEURE FREIHEIT

Es ist wahr: Nato-Soldaten desertierten und flüchteten in die DDR. Einer war der Franzose Simon Le Roy. Wieso tat er das?

VON PETER KOEPF

Es ist der 1. Dezember 1953, Wolken hängen träge am Himmel, das Thermometer misst 12 Grad, die Himbeeren blühen und die Bienen schwärmen aus, als der französische Soldat Simon Le Roy in der Westberliner Bülowstraße in die U-Bahn ein- und im Ostberliner Bezirk Friedrichsfelde aussteigt. Er strebt über die Treskowallee der sowjetischen Kommandantur entgegen, tritt zielstrebig ein und bittet um Asyl und Arbeit in der DDR. So steht es in einem Bericht in seiner Stasi-Akte, MfS AP 11632/62, mit Datum 9. Dezember 1953.

Le Roy war nicht der einzige Soldat aus westeuropäischen Staaten und den USA, die desertierten und glaubten, in der DDR ein neues Leben beginnen zu können. Allein bis zum Mauerbau 1961 waren es rund 200.

Einige von ihnen hatten gute Gründe: Franzosen und Amerikaner wollten nicht auf den asiatischen oder nordafrikanischen Schlachtfeldern sterben, ein paar Afroamerikaner sich die Liebe zu deutschen Frauen weder von ihren weißen „Kameraden“ noch vom Ku-Klux-Klan zu Hause verbieten lassen. Es gab britische Kommunisten, holländische Abenteurer und Kriminelle jeglicher Nation, die sich einer Bestrafung durch ein Militärgericht entziehen wollten. Und auch 40 französische Armeeangehörige. Einer von ihnen war Le Roy.

Simon Dimitri Le Roy, geboren am 4. Februar 1935 in Ezy-sur-Eure, 60 Kilometer westlich von Paris, war der Sohn des im französischen Exil lebenden ukrainischen Gummifabrikanten Symon Sozontiv und einer Französin. Er war ein guter Schüler. Nach dem Abschluss begann er ein Studium der Chemie.

Er hätte alles erreichen können, die Welt stand ihm offen. Aber welcher junge Kerl von 18 Jahren will sich schon von seinem Vater etwas sagen lassen, noch dazu von einem Kapitalisten, der seinem eigenen Sohn in der Fabrik genau so wenig durchgehen ließ wie jedem gewöhnlichen Arbeiter?

Le Roy wollte raus, weg aus der Abhängigkeit von der Familie. Er sah nur einen Weg: die Armee. Im Juni 1953 meldete er sich zum Dienst und erhielt die „numero d’immatriculation 2965”. Sein Dienstort wurde eine Kaserne in Berlin.

Schon nach wenigen Monaten bereute Le Roy diesen Entschluss: Zwei Tage, bevor er nach Marseille reisen sollte, um dort auf das nächste Schiff nach Indochina zu warten, desertierte er und suchte Unterschlupf in der DDR.

Am 3. Dezember begründete Le Roy in der Russischen Kommandantur handschriftlich in violetter Tinte seine Flucht: „Die Politik der französischen Regierung widerspricht grundsätzlich meinen Vorstellungen.“ Frankreich sei kein freies Land, sondern „Gefangener des amerikanischen Kapitalismus”. Der Import von US-Produkten, welche auch französische Firmen herstellen könnten, hemme die französische Wirtschaft. Das führe dazu, dass „die Arbeiter keine Arbeit finden oder einen läppischen Lohn erhalten, von dem sie nicht leben können“.

Die Sowjets entließen Le Roy nach drei Tagen aus der „commandatur Russe” und übergaben ihn den Behörden der DDR, genauer: dem Ministerium für Staatssicherheit. In einem Haus an einem See am Stadtrand, umgeben von einer Mauer mit einer Krone aus Glasscherben, befragte ihn ein „Dr. Huber“ und ließ ihn immer wieder seinen Lebenslauf aufschreiben. Schließlich nahm Le Roy einen Bleistift in die Hand und notierte auf einem Stück braunen Papiers: „Ich weigere mich, in der französischen Armee zu dienen, die von den amerikanischen Kapitalisten bezahlt wird.“ Er bat darum, in der DDR bleiben zu dürfen, als „politischer Flüchtling“.

Die ostdeutsche Nachrichtenagentur ADN verbreitete daraufhin eine Meldung, welche die SED-Parteizeitung *Neues Deutschland* unter der Überschrift druckte: „Französischer Soldat bittet um Asyl“. Le Roy habe gesagt: „Ich sehe den Krieg in Indochina als Anschlag auf die Freiheit eines Volkes an, das ich hoch achte. Ich will nicht gegen ein Volk kämpfen, dem ebenso wie mir die Freiheit teuer ist und das die Unabhängigkeit seines Landes verteidigt.“

Je länger sie ihn jedoch, bekleidet mit einem lächerlichen violett gestreiften Schlafanzug und klobigen Holzschuhen, in diesem Haus am See festhielten, das er nur selten für einen Spaziergang im Garten verlassen durfte und in dem das Essen so lausig war, desto mehr fühlte sich Le Roy wie ein Gefangener. Gemeinsam mit einem Amerikaner beschloss er zu türmen, um sich bei der Sowjetischen Kommandantur zu beschweren.

Le Roy bastelte einen Dietrich, mit dem er an einem Tag Anfang März 1954 ihre Türen öffnete. Um sich draußen gegen die Kälte schützen und die mit Glasscherben bekrönte Mauer unverletzt überwinden zu können, „entführten“ sie eine Steppdecke.

Den Diebstahl der Decke konnte „Dr. Huber“ verschmerzen. Dass die Sowjets nachgaben und die beiden Ausbrecher schließlich nach Bautzen entließen, empfand er jedoch als Demütigung.

In diesem Städtchen, in der östlichsten Ecke der Republik gelegenen, traf Le Roy auf eine Reihe von amerikanischen, britischen und französischen Deserteuren – darunter auch Männer aus Marokko und Algerien, die nicht gegen ihre Brüder in der Heimat kämpfen wollten. Treffpunkt der Überläufer war eine etwas heruntergekommene, gleichwohl noch immer beeindruckende Gründerzeitvilla, in der die „Internationale Solidaritätsaktion“ (IS) nicht nur ein Klubhaus eingerichtet hatte, sondern auch eine Schule, in der die Neuankömmlinge die deutsche Sprache und die Grundzüge des Marxismus-Leninismus lernen sollten.

Die Mehrzahl der Deserteure war unzufrieden. Und bald kannte Le Roy die Gründe dafür: Weder das Schul-Stipendium noch der Lohn für Arbeit würde ihm je ein Leben nach seinen Vorstellungen ermöglichen. Die Wohnung in dem kleinen, feuchten, heruntergekommenen Häuschen in einer Gasse unterhalb des Schlosses war unerträglich, sein Mitbewohner, ein weiterer Franzose, hatte zudem einen „Dachschaden“, wie er klagte. Aber die Leitung der IS verweigerte ihm ein anderes Zimmer, in dem er allein hätte leben können.

Als am schlimmsten empfand er, dass er den Landkreis nicht verlassen durfte. Diese Beschränkung seiner Freiheit war einem intelligenten, weltoffenen Hedonisten unerträglich. Le Roy wusste nach wenigen Wochen, dass er sich hier nicht einsperren lassen würde.

Schon bald bot sich die Möglichkeit zur Flucht, sein amerikanischer Kumpan taufte das Vorhaben auf den Namen „spring operation“. Der Fluchtplan blieb jedoch nicht unbemerkt. Der Stasi-Informant namens „IM Taylor“ hatte „Dr. Huber“ gemeldet, Le Roy habe seine Mutter postalisch informiert, „dass ein Vogel in sein Nest zurückkommt“.

Am späten Abend des 20. März 1954, die Männer wollten gerade in den Zug nach Ostberlin einsteigen, nahm die Stasi sie auf dem Bahnsteig fest. Vergebens warteten Le Roys Bruder und sein Vater, der ihm die jugendliche Dummheit offenbar verziehen hatte, in Saarbrücken, um die jungen Männer über die Grenze nach Frankreich zu lotsen.

Noch in der Nacht gab Le Roy den Fluchtplan zu. Er erwarte seine Strafe, schrieb er in Stasi-Gewahrsam. Er hoffe auf eine zweite Chance. Wenig später war Le Roy Geheimer Informator (GI) der Staatssicherheit.

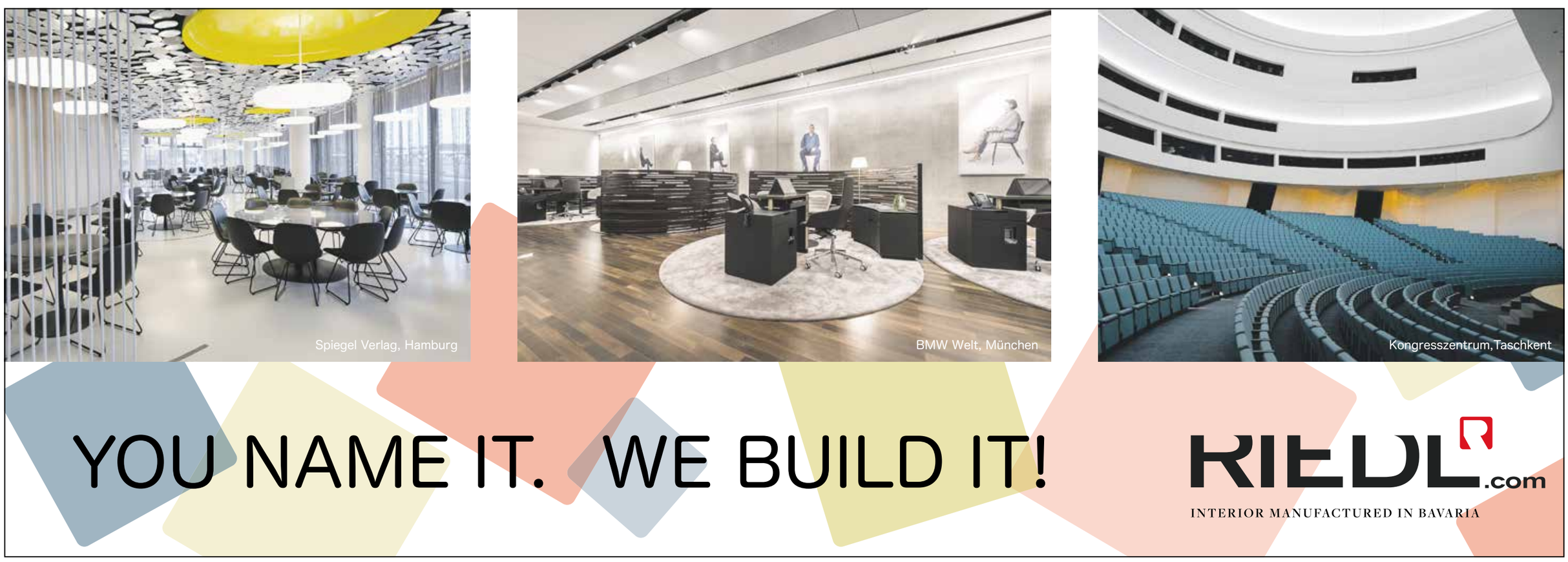
Das war der Preis dafür, dass er bereits 14 Tage nach dem Fluchtversuch das Gefängnis verlassen durfte. In Zimmer 43 des Volkspolizeikreisamts schrieb er im Juni eigenhändig seine Verpflichtungserklärung, seine Berichte werde er mit „Erich Wollmann“ unterzeichnen. Die Treffberichte seines Führungsoffiziers liegen in der Stasi-Akte MfS BV Ddn AGJ 595/55 P-1.

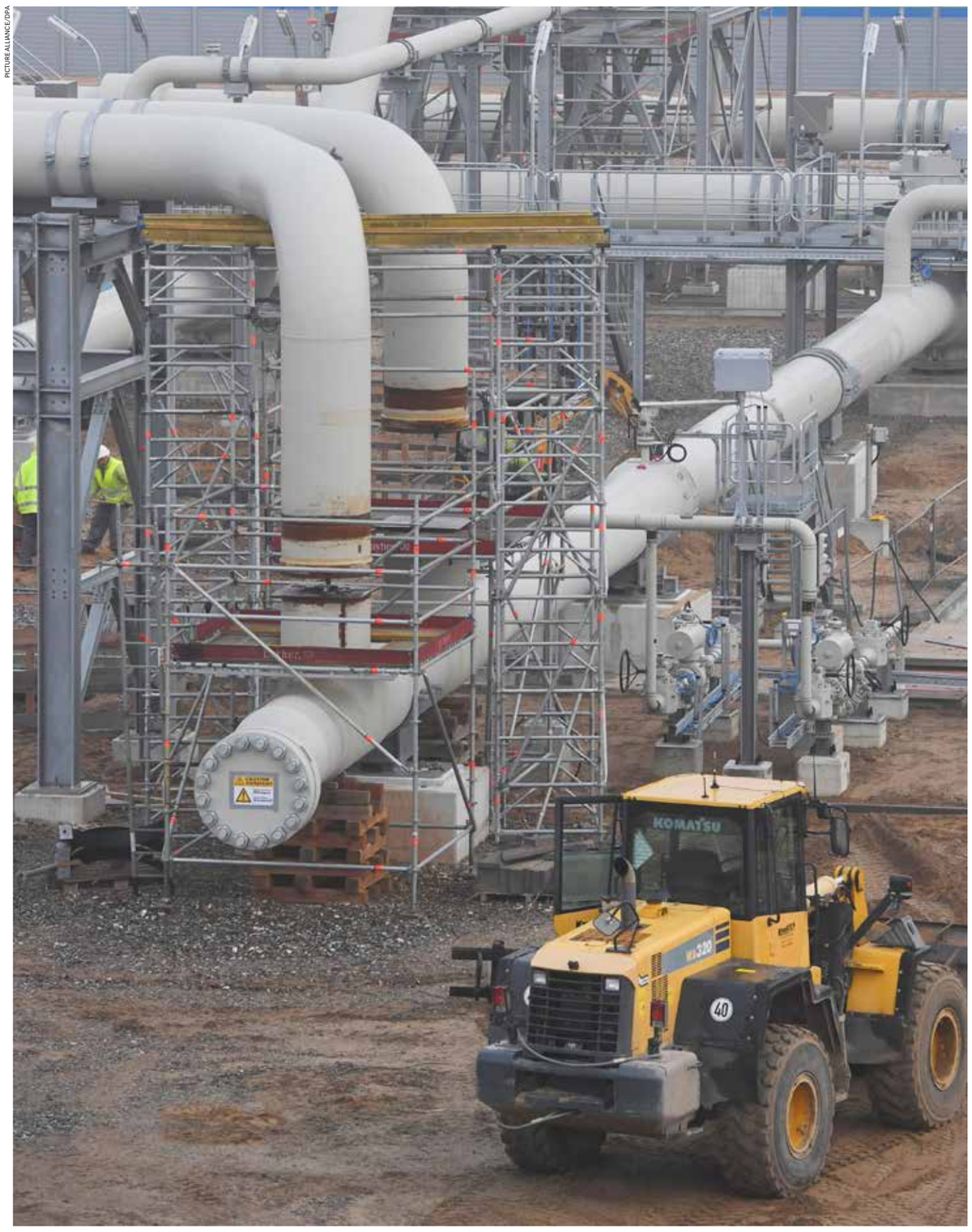
Wieder in Freiheit, durfte Le Roy den Landkreis Bautzen nicht verlassen und die Arbeit langweilte ihn. Auch die Liebe zu einer Frau konnte ihn nicht mit der DDR versöhnen. Es dauerte jedoch nicht lang, bis in ihm erneut der Widerstand wuchs. Und so ging am 7. Juni 1955 um 23 Uhr bei „Dr. Huber“ ein sehr unerfreuliches Telegramm ein: Gegen 15 Uhr sei bekannt geworden, stand darin, „dass der D10 seit dem 5.6.55 nicht mehr gesehen wurde“. D10 war der Stasi-Code für Simon Le Roy.

In seiner Wohnung fand die Stasi ein ungeöffnetes Schreiben der Schwiegermutter, aus dem hervorging, dass der junge Franzose mit seiner Frau flüchten wollte. Als „Dr. Huber“ bei der Schwiegermutter in Köpenick eintraf, fand er nur noch einen Brief der Flüchtigen, abgestempelt im Westberliner Stadtteil Waidmannslust: In dem Schreiben stand, sie seien per Taxi nach Königs Wusterhausen gefahren und von dort mit der S-Bahn nach Westberlin.

Einige Monate später war Le Roys Plan aufgegangen. Auf Befragung der Stasi sagte Le Roys Schwiegermutter, die Flüchtigen seien in Paris. Le Roy arbeite in der Fabrik seines Vaters.

Mai 1945, der große Krieg war vorüber, doch bald begann der sogenannte kalte Krieg; der Eiserne Vorhang zog sich zu, mitten durch Deutschland. Nicht alle Menschen wollten akzeptieren, wo das Schicksal sie abgeworfen hatte. Mehr als 3 Millionen kehrten dem kommunistischen Teil Deutschlands den Rücken. 400 000 hofften auf eine Zukunft im Sozialismus, unter ihnen auch europäische und US-amerikanische Soldaten. Peter Koepf hat ihre Akten aus den Stasi-Archiven geholt. 2013 erschien sein Buch: „Wo ist Lieutenant Adkins? Das Schicksal desertierter Nato-Soldaten in der DDR“. (Verlag Ch. Links)





PICTURE ALLIANCE/DPA

Ob hier je Gas aus Russland ankommen wird? Baustelle der Empfangsstation der Ostseepipeline Nord Stream 2 in Lubmin, Mecklenburg-Vorpommern

Never ending story

Der Streit um eine Ostsee-Gasleitung Nord Stream 2 ist bestimmt durch ökonomische, sicherheitspolitische sowie ökologische Interessen und hat eine lange Geschichte

VON ANDRÉ WOLF

Das Projekt schien schon so gut wie abgeschlossen: nur 160 der insgesamt 1230 Kilometer Leitungen waren noch unvollendet, als die USA im Dezember mit ihren Sanktionen einen Baustopp der Erdgaspipeline Nord Stream 2 erzwangen. Seitdem ruhen die Arbeiten.

Die Leitung auf dem Grund der Ostsee soll Erdgas von den gigantischen Gasfeldern der arktischen Jamal-Halbinsel bis an die deutsche Küste bei Greifswald transportieren, wo es in die europäischen Netze eingespeist wird. Das Sanktionsgesetz richtet sich direkt gegen am Bau beteiligte Firmen, darunter vor allem gegen den Schweizer Betreiber der Spezialschiffe Allseas. Mittlerweile droht der US-Kongress mit weiteren Sanktionen, sollte Russland die Arbeiten mit eigenem Equipment zu Ende führen.

Die Kontroverse um eine Gasleitung durch die Ostsee hat eine lange Geschichte. Bereits in den 1950er-Jahren, also in einer Hochphase des Kalten Kriegs, sprachen deutsche Industrielle mit Vertretern der Sowjetunion über einen für beide Seiten vorteilhaften Handel: Die schnell wachsende Industrie in der jungen Bundesrepublik wollte das vergleichsweise billige sowjetische Öl und Gas. Im Gegenzug sollten aus Westdeutschland importierte Röhren die sowjetrussische Infrastruktur modernisieren. Ein Handelsembargo der USA setzte diesen Plänen ein schnelles Ende.

Im Zuge der Entspannungspolitik fielen die Sanktionen. Es war das wirtschaftlich aufsteigende Bundesland Bayern, das Ende der 1960er-Jahre Verhandlungen mit der Sowjetunion voranbrachte. Ergebnis war 1970 eine umfangreiche Vereinbarung, die für 20 Jahre die jährliche Lieferung von 3 Milliarden Kubikmeter sowjetischen Erdgases an die Essener Ruhrgas AG festlegte. Im Gegenzug lieferte die deutsche Stahlindustrie Röhren für den Pipelinebau.

Eine Reihe wirtschaftlicher Faktoren begünstigte den weiteren Ausbau dieser Beziehungen. So verstärkten die Ölkrisen auf Seiten der westdeutschen Industrie den Wunsch nach mehr Unabhängigkeit von den unberechenbar gewordenen Lieferanten aus dem Nahen Osten. Die Sowjetunion war froh über die harten Devisen und eine stabile Einnahmequelle.

Politische Streitpunkte wurden bewusst ausgeklammert, das Management erfolgte auf beiden Seiten durch neutrale technische Experten. Nach dem Prinzip „Wandel durch Handel“ sollten stabile Handelsbeziehungen dazu beitragen, beidseitig Vertrauen aufzubauen und die Basis für eine tiefergreifende Entwicklungszusammenarbeit zu legen.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sollten die vorhandenen Transportrouten ausgebaut werden. Ein Ziel war, die Russische Föderation durch vermehrten Handel auch politisch stärker an den Westen zu binden.

Zugleich entstand mit der Ukraine ein neues unabhängiges Transitland, das sich über Transitgebühren freute und außerdem nun über ein politisches Drohinstrument verfügte. Deshalb keimten schon Mitte der 1990er-Jahre Überlegungen für eine ergänzende Unterwasserpipeline durch die Ostsee mit Deutschland als Endpunkt.

Im Juli 2004 wurde eine Absichtserklärung über den Bau einer 1224 Kilometer langen Trasse von Vyborg nach Lubmin bei Greifswald unterschrieben. Sie mündete im September 2005 in eine Grundsatzvereinbarung des Betreiberkonsortiums aus Gazprom und den deutschen Unternehmen Wintershall und E.ON Ruhrgas – auf politischer Ebene maßgeblich befördert von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Wladimir Putin. Als Eigentümer und Betreiber des Baus fungierte die Nord Stream AG.

Schon 2013 wurden Pläne bekannt, die vorhandenen zwei Leitungsstränge zur Kapazitätserweiterung um zwei weitere, weitgehend parallel verlaufende Stränge zu ergänzen. Von Anfang an führte dieses als Nord Stream 2 bezeichnete neue Pipeline-Projekt zu kontroversen Reaktionen in der internationalen Politik.

Charakteristisch für die aktuelle Debatte sind drei verschiedene, miteinander in Beziehung stehende Argumentationsebenen, die von den Akteuren unterschiedlich betont werden: eine ökonomische, eine sicherheitspolitische und eine ökologische Ebene.

Auf der einen Seite des Spektrums stehen klare Gegner des Vorhabens: die USA, die Ukraine sowie zahlreiche osteuropäische EU-Länder. Aus Sicht der USA ist Nord Stream 2 in mehrfacher Hinsicht ein den eigenen Interessen zuwiderlaufendes Projekt. Washington sieht eine geopolitische Gefahr, weil Westeuropa sich in seiner Energieversorgung noch stärker an Russland binden würde. Dies könnte eine effektive Sanktionspolitik des Westens in bestehenden Konfliktfeldern behindern.

Zugleich spielen ökonomische Interessen eine wichtige Rolle. Es ist kein Geheimnis, dass die USA die Lieferkapazitäten für heimisches Fracking-Gas in Flüssigform (LNG-Tanker) nach Europa massiv ausbauen wollen. Die notwendige Infrastruktur hat sich zuletzt entscheidend entwickelt, in Europa existieren inzwischen 36 LNG-Terminals. Das LNG-Gas hat jedoch, bedingt durch die bei Umwandlung und Langstreckentransport unvermeidlichen Energieverluste, derzeit noch einen Kostennachteil gegenüber dem russischen Pipeline-Gas.

Hinzu kommt aber eine allgemein bündnispolitische Perspektive. Die Klagen der USA über die geringen finanziellen Anstrengungen vieler NATO-Bündnispartner im Verteidigungsbereich, allen voran Deutschlands, sind nicht erst seit Amtsantritt der Regierung Trump lauter geworden. Dass angesichts eines solchen Trittbrettfahrerverhaltens im energiepolitischen Bereich zugleich die Bindung an Russland gesucht wird, muss aus US-Sicht als besonders opportunistisch erscheinen. Auch das erklärt die parteiübergreifend breite politische Opposition in Washington gegen das Vorhaben.

Aus Sicht der wesentlichen osteuropäischen Transitländer Ukraine und Polen ist der Fall ebenfalls klar. Zwar sind beide Länder bei der Energieversorgung mittlerweile weitgehend unabhängig vom russischen Gas, aber die bei der Durchleitung gen Westen anfallenden Transitgebühren bleiben ein wichtiger Einnahmefaktor, der durch die Umleitung über die Ostsee auf dem Spiel steht.

Auch sicherheitspolitisch birgt das Projekt speziell für die Ukraine große Risiken: Das Land verliert damit Drohpotenzial im Dauerkonflikt mit Russland. Außerdem ist eine stärkere Bindung des wichtigen kontinentalen Partners EU an Russland nicht im ukrainischen Interesse. Insgesamt lässt sich bei den Gegnern damit eine Kongruenz zwischen der ökonomischen und der sicherheitspolitischen Ebene feststellen.

Aus russischer Perspektive senkt das Projekt die Erpressungsgefahr durch seine Anrainerstaaten und schwächt die politische Einigkeit des Westens. Die ökonomische Beurteilung ist jedoch schwieriger. Im Zusammenhang mit weiteren Leitungsprojekten wie Turkish Stream trägt Nord Stream 2 zur Diversifizierung der Absatzkanäle für russisches Gas und mittelfristig zu einer stabilen Einnahmebasis bei. Ob die Zusatzerlöse von Gazprom ausreichen werden, um die hohen Baukosten zu decken, darf speziell angesichts der neuen europäischen Gasdirektive bezweifelt werden.

Deutschland als Anlaufpunkt von Nord Stream 2 darf mit Einsparungen bei den Transitgebühren rechnen. Auf ökologischer Ebene hält ein Streit über die Kompatibilität des Projekts mit den Langfristzielen der deutschen Energiewende an. Mittelfristig erscheint der Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung als Brückentechnologie unverzichtbar. Um die natürlichen Schwankungen in der Energiegewinnung aus Wind und Sonne abzufedern, sind Gaskraftwerke mit ihrer hohen Flexibilität und (im Vergleich zu Kohle) geringen CO_2-Intensität als Backup essenziell.

Allerdings wird die innereuropäische Förderung massiv zurückgehen. Kritiker befürchten jedoch, dass die zusätzliche Pipeline zu Lock-in-Effekten im Energiebezug führen könnte, die aus der Brückentechnologie eine Dauerlösung machen.

Dem kann entgegengehalten werden, dass sich unter den Bedingungen der liberalisierten europäischen Gas- und Strommärkte unabhängig von den infrastrukturellen Gegebenheiten letztlich immer die jeweils preisgünstigste Erzeugungstechnologie und Lieferform durchsetzen sollte, das Gelingen der Energiewende sich letztlich so oder so am Markt entscheidet.

Die EU-Kommission steht dem Projekt zunehmend kritisch gegenüber. Seit im ukrainisch-russischen Gasstreit von 2005 auch die Leitung nach Europa vorübergehend in Mitleidenschaft gezogen wurde, setzt die Kommission auf eine Politik der Diversifizierung des Gasbezugs.

Aktiv zu verhindern versucht die EU Nord Stream 2 jedoch nicht. Allerdings können Initiativen wie die jüngst beschlossene Novellierung der EU-Gasrichtlinie, welche die existierenden Vorgaben zu Eigentumsentflechtung und Drittzugang auch auf Lieferanten aus Nicht-EU-Ländern ausdehnt, durchaus als Abwehrmaßnahme gewertet werden, wenngleich Ausnahmeregelungen als Möglichkeit bestehen bleiben.

André Wolf ist Leiter des Forschungsbereichs „Energie, Klima, Umwelt“ am Hamburgischen WeltWirtschaftsInstitut (HWWI).

Von der Sportabteilung zur Sturmabteilung

Die Nationalsozialisten nutzten die Olympischen Spiele von 1936 für eine kolossale Propagandakampagne

VON LEONID MLETSCHIN

PICTURE-ALLIANCE/DPA

Siegerehrung für die Fechterinnen im Berliner Olympiastadion während der Olympischen Spiele 1936, Helene Mayer aus Deutschland gewinnt Silber. Obwohl sie, in der Logik der Nazis, Halbjüdin ist, zeigt Mayer – wie alle deutschen Medaillengewinner – den „deutschen Gruß".

Adolf Hitler trieb keinen Sport, er ging nicht einmal schwimmen, wenn er am Wasser war. Er genierte sich für seinen Körper und wollte sich nicht entkleiden, weil er Angst hatte, sich lächerlich zu machen. Aber Sport war politisch wichtig.

Das Kürzel SA stand ursprünglich nicht für „Sturmabteilung", sondern für „Sportabteilung". Hitler interessierte sich allerdings nicht sehr für Gymnastik. Aber er glaubte, körperliche Ertüchtigung könne in den Deutschen ein Gefühl der Überlegenheit erzeugen.

Das Internationale Olympische Komitee hatte Berlin als Austragungsort der XI. Olympischen Sommer- und Winterspiele 1936 ausgewählt, bevor die Nazis an die Macht kamen. Das war eine schöne Geste, man wollte einen Strich unter den blutigen Ersten Weltkrieg ziehen und Deutschlands Rückkehr in die Völkerfamilie feiern. Hitler nutzte diesen Glücksfall. Die Spiele sollten die Bedeutung des Regimes bezeugen und gleichzeitig die Überlegenheit der arischen Rasse beweisen, der Deutschen.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, erklärte: „Der deutsche Sport besitzt eine große Aufgabe und nur diese: den Charakter des deutschen Volkes zu bilden, ihm den Kampfgeist und die unerschütterliche Kameradschaft zu geben, die es im Kampf um seine Existenz notwendig hat."

Für die filmische Dokumentation der Olympischen Spiele wurde die Tänzerin, Schauspielerin und Regisseurin Leni Riefenstahl engagiert, die keinen Hehl aus ihrer Begeisterung für den Führer machte. Hitler besuchte Riefenstahl sogar einmal zu Hause, keiner anderen Frau wurde diese „Ehre" je zuteil.

Riefenstahl hatte bereits einen Film über den 6. Parteitag der NSDAP gedreht. Den Titel dafür steuerte Hitler persönlich bei: „Triumph des Willens". Die Bilder aus diesem Film kennt jeder, der sich für die Geschichte des Dritten Reichs interessiert. Nach dem Krieg wird Riefenstahl sagen, es habe sich um eine rein dokumentarische Arbeit gehandelt, sie habe nichts dazu erfunden, und es gebe in dem ganzen Film nicht eine gestellte Szene. Aber der Film an sich ist eine große Lüge über Deutschland. Er zeichnet das Bild einer vollständigen Einigkeit von Volk und Partei, von Volk und Führer, von einem Land, in dem alles einem einzigen Willen untergeordnet ist.

Der Film „Triumph des Willens" bekam 1935 den Nationalen Filmpreis, die höchste staatliche Auszeichnung in diesem Bereich. Minister Goebbels bescheinigt dem Film hohen künstlerischen Wert. Diesen Erfolg wollte Riefenstahl wiederholen.

Während der Olympischen Winterspiele 1936, die zwischen dem 6. und 16. Februar in Garmisch-Partenkirchen stattfanden, trafen die Nazis außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen. Überall sah man SS-Männer in ihren schwarzen Uniformen. Hitlers persönliche „Leibstandarte Adolf Hitler" wurde zu den Spielen abgestellt. Kommandiert wurde die Einheit von SS-Obergruppenführer Sepp Dietrich, der seine Befehle direkt vom Führer erhielt.

Am Tag der Eröffnung der Spiele kam Hitler im Sonderzug aus München am Bahnhof Kaiserbad an, kurz nach 10 Uhr morgens. Reichsinnenminister Wilhelm Frick, Kriegsminister Generaloberst Werner von Blomberg, der Gauleiter von Oberbayern und bayrische Innenminister Adolf Wagner sowie der Reichssportführer, SA-Gruppenführer Hans von Tschammer und Osten, nahmen ihn in Empfang. Hitler schritt die Ehrenwache ab und begab sich ins Ski-Stadion. Es gab viele Wachen, sogar mehrere SS-Männer auf Skiern. Aber der Führer nahm nur einige wenige Male an den Winterspielen teil. Dafür besuchte er die olympischen Sommerspiele in Berlin vom 1. bis 16. August praktisch jeden Tag.

Viktor Klemperer hasste sie. „Die Olympiade, die nun zu Ende geht, ist mir doppelt zuwider", schrieb der Dresdner Professor in sein Tagebuch. „1. als irrsinnige Überschätzung des Sports; die Ehre eines Volkes hängt davon ab, ob ein Volksgenosse zehn Zentimeter höher springt als alle andern. Übrigens ist ein Neger aus USA am allerhöchsten gesprungen und die silberne Fechtmedaille für Deutschland hat die Jüdin Helene Mayer gewonnen (ich weiß nicht, wo die größere Schamlosigkeit liegt, in ihrem Auftreten als Deutsche des Dritten Reiches oder darin, dass ihre Leistung für das Dritte Reich in Anspruch genommen wird). Und 2. ist mir die Olympiade so verhaßt, weil sie nicht eine Sache des Sports ist – bei uns meine ich –, sondern ganz und gar ein politisches Unternehmen. ‚Deutsche Renaissance durch Hitler' las ich neulich. Immerfort wird dem Volk und den Fremden eingetrichtert, daß man hier den Aufschwung, die Blüte, den neuen Geist, die Einigkeit, Festigkeit und Herrlichkeit, natürlich auch den friedlichen, die ganze Welt liebevoll umfassenden Geist des Dritten Reiches sehe."

Am 15. September 1935 waren die auf dem Parteitag in Nürnberg verabschiedeten Rassegesetze in Kraft getreten. Den Juden wurde die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt, sie verloren das Wahlrecht, Ehen zwischen Ariern und Nichtariern wurden verboten. Und jüdische Sportler durften die Sportplätze nicht mehr betreten.

Den Nazi-Beamten wurde die Aufgabe erteilt, verborgene Juden aufzuspüren und den Prozentanteil jüdischen Blutes bei den „Mischlingen" zu messen. Diesen Begriff hatten die Nazis aus der Agrarwissenschaft übernommen, wo er ein Tier oder eine Pflanze bezeichnet, die durch die Kreuzung verschiedener Arten oder Sorten entstanden ist. Am 14. November 1935 erschien die Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz, die die Begriffe „(Voll)Jude", „Mischling ersten Grades" (50 Prozent jüdisches Blut) und „Mischling zweiten Grades" (25 Prozent jüdisches Blut) definierte.

Hitler war davon überzeugt, dass echte Sportler nur Angehörige der arischen Nation sein konnten. Das Reichsportamt erhielt Anweisung, hundertprozentig arische Mannschaften zusammenzustellen.

Die Leichtathletin Margaret „Gretel" Bergmann galt als sichere Kandidatin auf die Goldmedaille im Weitsprung. Aber man entzog ihr die Teilnahmeberechtigung an den Spielen. Zwei Wochen vor Beginn der Wettbewerbe teilte man ihr mit, sie sei nicht zugelassen, weil in ihren Adern jüdisches Blut fließe.

Doch Deutschland benötigte dringend ein paar hervorragende Sportler. Um sie zu bekommen, versuchten die Nazis alle nur denkbaren Tricks. Die Rassegutachter hatten die Fechtmeisterin Helene Mayer zur Halbjüdin erklärt. Man hatte ihr die Staatsbürgerschaft entzogen, und sie war in die USA ausgereist. Kurz vor den Olympischen Spielen mussten die Nazis sie bitten, für die deutsche Mannschaft anzutreten. Helene Mayer antwortete, sie würde nur antreten, wenn sie und ihre Familie wieder die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten.

Mayer hatte nicht vor, nach Nazideutschland zurückzukehren. Doch es ging ihr ums Prinzip. Hitler musste nachgeben. Mayer gewann die Silbermedaille, aber nach dem Fechtwettbewerb der Frauen weigerte Hitler sich, ihr zu gratulieren, desgleichen auch den Sportlerinnen, die Gold und Bronze gewonnen hatten. Alle drei waren Jüdinnen. Ein herber Schlag für Hitler und seine Rassentheorie.

Zu Hitlers großer Enttäuschung wurde der dunkelhäutige Amerikaner Jesse Owens zum Helden der Sommerspiele. Er gewann viermal Gold, dreimal im Laufen und einmal im Weitsprung, und stellte zwei Weltrekorde auf. An den olympischen Spielen nahmen 18 Afroamerikaner teil, 14 von ihnen gewannen Medaillen. Hitler war dermaßen erbost, dass er ihnen bei der Siegerzeremonie den Handschlag verweigerte.

Viele Jahre nach dem Krieg kam man auf die Idee, in West-Berlin eine Straße nach Jesse Owens zu benennen – etwa die Chaussee, die zum Stadion führt. Die Berliner Stadtverwaltung fand bei mehreren Initiativen einen Grund für eine höfliche Absage. Meistens hieß es, der Namensgeber für eine Straße müsse mindestens fünf Jahre tot sein.

Jesse Owens kam den Berliner Bürokraten so weit wie möglich entgegen, er starb im Alter von 66 Jahren an Lungenkrebs. Mehrere Regierende Bürgermeister von West-Berlin kamen und gingen, bis diese Idee endlich realisiert wurde. 1984, vor den Olympischen Spielen in Los Angeles, wurde die Namensgebung beschlossen.

Bei der feierlichen Zeremonie trat der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der Bundesrepublik Willi Daume auf. Er erklärte, es sei nicht richtig zu glauben, Hitler habe dem schwarzen amerikanischen Sportler nicht die Hand gegeben. Er sei vielmehr vom Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Händedruck der olympischen Tradition widerspreche. Hitler habe dem entsprochen. Es sei nicht Ausdruck von Rassismus gewesen.

Vor den Spielen wurden potenzielle Gegner des Regimes aus der Öffentlichkeit entfernt, damit sie den Ausländern nichts erzählen konnten

Das konnte natürlich nur glauben, wer die Memoiren Baldur von Schirachs, des Reichsjugendführers der NSDAP, nicht gelesen hatte: „Star der Olympischen Spiele 1936 wurde der Sprinter Jesse Owens, ein farbiger Amerikaner. Als Hitler ins Stadion kam, hat er den Siegern persönlich gratuliert. Als Jesse Owens den Hundertmeterlauf gewonnen hatte, sagte Hitler: ‚Die Amerikaner sollen sich schämen, dass sie sich ihre Medaillen von Negern gewinnen lassen. Ich werde diesem Neger nicht die Hand geben.'"

Was brachte Daume dazu, eine für Hitler vorteilhaftere Version dieser Ereignisse vorzutragen? Vielleicht sein eigenes Parteibuch mit der Nummer 6098980? Der zukünftige Präsident des Olympischen Komitees der Bundesrepublik war Mitglied der NSDAP gewesen.

Hitler legte die Premiere des Films „Olympia" auf seinen Geburtstag und gratulierte Riefenstahl als Erster: Sie habe „ein Meisterwerk" geschaffen, für das ihr die ganze Welt dankbar sein werde.

Das Berlin des Jahres 1936 war geschmückt mit Hakenkreuzen und den roten Fahnen der NSDAP. Aber während der Olympischen Spiele gab es einige Lockerungen. Die üble antisemitische Zeitung *Der Stürmer* von Julius Streicher (nach dem Sieg über das Dritte Reich wird er bei den Nürnberger Prozessen zum Tode verurteilt) wurde vorübergehend aus dem Verkauf genommen.

Vor den Spielen wurden potenzielle Gegner des Regimes aus der Öffentlichkeit entfernt, damit sie den Ausländern nichts erzählen konnten. Polizei, Gestapo und SD nahmen über 11 000 Personen fest, die verdächtigt wurden, mit Sozialismus oder Kommunismus zu sympathisieren.

Aber die Gäste der Olympischen Spiele waren außerordentlich taktvoll und stellten keine peinlichen Fragen. Die ausländischen Journalisten berichteten, dass die Nazis insgesamt erfolgreich seien: Die Gäste gaben sich Mühe, den verbrecherischen Charakter des Dritten Reichs zu übersehen.

Nazi-Deutschland schien vielen ein ideales Modell. Die Arbeitslosigkeit sank, die Wirtschaft erlebte einen Aufschwung, es herrschte Ordnung im Land. Vor dem Hintergrund der Aggression des faschistischen Italiens in Afrika, des kaiserlichen Japans in China und angesichts der Stalinschen Repressionen erschien den ausländischen Diplomaten und Politikern die Hitler-Regierung durchaus gemäßigt.

Und vor allem wollten in den 1930er-Jahren die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs auf jede Art und Weise einem Konflikt mit Deutschland oder gar einem neuen Krieg aus dem Weg gehen. Damals gestalteten sich zwischen Großbritannien und Deutschland freundschaftliche Beziehungen.

Die Schwester des britischen Premierministers Boris Johnson erzählte: „Man hat uns immer gesagt, unsere Großmutter väterlicherseits sei Französin, aber es hat sich herausgestellt, dass sie Deutsche war. Und unsere Großmutter mütterlicherseits ging in den 30er-Jahren in Bayern zur Schule. Sie liebte die Münchner Oper, lief in den Bergen Ski und hat sich sogar in ihren Skilehrer verliebt. Als sich dann herausstellte, dass er Mitglied der NSDAP war, kehrte sie entsetzt nach England zurück. Aber die anderen genierte nichts. Die höhere Gesellschaft Englands schickte ihre Kinder gern nach Deutschland."

Besonders eng waren die Beziehungen der Eliten. Mitglieder des britischen Königshauses hatten deutsche Vorfahren. Die britischen Zeitungen schrieben, was für ein wunderbares Land Deutschland sei, und wie tüchtig Hitler das deutsche Leben umbaue. Den Briten und vor allem den Britinnen gefiel es im Dritten Reich. Viele erinnerten sich später: „Das war die beste Zeit in unserem Leben. Ja und Hitler… er ist bloß zu weit gegangen."

Großbritannien zwischen den Kriegen – das war Arbeitslosigkeit, schlechtes Essen und schlechtes Wetter. Aber in Bayern, wo die NSDAP gegründet wurde, wo sich Hitlers Residenz befand, gab es frische Bergluft, eine bedeutende Oper und junge Deutsche in Uniform. Die britischen Aristokraten sahen, wie die SS marschierte, aber das erschreckte sie nicht, ihre eigenen Eltern waren häufig Antisemiten. „Meine Regierung hat sich in Bezug auf Deutschland unklug verhalten", sagte der britische Botschafter Neville Henderson. „England und Deutschland müssen enge Beziehungen aufbauen und die Welt beherrschen."

In Großbritannien gab es ebenfalls Faschisten. Oswald Mosley, der Führer der britischen Faschisten, einer der auffälligsten Politiker jener Zeit, erschien für einige Zeit wie ein aussichtsreicher Kandidat für den Posten des Premierministers.

Im Februar 1934 reiste der spätere Premierminister und damalige Lordsiegelbewahrer Antony Eden zu Gesprächen mit der neuen deutschen Regierung nach Berlin.

Beim Mittagessen tauschten der Weltkriegsveteran und ehemalige Gefreite Hitler und der ehemalige Hauptmann Eden Kriegserinnerungen aus. Auf der Rückseite einer Speisekarte zeichneten sie die Stellungen ihrer Einheiten an der Somme ein. Es stellte sich heraus, dass sie buchstäblich gegeneinander Krieg geführt hatten. Eden kam zu dem Schluss, dass Hitler aufrichtig an Frieden interessiert sei. Er verließ Berlin in der Überzeugung, dass man mit der nationalsozialistischen Regierung verhandeln könne.

Ein Jahr später veröffentlichte die *Times* einen Artikel Lord Lothians, der nach einem Aufenthalt in Deutschland als glühender Anhänger Hitlers zurückgekehrt war: „Der Nationalsozialismus ist eine Bewegung der individuellen und nationalen Selbstachtung. Wichtigster Faktor der heutigen Politik in Europa ist die Tatsache, dass Hitler keinen Krieg will und bereit ist, Kriege für immer zu beenden, wenn man ihm und Deutschland auf Augenhöhe begegnet. Hitler verzichtet nicht auf Krieg, weil er Pazifist wäre, sondern weil er weiß, was Krieg bedeutet."

Tatsächlich log Hitler natürlich das Blaue vom Himmel herunter. Warum soll man seinen Feinden auch die Wahrheit sagen? Die bodenlosen Lügen des Führers wurden von der staatlichen Propagandamaschine nach Kräften unterstützt. Sie setzte dabei die neuesten Technologien der Zeit ein, das Radio, das Grammophon, den Film. Hitler war so daran gewöhnt, zu lügen, dass er selbst die Grenze zwischen Lüge und Wahrheit nicht mehr sah. Aber es gereichte ihm zum Vorteil. Weil seine Verhandlungspartner sich einfach nicht vorstellen konnten, dass ein Staatschef imstande ist, hemmungslos zu lügen.

Die Blindheit und Naivität der europäischen Politiker waren es, die Hitler zum Erfolg verhalfen, weil sie seinen Hass auf die Welt nicht erkannten und bis zum Schluss daran glaubten, sie könnten ihn beeinflussen, ihn in Schach halten und dazu bewegen, Maß zu halten.

Aber Hitler mit seinem kriminellen Verstand konnte man nicht bändigen. Drei Jahre nach den Olympischen Spielen begann er den Zweiten Weltkrieg.

Leonid Mletschin ist ein vielfach ausgezeichneter russischer Print- und Fernsehjournalist sowie Autor zahlreicher Bücher, darunter zeithistorische Werke und eine Breschnew-Biografie. Er lebt in Moskau.

¶D

SHUTTERSTOCK

Freiheit, schöner Götterfunken

Beethoven, Russland und die weitverzweigten Verwandtschaftsverhältnisse der europäischen Musik

VON KLAUS HARER

Pjotr Iljitsch Tschaikowski bekam von seinem Lehrer Anton Rubinstein für seine Abschlussprüfung am Petersburger Konservatorium eine wahrhaft furchterregende Prüfungsaufgabe: Er sollte eine russische Kantate auf Friedrich Schillers „Ode an die Freude“ schreiben. Innerhalb eines Monats schuf Tschaikowski ein Werk mit dem Titel „An die Freude“ für Solisten, Chor und Orchester, das kurz darauf, im Dezember 1865, im Konservatorium aufgeführt wurde. Tschaikowski ließ die Kantate unveröffentlicht, denn, so schrieb er noch 1890 seinem Verleger Jürgenson, sie sei „ein Jugendwerk ohne Zukunft“. Es sei „peinlich, mit Beethoven zu wetteifern“.

Auch eingefleischten Tschaikowski-Liebhabern blieb sie bis heute unbekannt. Die deutsche Erstaufführung der Kantate fand im Rahmen des Russlandschwerpunkts auf dem Usedomer Musikfestival 2012 statt und war in mehrfacher Hinsicht eine musikalische Offenbarung. Das Philharmonische Orchester Nowosibirsk, ein Quartett von fabelhaften Sängersolisten und die Rundfunkchöre aus Hamburg und Berlin präsentierten unter der Leitung von Thomas Sanderling ein ausdrucksstarkes und mitreißendes Erstlingswerk des jungen Tschaikowski. Die Kontrastierung mit Beethovens Neunter Sinfonie – eine kluge Idee der Usedomer Programmgestaltung – vermittelte den Hörern gleichzeitig den spürbar großen Abstand Tschaikowskis zu seinem deutschen Vorläufer und macht anschaulich, welche zentrale Bedeutung Beethoven als Maßstab und Ansporn in der russischen Musikentwicklung des 19. Jahrhunderts hatte.

Zu Beethovens Lebzeiten stand Russland in einem sehr dynamischen Entwicklungsprozess. Im Zuge der petrinischen Reformen von etwa 1700 an entstand mit der Übernahme europäischer höfischer Sitten und gesellschaftlicher Lebensformen auch ein ganz neuer Bedarf an weltlicher Musik, die in der traditionellen russischen Hochkultur aufgrund der orthodoxen Restriktionen zuvor keinen Platz gehabt hatte. Dieser Bedarf konnte nur durch ausländische Musiker gedeckt werden, die nach und nach die Strukturen für eine eigene russische Musikentwicklung aufbauten. Innerhalb weniger Jahrzehnte entwickelten sich so in den Residenzstädten und auf einzelnen Adelsgütern musikalische Aktivitäten, bei denen zunehmend auch russische Musiker eine Rolle spielten.

Die europäische Musikkultur, die zugleich auch Oper und Ballett umfasste, eroberte schnell die Herzen der gesellschaftlichen Elite Russlands. Die kulturelle Öffnung nach Westen, die territorialen Zugewinne Russlands im Baltikum und in Polen sowie der wachsende Einfluss eines neuen, international vernetzten Dienstadels machten den europäischen Lebensstil, zu dem eben auch die weltliche Musik gehörte, vor allem bei den gesellschaftlichen Eliten beliebt. Andererseits waren die russischen Residenzen attraktive Reiseziele für Virtuosen, die sich von den sehr wohlhabenden russischen Mäzenen ertragreiche Engagements erwarten konnten.

Es gehörte zum kultivierten Lebensstil des höheren Adels, sich mit Musik zu beschäftigen und ein Instrument zu spielen. Als Agenten, die in den europäischen Musikmetropolen Ausschau nach Sängern für die kaiserlichen Theater und nach Virtuosen für Orchester- und Kammermusik Ausschau hielten, dienten oft die Diplomaten. Der russische Gesandte in Wien, Fürst Dmitri Michajlowitsch Golizyn, engagierte etwa den Violinvirtuosen Anton Ferdinand Titz für den Petersburger Hof. Titz, der später der Geigenlehrer des Thronfolgers Alexander wurde, war es auch, der bei Hof das erste feste Streichquartett in Russland gegründet haben soll, in dem Mitglieder des Hoforchesters gemeinsam mit adeligen Amateuren musizierten.

Dass Beethoven dem jungen, Geige spielenden Kaiser Alexander im Jahr 1803 seine drei Violinsonaten op. 30 widmete, ist vermutlich dem Rat des Grafen Andrej Kirillowitsch Rasumowski zu verdanken. Rasumowski, seit 1792 russischer Gesandter in Wien, sorgte Jahre später dafür, dass Beethoven für diese Widmung auch die erwartete Belohnung erhielt.

Bekanntlich gingen Rasumowskis Beziehungen zu Beethoven jedoch viel weiter. Als leidenschaftlicher Liebhaber der klassischen Kammermusik nahm der russische Graf das damals berühmte Schuppanzigh-Quartett in seine Dienste, das die meisten der Streichquartette Beethovens mit dem Komponisten einstudierte. In diesen Jahren entstanden die drei „russischen“ Streichquartette op. 59, Graf Rasumowski gewidmet, in denen Beethoven auf sehr originelle Weise Melodien aus der Sammlung russischer Volkslieder von Iwan Pratsch (1790) verwendete.

Ein weiterer russischer Mäzen war der junge Fürst Nikolaj Borisowitsch Golizyn, der Beethoven wohl bereits zur Zeit der Entstehung der Rasumowski-Quartette in Wien kennenlernte. Nachdem er sich in den napoleonischen Kriegen als Offizier ausgezeichnet hatte, nahm Golizyn seinen Abschied aus der Armee und widmete sich verstärkt seinen musikalischen Interessen. 1822 schrieb er an Beethoven und bestellte bei ihm drei Streichquartette, die später als die Golizyn-Quartette berühmt wurden. Auf Golizyns Initiative ist es auch zurückzuführen, dass die Missa Solemnis op. 123, Beethovens monumentales Spätwerk, 1824 in St. Petersburg uraufgeführt wurde.

Schon zu Beethovens Lebzeiten waren viele seiner Werke in Russland bekannt. St. Petersburg und Moskau waren in Sachen Informationsfluss und Austausch von Noten im engmaschigen musikalischen Netzwerk mit Wien besser verbunden, als wir uns dies heute vorstellen mögen. Am kaiserlichen Hof und in den Adelshäusern wurde freilich vorwiegend weniger anspruchsvolle Musik als die Beethovens gepflegt. Auch darin unterschied sich St. Petersburg nicht grundsätzlich von Berlin oder Paris. In St. Petersburg gab es unter den adligen Musikliebhabern jedoch einige ausgesprochen leidenschaftliche und einflussreiche Beethoven-Verehrer. Fürst Golizyn war einer von ihnen.

Legendär war der musikalische Salon der Brüder Michail und Matwej Wielgorski, in deren Haus nicht nur Beethovens Klavier- und Kammermusik, sondern auch seine Sinfonien und weitere Orchesterwerke in großer Besetzung zur Aufführung kamen. Graf Michail Wielgorski hatte im Jahr 1808 die Gelegenheit, in Wien die Erstaufführungen von Beethovens Fünfter und Sechster Sinfonie zu hören. Sein jüngerer Bruder Matwej, ein herausragender Violoncellist und Schüler des berühmten Virtuosen und Beethoven-Freundes Bernhard Romberg, spielte im Streichquartett mit Musikern des Opernorchesters regelmäßig die jeweils aktuellen Werke der zeitgenössischen Kammermusik. Das Haus der Grafen Wielgorski erreichte bald den Status einer musikalischen Institution und die Brüder pflegten freundschaftlichen Kontakt zu zahllosen Komponisten und Virtuosen wie Hector Berlioz, Franz Liszt, Clara und Robert Schumann, Pauline Viardot, und Richard Wagner.

Schon zu Beethovens Lebzeiten waren viele seiner Werke in Russland bekannt

Auch der Salon des wohlhabenden Adeligen Fjodor Petrowitsch Lwow, der eine bedeutende Noten- und Instrumentensammlung besaß, war als musikalischer Treffpunkt bekannt. Lwow, der 1826 zum Direktor des Hofsängerchors ernannt wurde, ließ seinen begabten Sohn Alexej von dem berühmten Geiger Franz Böhm unterrichten. Böhm, der vermutlich durch die Vermittlung des russischen Gesandten Andrej Rasumowski aus Wien nach Petersburg gekommen war, spielte neben seiner Tätigkeit als Mitglied im Hoforchester und als Solist des Opernorchesters im Salon der Wielgorskis Quartett.

Über seinen jüngeren Bruder Joseph, der gleichzeitig in Wien mit dem Streichquartett von Ignaz Schuppanzigh musizierte, bestand ein enger Kontakt zu Beethovens unmittelbarer Umgebung. So übernahm Joseph Böhm während Schuppanzighs Russland-Aufenthalt die Leitung des Quartett-Ensembles, mit dem Beethoven regelmäßig arbeitete. Beide Brüder waren übrigens offenbar nicht nur hervorragende Solisten und Quartettspieler, sondern auch erfolgreiche Pädagogen. Zu Franz Böhms Schülern zählten neben dem erwähnten Alexej Lwow auch Michail Glinka sowie diverse Mitglieder der kaiserlichen Familie.

Joseph Böhm bildete in Wien eine Reihe von großen Geigern aus, unter ihnen Joseph Joachim und Ferdinand Laub, aber auch Léon Minkus, der später in St. Petersburg mit seinen Ballettmusiken erfolgreich war. Franz Böhms Petersburger Schüler Alexej Lwow, der ein einflussreicher Regierungsbeamter wurde, verfügte offenbar über große Fähigkeiten als Solist wie als Kammermusikspieler. Er trat darüber hinaus auch als Komponist auf – die Musik der russischen Nationalhymne „Gott, schütze den Zaren“ war sein Werk.

Unter den Petersburger Quartettspielern findet sich auch ein bis heute bekannter und beliebter Dichter, der russische Beethoven-Zeitgenosse und Fabeldichter Iwan Krylow (1769-1844), dessen einprägsame Verse in Russland in aller Munde sind. In seiner Fabel „Das Quartett“ beschrieb er, wie ein tierisches Quartett aus Affe, Esel, Bock und Brummbär nach wenig erfolgreichen Versuchen, die Welt mit seiner Kunst zu beglücken, sich bei der Nachtigall Rat holt:

„Die Noten haben wir, und auch die Instrumente / nur sag uns nun, wie wir uns setzen sollen!“ Worauf die Nachtigall antwortet, es komme bei der Musik auf das Können und das feine Gehör an, und zu bedenken gibt: „Ob kreuz und quer, ob vis-à-vis, / als Musiker taugt ihr doch nie!“

In bester äsopischer Tradition hat diese 1811 veröffentlichte Fabel eine außermusikalische Bedeutung, die von den Zeitgenossen verstanden wurde: Es ging dabei um die Einrichtung des Staatsrats im Jahr 1810, der aus vier Ministerien bestand, wobei der Leser die vier Minister den jeweiligen Tieren zuordnete. Dass der Fabeldichter für diese Satire eine musikalische Allegorie wählen konnte, hat allerdings damit zu tun, dass er selbst nicht nur gut Violine spielte, sondern mit besonderer Vorliebe im Quartett musizierte.

Der aus Riga stammende russische Beamte und Beethoven-Biograph Wilhelm von Lenz (1808-1883) erinnerte sich später, dass der Fabeldichter die Streichquartette Beethovens besonders schätzte, sein liebstes aber sei das „C-Dur-Quartett mit der Fuge“ gewesen, also das dritte der berühmten Rasumowski-Quartette op. 59. Dies allerdings spricht dafür, dass Krylow tatsächlich ein exzellenter Kenner der Musik seiner Zeit war, denn diese „russischen“ Quartette galten den Zeitgenossen allgemein als schwierig und wenig fasslich.

In Moskau war von 1817 an der erfolgreiche und gefragte Klavierlehrer Franz Anton Gebel (1783-1843) tätig, der in Wien seine Ausbildung erhalten hatte und mit ersten Kompositionen hervorgetreten war. Zu seinen berühmten Moskauer Schülern gehörten die Schriftsteller Nikolaj Ogarjow und Nikolaj Stankewitsch, der Musikkritiker Nikolaj Melgunow sowie der Pianist Alexandr Villoin, der später als Lehrer großen Einfluss auf die Brüder Anton und Nikolaj Rubinstein hatte. Melgunow schrieb mit großer Begeisterung über Gebel, der als Beethoven-Verehrer mit seinen öffentlichen Kammermusikabenden, die er in den 1830er-Jahren als erster in Moskau veranstaltete, wie Lenz besonders Beethovens Streichquartette propagierte.

Die Ratlosigkeit, mit der die Zeitgenossen die letzten Werke Beethovens aufnahmen, fand in der russischen Literatur einen einzigartigen Ausdruck in der wundervollen Erzählung des in Deutschland viel zu wenig bekannten Schriftstellers Wladimir Odojewski. Der sehr vielseitig und vor allem auch musikalisch hochgebildete Odojewski schrieb 1830, also bald nach Beethovens Tod, die Novelle „Beethovens letztes Quartett“, in dem er die Tragödie des Komponisten schildert, der seine eigene Musik nicht mehr hören kann und daran verzweifelt, dass ihn die Menschen nicht mehr verstehen. Bewegend ist an dieser hoffmannesquen Novelle das Bekenntnis des Dichters und Musikkenners, er könne dem genialen Komponisten in dessen letzten Werken nicht mehr folgen.

Beethovens Musik bewegt und irritiert ihre Hörer und ihre Interpreten noch immer. Sie ist nicht nur für die „russische Schule“, die mit den Brüdern Rubinstein ihren Anfang nahm, Maßstab und Ansporn. Der in Berlin lebende russische Pianist Alexander Melnikov hält ihn, den sowjetischen Schönbergschüler Philip Herschkowitz zitierend, nach wie vor für die Zentralfigur der europäischen Musik.

Der unmittelbaren Wirkung dieser Musik haben auch die politischen Beanspruchungen des 20. Jahrhunderts kaum geschadet. Wir wissen, dass Beethovens Neunte Sinfonie unter Hakenkreuzfahnen im von Nazideutschland okkupierten Paris aufgeführt wurde. Im Jahr 1941 musste sich die damals in Paris lebende russische Emigrantin Nina Berberowa in der Kino-Wochenschau Bilder vom Vormarsch der Wehrmacht in die Sowjetunion ansehen, unterlegt mit Musik aus Beethovens Neunter.

Andererseits wurde die „Ode an die Freude“ 1989 bei den studentischen Protesten auf dem Pekinger Tian'anmen-Platz als Symbol der Demokratiebewegung verwendet. Weihnachten 1989 dirigierte Leonard Bernstein anlässlich des Falls der Berliner Mauer in beiden Teilen der Stadt Beethovens Neunte Sinfonie mit der Textänderung *„Freiheit,* schöner Götterfunken“.

Auch die junge Sowjetmacht feierte bereits 1918 ihre ersten musikalischen Triumphe mit Beethovens Neunter Sinfonie. In ihrem verdienstvollen Buch über die „Musikalische Mythologie der Sowjetepoche“ legte die Moskauer Musikwissenschaftlerin Marina Raku materialreich dar, wie Beethovens Vorbild schon in den ersten Jahren der Sowjetmacht als Orientierung für die internationalistische und proletarische Musik angepriesen wurde. Fester Bestandteil bei Begräbnissen von Revolutionshelden war der Trauermarsch aus Beethovens Dritter Sinfonie. Dieselbe Funktion hatte später auch der langsame Satz der Klaviersonate As-Dur op. 26. Die sowjetische Sonderbriefmarke zum Beethoven-Jahr 1970 zeigte neben einem Porträt des 200-jährigen Jubilars ein Notenblatt mit dem Beginn der Klaviersonate f-Moll op. 57, der „Appassionata“ – eine Referenz an den 100 Jahre jüngeren Wladimir Iljitsch Lenin, der diese Sonate der Überlieferung nach besonders geliebt haben soll.

Mit einer gewissen Erleichterung haben wir Grund zur Hoffnung, dass Beethoven zu seinem 250. Geburtstag weniger als politisches Symbol dienen wird, sondern als Maßstab und Anstoß für interessante künstlerische Begegnungen aller Arten. Vielversprechend war zum Auftakt des Beethovenjahrs 2020 die Uraufführung der Oper „Minona“ des estnischen Komponisten und Dichters Jüri Reinvere im Theater Regensburg. Die Handlung um die vermutete Beethoven-Tochter Minona von Stackelberg spielt übrigens teilweise im russischen Reich, in Reval, dem heutigen Tallinn.

Erfreulich ist auch die schöne Idee einer Konzertreihe unter dem Titel „Beethoven und Tschaikowski“ im neuen Moskauer Konzertsaal Sarjadje, dessen Eröffnungskonzert Tschaikowskis Kantate „An die Freude“ mit Beethovens Neunter Sinfonie umschließt. So soll es sein.

Klaus Harer ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Kulturforum östliches Europa e. V. in Potsdam. Er beschäftigt sich mit deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa mit dem Schwerpunkt Musik und Kulturgeschichte.

¶D

Deutsche Lebkuchen

Werner Herzogs Film „Gorbatschow – Eine Begegnung“ muss für die Fans des Regisseurs eine Enttäuschung sein

VON MICHAIL TROFIMENKOW

Von Werner Herzog, dem Rhapsoden der Abenteurer und Tyrannen, erwartet man einen so braven Film zuletzt. „Gorbatschow – Eine Begegnung“, so der Titel, wirkt wie ein Kapitel aus einem Geschichtslehrbuch. Vielleicht zum ersten Mal spielte Herzog, der sein Leben lang gegen alle nur möglichen Regeln aller künstlerischen und politischen Spiele verstoßen hat, nach Regeln, noch dazu nach den Regeln des Fernsehjournalismus.

Auch die russischen Zuschauer müssen enttäuscht sein, schließlich haben sie sich in den vergangenen Jahrzehnten daran gewöhnt, dass die Geschichte kein objektiver Prozess ist, sondern ein billiger Krimi, komponiert aus Geheimnissen, Rätseln und Skandalen. Ganz zu schweigen davon, dass Gorbatschow wahrscheinlich für die Mehrheit dieser Zuschauer eine negative Figur ist, weil er die Sowjetunion zerstört hat, die aus gehörigem zeitlichem Abstand betrachtet immer mehr zum hellen „Land der Kindheit“ zu werden scheint.

Das Paradox besteht darin, dass gerade die kurze Regierungszeit Gorbatschows (1985-1991) die beste Grundlage für Verschwörungstheorien liefert. Zu stürmisch war der Übergang von der vielversprechenden „Perestroika“ der Sowjetunion zu ihrem katastrophalen Zusammenbruch. Zu viele Unklarheiten hat die Geschichte des Putschversuchs im August 1991 hinterlassen. Zu viele Details von Gorbatschows Kampf – zuerst mit den „Konservativen“ in der sowjetischen Regierung, dann mit Boris Jelzin, dem radikalen Zerstörer der UdSSR – wurden nicht aufgedeckt und werden kaum jemals aufgedeckt werden.

PA/OBS MDR MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

Gorbatschow – eine Begegnung: Regisseur Werner Herzog (links) und sein Protagonist

Es wäre naiv, von Gorbatschow Offenbarungen und Enthüllungen zu erwarten. Dazu beherrscht er die Kunst der politischen Intrige zu gut, ohne die er nicht an die Spitze eines so großen Lands gekommen wäre; zu gut beherrscht er auch die Parteirhetorik, die Kunst, viele Worte zu machen ohne etwas Wesentliches zu sagen. Und dem steht auch die Figur Gorbatschow selbst entgegen, wie sie sich in den Augen der Öffentlichkeit gebildet hat und der er verpflichtet ist wie jeder Weltstar. Nicht zuletzt ist er dafür schlicht zu alt: Mit 90 Jahren müssen alle Triumphe und Niederlagen der Vergangenheit wie eitles Geplänkel erscheinen.

Gleichwohl hatten die Gespräche mit Gorbatschow für Herzog zweifellos einen gewissen höheren Sinn, und worin dieser Sinn besteht, das versteht man nur, wenn man die Perspektive Herzogs einnimmt. Er trat im gegebenen Fall in zweifacher Gestalt auf: Gorbatschow interessiert ihn als Regisseur und als Deutscher.

Es ist nicht weiter erstaunlich, dass der Gorbatschow, den wir in diesem Film sehen – ein edelmütiger, durch und durch bürgerlicher Patriarch, der die Tränen nicht zurückhalten kann, wenn er sich an seine verstorbene Frau Raissa erinnert –, perfekt in die Galerie der außergewöhnlichen Figuren passt, die Herzog seit nunmehr einem halben Jahrhundert auf der Leinwand erschaffen hat. Die Helden seiner Spielfilme, sei es der Konquistador Aguirre oder der Cobra Verde genannte Vizekönig eines westafrikanischen Eingeborenenstamms, waren vor allem Idealisten, besessen von einem selbstmörderischen Traum.

Gorbatschow ist für Herzog genau solch ein Idealist, der sein politisches Schicksal seinem Traum opferte, und das trotz all der Jahrzehnte im Umfeld der Nomenklatur, die jedem Hauch von Idealismus ontologisch feindlich gegenübersteht. Aguirre träumte vom „goldenen Land“ Eldorado, Fitzcarraldo von einem Opernhaus im Dschungel des Amazonas, Gorbatschow von Frieden auf der ganzen Welt, von der Freundschaft zwischen den geopolitischen Gegnern und davon, dass es in der UdSSR „mehr, mehr, mehr Sozialismus“ gäbe.

Der Unterschied zwischen Aguirre und Gorbatschow besteht lediglich darin, dass Aguirre ein bewaffneter Träumer war, der der Welt nicht den Frieden brachte, sondern das Schwert. Gorbatschow hingegen, der über beinahe unbegrenzte Möglichkeiten verfügte, sowohl für eine weltweite militärische Konfrontation als auch für die gewaltsame Unterdrückung der internen Opposition, legte freiwillig die Waffen nieder.

Dabei tat er das zweifach. Zuerst initiierte er das Ende des Kalten Kriegs faktisch zu den Bedingungen des Westens. Dann gab er dem – objektiv rebellischen – Beschluss der Präsidenten von vier Sowjetrepubliken über die Auflösung der UdSSR nach und trat als Präsident zurück. Für jeden, der nicht den geringsten Teil von Gorbatschows Macht besitzt, ist es unvorstellbar, was ihn dieser freiwillige Rücktritt kostete.

Gorbatschow selbst zweifelt dem Film nach bis heute daran, ob es richtig war, die Sowjetunion nicht zu erhalten. Anders lässt sich sein Wutausbruch – vielleicht der erste nach seinem Rücktritt – über Jelzin nicht erklären, den Mann, der ihn von der Macht verdrängt hat: „Man hätte anders mit ihm verfahren müssen. Man hätte ihn woanders hinschicken sollen. Es schmerzt mich für mein Volk.“

Die Protagonisten aus Herzogs Filmen zieht es im Namen des Wohls der Menschheit in den Dschungel und in die Krater der Vulkane, auf unzugängliche Berge und ins arktische Eis. In ganz ähnlicher Weise führte auch Gorbatschow sein Land in unbekannte und gefährliche Fernen. Der Untergang der UdSSR bestätigt nur die Idee des Filmemachers Herzog vom Verhängnis des Traums für den Träumer selbst, zugleich aber seine Notwendigkeit für die Menschheit –und vor allem für Deutschland.

In seinen früheren Filmen trat Herzog, gelinde gesagt, in der Rolle des „metaphysischen Deutschen“ auf, des Interpreten der nationalen philosophischen Tradition, des Romantikers, der das Philistertum bekämpft und an die Welt als „Wille und Vorstellung“ glaubt. In „Gorbatschow – Eine Begegnung“ meldet er sich zum ersten Mal als „physischer“, genauer gesagt als „politischer“ Deutscher. Und in dieser seiner Eigenschaft kann er nicht anders, als unverfälschte Ehrfurcht vor Gorbatschow zu empfinden.

Es wäre ein banaler journalistischer Kniff, für diesen Zweck das russische Sprichwort „Was des Russen Brot, ist des Deutschen Tod“ umzumodeln, indem man einen typisierten Russen mit einem hypothetischen Deutschen vertauscht. Was jedoch die historische Rolle Gorbatschows betrifft, so würde das umgemodelte Sprichwort perfekt, wenn nicht seine reale historische Rolle, so doch die Wahrnehmung dieser Rolle im Bewusstsein der russischen Massen widerspiegeln. Für dieses Bewusstsein ist Gorbatschow – nicht im besten Wortsinn – der „gute Deutsche“. Das heißt, ein Politiker, der tatsächlich die sowjetischen Soldaten übereilt und ohne die erforderliche Vorbereitung aus Deutschland abgezogen und viel zu schnell der Wiedervereinigung zugestimmt hat, die in Russland als Vereinnahmung des deutschen Ostens durch den deutschen Westen empfunden wird.

Herzog gereicht es zur Ehre, dass er die ganze historische Tragik der Beziehung zwischen Russland und Deutschland im Blick, dass er sich der historischen Tragik der deutsch-russischen Beziehungen bewusst ist und den Film mit der Bitte um Vergebung für die Verbrechen der Nazis einsetzen lässt, die er Gorbatschow gegenüber stellvertretend an das sowjetische Volk ausspricht.

In dem Gespräch mit Gorbatschow ist das keine bloße Formalität, ist doch der letzte Präsident der UdSSR auch einer der letzten Menschen, die sich noch an das Elend des Kriegs erinnern. Und Gorbatschow reagiert auf die Buße Herzogs intuitiv und perfekt, aus der Position der Ewigkeit heraus, die unbedeutende Erinnerung über globale Tragödien erhebt. Er fühlt, dass es plump und unangebracht wäre, vergangene Sünden eines ganzen Lands zu verzeihen oder nicht zu verzeihen. Stattdessen löst er die unvermeidliche Spannung, indem er Anekdoten aus seiner Kindheit erzählt.

Zum Beispiel, dass er einmal als kleiner Junge, noch vor dem Krieg, in einer von Sowjetdeutschen gegründeten Kolchose die leckersten Lebkuchen bekommen habe. Ein paar Worte, und das Problem ist beseitigt. Und schon kann er sich an die Angespanntheit während der Gespräche mit Ronald Reagan in Reykjavik erinnern, an die Unterstützung, die er als junger Generalsekretär durch Margaret Thatcher erfuhr, und den Dank Herzogs für die Demontage der Berliner Mauer, für den Abzug der Soldaten und die Duldung der Wiedervereinigung entgegen nehmen.

Ich bin nicht sicher, ob alle Deutschen die gleiche Dankbarkeit Gorbatschow gegenüber empfinden wie Herzog. Vielleicht ist Gorbatschow für sie ein Politiker einer lang vergangenen Epoche, beinahe ein Zeitgenosse von Winston Churchill und Harry Truman. Herzog ist das wohl bewusst, nicht umsonst hält er es für erforderlich, seine Zuschauer an die Rolle Gorbatschows zu erinnern, und dabei diskret, aber real eine Brücke zu schlagen zwischen der vergangenen und der aktuellen Politik, zwischen der UdSSR und dem modernen Russland, und auch ein wenig die europäische Gekränktheit gegenüber der USA anzustacheln.

Herzog tut dies nicht in der Ich-Form. Er verfährt erheblich raffinierter, indem er seine Gedanken dem ihm sicherlich nicht sympathischsten Politiker in den Mund legt. Und der ehemalige amerikanische Außenminister James Baker selbst gesteht auf der Leinwand ja selbst zähneknirschend ein, man solle die Ansprüche Russlands an den Westen nicht auf die leichte Schulter nehmen, Russland habe allen Grund, an seiner Sicht auf den Zustand der Weltpolitik festzuhalten – im Klima eines neuen Kalten Kriegs eine riskante Bemerkung.

Die Tatsache, dass Gorbatschow für die Zuschauer, und wahrscheinlich für Herzog selbst auch, ein „Ding an sich“ bleibt, ist eine Stärke, nicht ein Mangel des Films.

Michail Trofimenkow ist Filmkritiker der Zeitung Kommersant.

SUSANNE DIESNER

Zweimal Maria Kataeva: als Carmen an der Deutschen Oper am Rhein in Düsseldorf und als Idamante in Mozarts „Idomeneo" an der Vlaamse Oper in Belgien (unten).

‚Ich habe andere Ohren‘

Der Star der Deutschen Oper am Rhein, Maria Kataeva, stammt aus Sibirien. Daria Boll-Palievskaya *hat mit ihr gesprochen*

Wie kommt ein Mädchen aus einer fernen sibirischen Industriestadt, in der es nicht einmal ein Opernhaus gibt, auf die Idee, Opernsängerin werden? Kurz und bündig antwortet Maria Kataeva ihren Kolleginnen und Kollegen an der Deutschen Oper: „Das wusste ich bereits mit vier Jahren.“

Wenn die Bewohner ihrer Heimatstadt Nowokusnezk klassische Musik hören möchten, müssen sie acht Stunden mit dem Zug nach Nowosibirsk fahren. Aber was bedeuten schon Entfernungen, wenn man einen Traum hat. Kataeva beschloss, ihre musikalische Ausbildung am Konservatorium im 4000 Kilometer entfernten St. Petersburg zu absolvieren.

Dass ihre Karriere in Deutschland beginnen würde, konnte Kataeva sich nicht vorstellen. Aber als Studentin wurde sie bei einem Casting an der Deutschen Oper am Rhein in Düsseldorf entdeckt und bekam ein Engagement am Opernstudio. „Ich dachte, ich würde in kleinen Rollen in einem kleinen Theater in St. Petersburg anfangen und mich langsam hocharbeiten“, sagt die junge Mezzosopranistin. Sie hoffte, vielleicht eines Tages in einer Produktion in Europa zu singen. „Aber dann ging alles so schnell und kam unerwartet.“

Heute ist Kataeva die große Primadonna der Deutschen Oper am Rhein. Wie hätte sich ihre Karriere entwickelt, wenn sie in Russland geblieben wäre?

„Operngesang bedeutet nicht nur schöne Klänge zu produzieren. In jeder Sprache müssen Sie so nah wie möglich am Original sein. Und dafür müssen Sie sich mit einer anderen Kultur vertraut machen“, sagt sie. „Zum Glück gibt es im Opernstudio in Düsseldorf Sprachcoaches. Und ich habe die Möglichkeit, Sänger verschiedener Gesangsschulen zu erleben. Ich habe das Gefühl, ich habe jetzt andere Ohren. Kommunikation mit Muttersprachlern macht ein musikalisches Talent zu etwas Besonderem.“

Doch die Grundlage ist die russische Gesangsschule.

„Die Natur selbst hat russische Sänger mit Stimmen gesegnet, die in Klangfarbe und Tiefe erstaunlich sind. Daraus können sie alles formen. Tanz, szenische Bewegung, Beherrschung eines Musikinstruments, Musiktheorie – all dies ist in der russischen Musikausbildung enthalten. Am Petersburger Konservatorium gab es sogar ein richtiges Theater, in dem Studenten Opern inszenierten. Auf dieser Basis können sie sich also in jede Richtung entwickeln und ihre Fähigkeiten verbessern.“

Carmen, Rosina, Aschenputtel, Königin Elizabeth, Cherubino … Mozart, Händel, Rossini, Offenbach, Donizetti, Verdi, Puccini, Bizet … das Repertoire der russischen Sängerin ist riesig. Nur russische Musik vermisste sie sehr. Im vergangenen Jahr führte die Deutsche Oper am Rhein Tschaikowskys „Pik-Dame“ auf, in der Kataeva die Rolle der Polina sang.

„In der russischen Opernmusik gibt es nicht so viele Partien für den lyrischen Mezzosopran, und in Europa werden nur wenige russische Opern aufgeführt. Das war für mich ein großes Glück“, sagt sie. „Manchmal muss man sich überwinden, wenn man mit einem Regisseur zusammenarbeitet, der noch nie in Russland war und keine russische Musik oder Literatur studiert hat, insbesondere im Original. Wir müssen nach einem Kompromiss suchen. Anscheinend sind nur wir Russen so skeptisch. Europäer mögen moderne Interpretationen.“

Das vergangene Jahr war etwas Besonderes für Kataeva. Sie gewann den 2. Preis und den Publikumspreis beim internationalen Wettbewerb Operalia in Prag. Dieser Wettbewerb wird einmal im Jahr vom großen Tenor Placido Domingo organisiert. Speziell für das Programm mussten die Sänger Zarzuela lernen – ein spezielles spanisches Musikgenre.

„Ich singe auf Deutsch, Italienisch, Französisch, Russisch. Und dann musste ich auch noch Spanisch lernen“, sagt sie und lacht. Der Maestro versicherte ihr, dass ihr Spanisch perfekt klinge und dass sie selbst den Spaniern den Stil von Zarzuela beibringen könne.

Es war nicht der erste Opernwettbewerb, bei dem sie auf den ersten Plätzen landete. 2016 erhielt sie beim renommierten deutschen Wettbewerb „Meistersinger von Nürnberg“ den ersten Preis im allgemeinen Fach, und in der Kategorie Deutsche Musik den dritten. „Für mich war es eine große Überraschung“, sagt Kataeva. „Immerhin nahmen Sänger mit einem Wagner-Repertoire am Wettbewerb teil. Für mich ist dieser Preis noch wichtiger als der erste Platz im allgemeinen Wettbewerb.“

Wieso das?

„Für mich ist es am schwierigsten, auf Deutsch zu singen. Hier sind die Vokale kurz und viele Konsonanten stehen zusammen. Ich muss meinen Sprachapparat anpassen.“

Ein sehr wichtiger Schritt in ihrer Entwicklung war die Rolle des Komponisten in Richard Strauss‘ Oper Ariadne auf Naxos. Nächstes Jahr warten die Salzburger Festspiele auf Kataeva, wo sie auf Einladung des Stars der modernen Oper, Rolando Villazón, an der Aufführung von Mozarts Requiem teilnehmen wird.

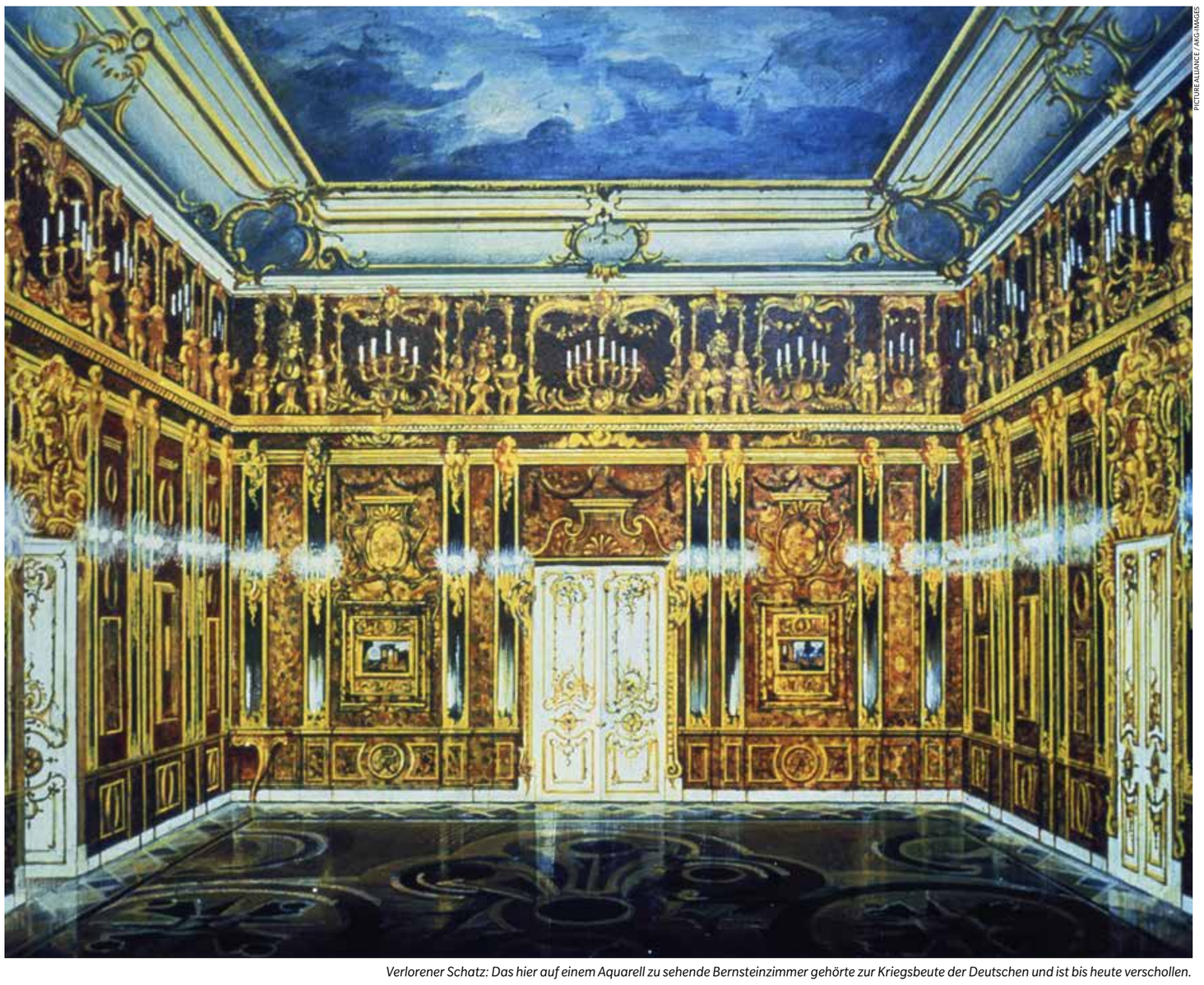
Als Kataeva vor zehn Jahren nach Deutschland kam, sprach sie kein Wort Deutsch. Ist Düsseldorf ihre zweite Heimat geworden?

„Ein Mensch kann nur eine Heimat haben. Aber das Theater ist mein trautes Heim geworden. Einst habe ich davon geträumt, auf dieser Bühne stehen zu dürfen. Und jetzt bespricht die Opernleitung mit mir das Repertoire, speziell für mich hat man die alte Produktion von Rossinis Oper Aschenputtel wieder aufgenommen.“

Und ein weiterer Traum der russischen Mezzosopranistin wurde wahr. Sie trat zum ersten Mal in ihrer Heimat in Russland auf und nahm am grandiosen Konzert von Placido Domingo in Moskau teil. „Es war sehr aufregend, mit dem großen Domingo und vor dem verwöhnten Moskauer Publikum zu singen.“

Daria Boll-Palievskaya ist Journalistin, Autorin und Expertin für interkulturelle Kommunikation; sie lebt in Düsseldorf.

ANNEMIE AUGUSTINS



PICTURE ALLIANCE / AKG-IMAGES

Verlorener Schatz: Das hier auf einem Aquarell zu sehende Bernsteinzimmer gehörte zur Kriegsbeute der Deutschen und ist bis heute verschollen.

Unkontrollierte Situation

Der staatlich organisierte Kulturgutraub durch die Deutschen im Zweiten Weltkrieg ist belegt, aber nur eine Erklärung für die immensen russischen Verluste

VON CORINNA KUHR-KOROLEV

Ganz entzückt notierte der deutsche Kunsthistoriker Werner Körte während des Kriegs in der durch die Wehrmacht besetzten russischen Stadt Pskow einige einfühlsame Sätze über ein Gemälde. „Ein süßes Gesichtchen (…), in marmorner Klarheit die Form, aber doch warmer Teint, von dem die schwarzen Löckchen kräftig abstehen. Klassische Nase und feiner sinnlicher Mund. Die warm schimmernde Brust ist weit herab entblößt, (…) Die zarte rechte Hand hält eine seidene himmelblaue Schärpe (…) vor die Brust. Es war beglückend, wochenlang mit diesem Bild zusammenzuleben."

Körte, als gewöhnlicher Soldat an die Front bei Leningrad beordert, wurde im Sommer 1942 für wenige Wochen abkommandiert, um für den „militärischen Kunstschutz" im Museum von Pskow zu sorgen. Dort hatte Ernstotto Graf zu Solms-Laubach, im zivilen Leben Direktor des Frankfurter Historischen Museums, ein Depot eingerichtet, in dem die Kunstschätze aus dem Gebiet der Heeresgruppe Nord eingelagert, verzeichnet und teilweise ausgestellt wurden, darunter wertvolle Ikonen aus Nowgorod, Möbel, Porzellan und Gemälde aus den Zarenschlössern bei Leningrad, Kirchenschätze aus Tichwin und dem Kloster von Petschory.

Das beschriebene Gemälde einer „unbekannten Schönen" aus der Sammlung von Schloss Gattschina gehörte dazu und wird bis heute vermisst. Andere Objekte aus dem Depot in Pskow überstanden die Kriegszeit und sind heute wieder an ihren Herkunftsorten.

Insgesamt hat Russland, wie auch die Ukraine und Belarus, immer noch einen großen Verlust an Kulturgütern zu beklagen, etwa eine Million Sammlungseinheiten. Hinzu kommen die durch Kriegseinwirkung unwiederbringlich zerstörten Kultur- und Architekturdenkmäler.

In Deutschland ist dies in der öffentlichen Wahrnehmung sehr viel weniger präsent als das Thema „Beutekunst", also der Abtransport deutscher Kunstwerke durch sowjetische Trophäenbrigaden nach Kriegsende. In einem deutsch-russischen Forschungsprojekt, dessen Ergebnisse jetzt in Buchform erschienen, wurde diese Lücke geschlossen, die Geschichten ausgewählter russischer Museen und ihrer Sammlungen im Krieg rekonstruiert und im Detail erzählt.

Was geschah mit den Kunst- und Kulturgütern, die sich in Museen und Kirchen im Bereich der Heeresgruppe Nord befanden, als die deutschen Truppen einmarschierten? Gab es Pläne, sie nach Deutschland abzutransportieren, sie vor Ort in Sicherheit zu bringen? Oder galt ihnen angesichts des geplanten Vernichtungskriegs nur wenig Aufmerksamkeit? Welche Rolle spielten Plünderungen? Was konnte noch vor Einmarsch der Deutschen evakuiert werden? Gibt es neue Erkenntnisse zur Geschichte des Bernsteinzimmers aus dem Katharinenpalast in Puschkin bei Leningrad – dem Symbol der russischen Kunstverluste überhaupt?

Tatsächlich dient das Wissen über den Abtransport des Bernsteinzimmers nach Königsberg im Herbst 1941 als Ausgangspunkt für weitere Forschungen. Seit Langem ist bekannt, dass Graf zu Solms-Laubach den Abbau gemeinsam mit einem weiteren Kunsthistoriker und einer Baubrigade vollzog.

Aber in welcher Funktion und in wessen Auftrag handelte er? Einen unmittelbaren Befehl erhielt Solms-Laubach vom Oberkommandierenden der 18. Armee, General von Küchler. Dieser folgte damit dem auf höheren Ebenen abgestimmten Plan, Kunstwerke deutscher Herkunft ins Deutsche Reich bringen zu lassen.

Im Fall des Bernsteinzimmers geschah dies nicht unter Geheimhaltung. Im Gegenteil: Die deutschen Zeitungen berichteten mit Stolz von der „Rettung" des Zimmers und der folgenden Ausstellung im Königsberger Schloss.

Es folgte eine Propagandaschlacht. Die Deutschen sahen sich als Vertreter einer Kulturnation, aus sowjetischer Sicht erschienen sie als kulturlose Barbaren, Brandschatzer und Räuber. Hätte sich die Verlagerung von Kunstgütern aus umkämpften in ruhigere Besatzungsgebiete als Schutzmaßnahme noch rechtfertigen lassen, so galt dies nicht für den massenhaften Abtransport ins Deutsche Reich.

Bei der Vorbereitung des Angriffs auf die Sowjetunion hatten Fragen der Kunst nur wenig Bedeutung. Erst später scheint deutlich geworden zu sein, dass auch an der Ostfront Kulturgüter zu schützen waren, nicht zuletzt, weil höhere Parteistellen, SS-Leute und Soldaten der Wehrmacht sich wahllos Kunstgüter aneigneten, während andere im Kampfgeschehen zerstört wurden.

Tatsächlich gibt es in den Dokumenten zuhauf Hinweise auf Diebstahl und Plünderungen. Belegt ist der Raub eines der vier schweren Florentinischen Steinmosaiken aus dem Bernsteinzimmer noch vor dem offiziell angeordneten Abbau durch Solms. Das wertvolle Mosaik wurde 1997 in einem Privathaushalt in Bremen gefunden und an die Russische Föderation restituiert.

Auch für die 1998 aus Berchtesgaden nach Pskow zurückgegebene wundertätige Ikone der „Muttergottes von Pskow-Pkrow" muss angenommen werden, dass sie 1941 in den ersten Wochen nach Einnahme der Stadt entwendet wurde. Nicht zu unterschätzen ist auch die Zahl kleinerer Kunstgegenstände und Ikonen, die Soldaten als geeignete Souvenirs betrachteten und mitnahmen.

Angesichts dieser unkontrollierten Situation setzte General von Küchler Solms-Laubach als Kunstschutzoffizier zunächst der 18. Armee, später der Heeresgruppe Nord ein. Solms-Laubach baute sich einen kleinen Arbeitsstab im Pogankinhaus auf, dem Museum von Pskow. Als Mitarbeiter beschäftigte er einige deutsche Kunsthistoriker, die sich bereits als Soldaten im Einsatzgebiet befanden. Aber auch russische Spezialisten arbeiteten mit, so der Archäologe und Ikonenkenner Wassilij Ponomarjew und die Restauratorinnen Natalja und Tatjana Hippius aus Nowgorod. Sie waren die Schwestern der bekannten russischen Lyrikerin Sinaida Hippius, die seit 1922 in Paris in der Emigration lebte.

Im Oktober 1941 ließ Solms-Laubach neben dem Bernsteinzimmer zahlreiche Gemälde und Möbelstücke aus den Zarenschlössern von Puschkin, Gattschina und eventuell Pawlowsk nach Königsberg abtransportieren. Die Rede war von fünf gefüllten Eisenbahnwaggons.

Es gab zwei weitere kunsthistorisch bedeutende Objekte, die ursprünglich aus Deutschland stammten, aber beide von den russischen Zaren gekauft worden waren: der Neptunbrunnen im oberen Park von Schloss Peterhof und der Gottorfer Globus, der ursprünglich in der Petersburger Kunstkammer gestanden hatte, sich aber vor dem Krieg in einem Pavillon im Park des Katharinenpalasts befand.

Der Neptunbrunnen wurde abgebaut und an seinen ursprünglichen Herkunftsort Nürnberg gebracht. Der begehbare Globus von drei Metern Durchmesser gelangte in einer umständlichen Transportaktion nach Holstein. Beide Kunstwerke kehrten nach dem Krieg nach Russland zurück.

Von Frühjahr bis Herbst 1942 wurden die in den ehemaligen Zarenschlössern noch vorhandenen Kunstgegenstände nach Pskow abtransportiert. Auch die wertvollen Ikonen von Nowgorod kamen nach Pskow und wurden teilweise in einer Ausstellung gezeigt. Für kurze Zeit arbeitete der Arbeitsstab von Solms-Laubach fast wie in Friedenszeiten: Ein Fotograf fotografierte die gesammelten Objekte, Körte und Ponomarjow inventarisierten die Ikonen, manche Ikonen wurden sogar restauriert.

Wozu das? Es scheint keinen eindeutigen Plan gegeben zu haben. Die Kunsthistoriker taten eine Zeitlang das, was sie gelernt hatten und liebten. Manchen, wie Körte, zog es als überzeugte Nationalsozialisten schnell zurück an die Front, andere wie Solms-Laubach hatten keine Ambitionen zu kämpfen. Es existierte die vage Idee, nach dem gewonnenen Krieg ein neues Heeresmuseum in der Feste Lötzen in Ostpreußen einzurichten. Dort sollten die erbeuteten Kunstschätze gezeigt werden.

Im Sommer 1943 begannen bei der Heeresgruppe Nord die Vorbereitungen zum Rückzug. Das bedeutete den Abtransport aller Güter aus dem Kampfgebiet. Selbst die Zivilisten wollte man als Arbeitskräfte dem Feind nicht überlassen und versuchte, sie nach Westen zu deportieren.

Solms-Laubach ließ die in Pskow gesammelten Kulturgüter zunächst nach Riga abtransportieren. Dort übergab er einen großen Teil einem anderen Kunstkommando, dem „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg", der die Sammlung nach Colmberg in Bayern auslagerte. Dort fand die amerikanische Besatzungsmacht später die russischen Objekte und restituierte sie zwischen 1947 und 1949 in die Sowjetunion.

Die wertvollsten Stücke behielt Solms-Laubach jedoch für die Wehrmacht. 1944 organisierte er nochmals zwei Ausstellungen, eine in Riga, eine in Breslau. Anschließend brachte er die Sammlung in Ostpreußen zusammen und schickte sie Richtung Westen.

Es ist zu vermuten, dass sie bis nach Mühlberg an der Elbe gelangte und dort von der Roten Armee gefunden wurde. Manche Objekte sind heute wieder in den Museen, aus denen sie stammen, andere – wie das eingangs beschriebene Frauenporträt – bleiben bis heute verschwunden.

Der staatlich organisierte Kulturgutraub durch die Deutschen ist nur eine Erklärung für die immensen russischen Verluste. Darüber hinaus wurden Kunstgegenstände gestohlen, getauscht, gingen verloren oder wurden zerstört, Porzellan zerbrach im Gebrauch oder beim Transport, Möbel dienten als Feuerholz, Ikonen als Souvenirs. Immerhin liegt darin auch der Funke Hoffnung, dass sich manches noch finden lässt. Rückgaben an russische Museen durch Privatpersonen in den vergangenen Jahrzehnten bestätigen dies.

Auch 75 Jahre nach Kriegsende verspüren viele Deutsche das Bedürfnis, doch noch etwas gutzumachen.

Corinna Kuhr-Korolev ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung.

PD

„Raub und Rettung. Russische Museen im Zweiten Weltkrieg"

Herausgegeben von: Corinna Kuhr-Korolev, Ulrike Schmiegelt-Rietig, Elena Zubkova, Wolfgang Eichwede

Böhlau-Verlag Köln, 383 Seiten, 2019, 45 Euro

VAREX GROUP

Seit 1978 bringen wir Unternehmen zusammen

…und bereiten den Weg für Wirtschaftskooperationen

VAREX & CO. Gesellschaft für Wirtschaftskooperationen mbH
XENON Medizintechnik und Pharma GmbH | XENON Holding GmbH | XENON Marketing GmbH
Tempelhofer Ufer 23-24 · D-10963 Berlin
info@xenon-varex-group.com · Telefon +49 30 21 505 401

Der Preis der Revolution

Warum gibt es überdurchschnittlich viele Selbstmorde in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion?

VON ALEKSEI MARKOW

Leonid Grigorjew, Professor an der Higher School of Economics in Moskau, und die Doktorandin Ljubow Popowez haben sich einer interessanten, wenngleich traurigen Aufgabe gestellt: Sie haben Morde und Selbstmorde in 157 Ländern der Welt untersucht und über ihre Ergebnisse eine „Sociology of individual tragedies“ veröffentlicht. Die Ergebnisse für Russland und Deutschland sind überaus erhellend.

Selbsttötung definieren die Autoren als – persönliches oder berufliches – „Scheitern im Leben“, Tötungsdelikte dagegen als extreme Erscheinungsformen einer tiefen Spaltung in der Gesellschaft. In den 17 „Zielen für nachhaltige Entwicklung“ der UN finden Tötungsdelikte keine Erwähnung, Selbsttötungen werden dagegen als Indikator für die „mentale Gesundheit einer Nation“ angesehen.

Grigorjew und Popowez sind der Auffassung, der sozialen Komponente käme in beiden Fällen eine große Bedeutung zu, aber auch kulturelle Codes wie etwa die Tradition spielten eine wichtige Rolle. In den Ländern Nordeuropas führten verbreitete Einsamkeit und Schwermut zu hohen Suizidraten.

„Die Zahl der Selbsttötungen steigt mit dem Pro-Kopf-Einkommen“, schreiben die Autoren. „Der Grund dafür ist jedoch nicht das steigende Einkommen, sondern die parallel dazu zunehmenden Gründe für Verzweiflung und persönliches Scheitern. In den postsowjetischen Ländern steht der sprunghafte Anstieg dieser traurigen Zahlen im Zusammenhang mit der Übergangskrise“, meinen sie. „Ein Kennzeichen unseres Landes ist das historisch gleichbleibende Überwiegen der Zahl der Suizide über die der Tötungsdelikte, wie in fast allen Regionen der Welt. In Brasilien und der Republik Südafrika ist es umgekehrt.“

Die Autoren der in der Oktoberausgabe der Zeitung *Russian Journal of Economics* veröffentlichten Studie untersuchten den Zusammenhang von Gewalt (Tötungsdelikte) innerhalb einer Gesellschaft und individueller Aggression, desolaten sozialen Strukturen und Armut, aber auch den Zusammenhang von Suizidrate, Depression und Einkommensniveau. Viele Forscher stellten aus historischer Sicht fest, dass die Zahl der Selbsttötungen nicht abhängig vom materiellen Wohlstand ist.

Generell hängt die Zahl der Tötungsdelikte mit Alkoholabhängigkeit, niedrigem Einkommen, dem Grad von Urbanisierung und Industrialisierung sowie der Heterogenität der Bevölkerung zusammen. Das Glücksniveau hingegen steht damit in keinem direkten Verhältnis zur Zahl der Tötungsdelikte oder der Selbsttötungen, korreliert jedoch positiv mit dem Niveau des Einkommens.

Die jüngsten Daten der Studie stammen aus dem Jahr 2016, für die meisten Länder sind die Zahlen nur bis zu diesem Zeitraum zugänglich; dadurch ist die Analyse jedoch keinesfalls überholt, da das Verhältnis der Tötungsdelikte und Suizide in den jeweiligen Ländern über die Zeit stabil war.

Die Autoren werteten die Daten von 157 Ländern mit mehr als zwei Millionen Einwohnern aus. Länder, in denen der Islam offizielle Religion ist, wurden in einer separaten Gruppe erfasst, weil deren Zahlen das globale Bild verfälscht hätten. Die Mord- und Selbstmordrate ist in diesen Ländern weniger als halb so hoch wie in den übrigen Staaten, sie liegt bei 3,2 respektive 4,2 Fällen pro 100 000 Einwohner, obwohl Angststörungen und Depressionen in islamischen Ländern stärker verbreitet sind als in nicht-islamischen. Einzige Ausnahme ist Afghanistan mit 18,8 Getöteten auf 100 000 Einwohner.

Die meisten Tötungsdelikte verzeichnen Länder, die sich in einer Übergangsphase befinden. Die Selbstmordrate wächst proportional zum steigenden Wohlstand und ist in den weiter entwickelten Staaten am höchsten. Die Ursachen dafür müsse in höheren Ansprüchen, enttäuschten Hoffnungen und der heftigen Reaktion auf persönliches Scheitern gesucht werden.

Weder die Zahlen der Angststörungen noch der alkohol- oder drogeninduzierten Psychosen oder Depressionen sind ein zuverlässiger Indikator für den generellen Zustand einer Gesellschaft. Gerade in den wirtschaftlich am weitesten entwickelten Ländern ist der Alkohol- oder Drogenmissbrauch weiter verbreitet als in weniger entwickelten.

Der Bevölkerungsverlust für Russland in diesen beiden Kategorien ist insgesamt vergleichbar mit dem in Brasilien und der Republik Südafrika. Allerdings liegt dort die Selbstmordrate bei einem Viertel, in Russland dagegen bei fast zwei Dritteln. Gemeinsam ist diesen Ländern ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit. Es ist gerade die soziale Ungleichheit, nicht die Armut, die diese Art von Gewalt bedingt, umso mehr je höher die Zahl der Arbeitslosen.

TÖTUNGSDELIKTE UND SUIZIDE IN DEN LÄNDERN NORDEUROPAS, DES BALTIKUMS, IN RUSSLAND UND DER UKRAINE, 2016

Land	Selbstmorde*	Morde*	BIP**
Litauen	31,9	7,1	30,2
Ukraine	22,4	8,5	8,3
Lettland	21,2	7,4	25,7
Estland	17,8	5,4	29,7
Frankreich	17,7	0,9	42,3
Schweiz	17,2	0,8	63,9
Polen	16,2	1,9	27,4
Finnland	15,9	1,5	43,4
Russland	15,8	7,2	24,8
Österreich	15,6	0,8	50,5
Schweden	14,8	1,1	48,9
Deutschland	13,6	0,8	48,9
Dänemark	12,8	0,8	49,0
Niederlande	12,6	0,9	50,5
Norwegen	12,2	0,8	58,8
Irland	11,5	0,7	71,4
Großbritannien	8,9	0,6	42,7

*pro 100 000 Einwohner,
**100 000 Dollar (BIP)

QUELLE: WORLD BANK, INSTITUTE FOR HEALTH METRICS AND EVALUATION, ROSSTAT (FÖDERALER DIENST FÜR STAATLICHE STATISTIK)

Einige interessante Beobachtungen stammen aus den sogenannten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika): So sind, Umfragen zufolge, die Einwohner Brasiliens im internationalen Vergleich gesehen glücklich, trotz niedriger Einkommen und sozialer Instabilität. Ein wichtiger Faktor für das Glücksempfinden ist nicht so sehr das absolute, sondern eher das relative Einkommen, also die Höhe des Einkommens im Vergleich mit anderen Mitgliedern der Gesellschaft. So sank in China das indizierte Glücksempfinden laut Umfragen trotz eines hohen Wirtschaftswachstums. Der stärkste Rückgang der Mord- und Selbstmordrate zwischen 2000 und 2017 war in Russland und Südafrika zu verzeichnen.

Interessanterweise stieg in den 1990er-Jahren die Zahl der Tötungs- und Selbsttötungsdelikte in fast allen Staaten und sank zu Beginn der 2000er-Jahre wieder.

Die Analyse ergab, dass alkohol- und drogenindizierte Psychosen von den ausgewählten Variablen am stärksten mit der Zahl der Selbsttötungen korrelieren, woraus sich die so traurige wie vorhersehbare Folgerung ergibt, dass die Selbstmordrate im postsozialistischen Raum am höchsten war. Tatsächlich gab es in 22 Ländern in den Jahren 1990-1994 (teilweise später) einen sprunghaften Anstieg auf beiden Feldern. Danach fielen die Zahlen langsam auf das heutige Niveau, allerdings mit den Ausnahmen Aserbaidschan, Armenien und Georgien, in denen die Rate zwar nicht am höchsten liegt, aber in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich stieg. Die Daten belegen dies: 2016 gab es in Russland 31 Selbsttötungen pro 100 000 Einwohner, in Belarus 26,2, in Kasachstan 22,5, in der Ukraine 22,4, in Litauen 32. Unter den 20 Ländern mit den höchsten Zahlen befinden sich auch Estland, Lettland, Ungarn, Slowenien, von den westeuropäischen Ländern Belgien, Frankreich und die Schweiz, sowie aus dem asiatischen Raum Südkorea und Japan.

In den Ländern, die in den vergangenen Jahren der Europäischen Union beigetreten sind, ist die Zahl der Tötungsdelikte niedrig, die der Selbsttötungen aber relativ hoch, wenngleich auch kontinuierlich sinkend.

In den baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland wurde die höchste Zahl der Selbsttötungen in den Jahren 1994 und 1995 erreicht, sie lag bei 40 Fällen pro 100 000 Einwohner und war damit die höchste von allen postsowjetischen Ländern. Die Zahl der Tötungsdelikte war mit mehr als 20 Fällen pro 100 000 Einwohner in diesen Ländern ebenfalls recht hoch, mit Ausnahme von Litauen.

Russland verzeichnete 2016 eine der höchsten Suizid- und Tötungsraten weltweit: Platz 3 bei Suiziden und Platz 16 bei Tötungsdelikten. Unter den 20 Ländern mit der höchsten Tötungsrate verfügt nur Russland neben Brasilien und Mexiko über eine hinlänglich entwickelte Wirtschaft. Der Spitzenwert wurde 1994 erreicht (78 bis 88 Fälle pro 100 000 Einwohner, je nach Quelle), was die Intensität des sozialen Stresses in der Gesellschaft anzeigt.

Auch andere Länder, die eine Phase der sozial-ökonomischen Transformation durchliefen, registrierten 1994 einen Spitzenwert und einen zweiten im Jahr 2002. Der Grund dafür ist die Schwächung des Staats und die Verarmung eines großen Teils der jeweiligen Bevölkerung in den 1990er-Jahren, verbunden mit einer rapiden und zweifellos spürbaren sozialen Spaltung. Bis heute ist die Zahl der Todesfälle hoch (insbesondere bei Männern), die nicht auf natürliche Gründe wie Krankheit oder Alter zurückgehen. Insgesamt sind jedoch beide Werte deutlich gesunken.

In Deutschland und den benachbarten Ländern findet das hohe Einkommensniveau und die gute Arbeit der Rechtsschutzorgane Ausdruck in einer niedrigen Zahl von Tötungsdelikten. Dagegen bedingen Einsamkeit, das Scheitern persönlicher Karrieren und Hoffnungen ein sehr hohes Niveau der Selbsttötungen.

Die hohen Zahlen in Russland zeigen eine ausgeprägt regionale Struktur: „europäische Werte“ in Moskau und Region und in St. Petersburg, aber immer höhere Zahlen, je weiter man sich nach Osten bewegt, wo sich viele Regionen noch nicht vollständig vom Schock der 1990er-Jahre erholt haben.

Länder, die einem dramatischen Wandel der sozialen Institutionen ausgesetzt sind, sehen sich mit einem sprunghaften Anstieg der beiden Indikatoren für sozialen Stress konfrontiert, und ihr Rückgang könnte auf eine Stabilisierung der Gesellschaft hindeuten. Dort liegt eine der Möglichkeiten, die sozialen Kosten von Revolutionen aller Art zu analysieren, ein Thema, das schmerzhaft ist und viel Fingerspitzengefühl erfordert.

Aleksei Markow ist Journalist und Mitarbeiter der Zeitung Kommersant.

Als inhabergeführtes Familienunternehmen halten wir eine nachhaltige, langfristige Ausrichtung für besonders wichtig.

Wir gewinnen und veredeln an über 30 Standorten in Europa mineralische Rohstoffe für wichtige Schlüsselindustrien. Die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Prozesse und Produkte liegt uns dabei besonders am Herzen.

Dabei nehmen wir die soziale Verantwortung für unsere Mitarbeiter, Nachbarn und die Natur sehr ernst. Zahlreiche unserer Projekte in diesen Bereichen wurden bereits ausgezeichnet.

Ausgezeichnet mit
MIRO Nachhaltigkeitspreis 2019

Quarzwerke
FAMILIENUNTERNEHMEN SEIT 1884
www.quarzwerke.com
blog.quarzwerke.de